

# NEUE ZEIT

FEBRUAR 1985

8

auf:  
genommen



MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

ES DARF NICHT  
ZUGELASSEN WERDEN,  
DASS SCHRECKLICHE GEFahr  
JETZT AUCH NOCH  
AUS DEM WELTRAUM  
DROHT



1500 9003 1529  
ZOLLVERW-81  
14159 8 151 394 347



## 40 JAHRE GROSSER SIEG

Wir fragen den Autor dieses Fotos:

„Anatoli Sergejewitsch, wo wurde die Aufnahme gemacht, erinnern Sie sich?“

Garanin durchstöberte seine Frontaufzeichnungen.

„Bei Rshew“, antwortet er, „im Dorf Stolpino, im Sommer 1942. Auch den Namen habe ich. Sergeant Baikow, Jegor Dmitrijewitsch, daneben seine Frau Klawdija Maximowna und ihre Kinder Kolja, Petja und Ludmilla.“

„Wie kam es, daß sie alle auf einem Bild vereint sind?“

„Folgendermaßen. Die Menschen zogen über die Straße, und ich habe eben geknipst und dann gefragt, weshalb sie so fröhlich waren...“

So etwas gab es wirklich nicht alle Tage!

Jegor Baikow diente in einer Kompanie, die in dem Frontabschnitt, wo sein Heimatdorf lag, angriff. Ihm war es vergönnt, sein eigenes Haus von den Hitlerfaschisten zu befreien.

Natürlich, Krieg ist Krieg, und als das Sowjetland von einer 2000 km langen Front vom Weißen bis zum Schwarzen Meer durchschnitten wurde, kämpfte der Soldat dort, wo es nötig war. Und dort opferte er sich auch für seine Heimat auf, mochte er auch noch so jung sein...

Wie das Dorf genommen wurde, wie das Gefecht begann und wie es endete, daran erinnerte sich Jegor nicht. Er wußte nur noch, daß er nach dem Gefecht sofort in sein Haus stürzte. Die Nachbarn wunderten sich: „Schau doch, ist denn da nicht Jegor Baikow zurückgekommen?“ Und er lief, fiel, schrie den Menschen zu: „Leben meine Kinder noch? Ist meine Frau noch am Leben?“ So sah der Sergeant mit-



ten in der Hölle des Krieges seine Familie wieder, konnte er die Tränen seiner Frau trocknen und den Sohn auf den Arm nehmen.

Jegor fiel — ob nun in Polen oder in Ostpreußen. Andere sagten, Baikow habe doch den Krieg überlebt. Manche meinten sogar, das Denkmal in

Berlin stelle ihn dar. Der Sowjetsoldat mit dem geretteten Kind — das sei ja Jegor Baikow. Doch das ist eine Legende. Von Stolpino bis nach Berlin — dazwischen liegen immerhin drei Kriegsjahre, und kaum denkbar ist, daß diese Geschichte bis nach Berlin getragen wurde.

Andererseits hätte sich damals niemand vorstellen können, daß dank dieser Leica-Aufnahme des Kriegskorrespondenten an einem Sommertag des Jahres 1942 diese Soldaten, die von ihnen geretteten Kinder und Frauen für immer Eingang in die Geschichte finden sollten.

## DAS VOLK REGIERT

Am 24. Februar werden Millionen Bürger unseres Landes an der Lösung einer Frage von größter staatlicher Bedeutung teilnehmen — wem sie das Recht anvertrauen, die Volksinteressen in den Organen der Sowjetmacht zu vertreten. An diesem Tag werden Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken und der autonomen Republiken sowie zu den örtlichen Sowjets stattfinden. In den Wahllokalen wird jeder Bürger seine Stimme für eine konkrete Person abgeben — für einen Arbeiter oder einen Kolchosbauern, einen Wissenschaftler oder einen Studenten, ein Parteimitglied oder einen Parteilosen, einen Komsomolzen oder einen Veteranen, für einen Mann oder eine Frau. Und sie alle werden für unsere Volksmacht stimmen. "Das von den Sowjets zusammengefaßte Volk ist es, das den Staat regieren muß", sagte W. I. Lenin. Das ist das Wesen unserer sozialistischen Demokratie: Bei uns regiert das Volk.

Das Leben hat gezeigt, daß die Sowjets den Interessen des Volkes entsprechen und ihm zuverlässig dienen. Seit 1939 — seit der Zeit, als das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bei geheimer Abstimmung zur Praxis wurde — beteiligen sich über 99 Prozent aller Bürger an den Wahlen zu den Sowjets. Das demonstriert überzeugend, daß die sowjetischen Menschen der Sowjetmacht vertrauen und sie schätzen. Und wichtig ist nicht nur die Stimmabgabe als solche, sondern auch die Teilnahme an der Lösung staatlicher Aufgaben; die Sowjets haben viele Millionen freiwilliger Helfer.

Die Wahlen in unserem Land sind immer eine Zeit, da eine Bilanz des Geleisteten gezogen und Pläne für die Zukunft formuliert werden. In dieser Hinsicht sind dieses Jahr und die bevorstehenden Wahlen von besonderer Bedeutung. Sprechen ja die historischen Daten ihre Sprache...

Dieses Jahr begehen wir die 80. Wiederkehr des Beginns der ersten Volksrevolution in der Epoche des Imperialismus. Eben damals entstanden auch die ersten Sowjets, der Prototyp der heutigen Machtorgane. 80 Jahre sind historisch gesehen ein kurzer Zeitraum, doch sie reichten aus, damit sich die Ideen der neuen Demokratie, einer Demokratie für die Werktätigen, Bahn brechen und feste Positionen erringen konnten, in der Wirtschaft wie in der Politik und im Bewußtsein von Millionen Menschen. Und für die Festigung dieser Demokratie werden wir stimmen.

1985 feiern wir den 40. Jahrestag des historischen Sieges im Großen Vaterländischen Krieg. Die Verluste des Sowjetvolkes im zweiten Weltkrieg sind bekannt, und wir brauchen hier

nicht die traurige Statistik der Millionen Toten, Verwundeten und Verletzten, der zerstörten Städte und Fabriken nochmals anzuführen. Sehen wir die Folgen dieses Krieges einmal unter einem anderen Aspekt: Was er den sowjetischen Menschen von dem, was sie ohne diesen Krieg hätten erreichen können, genommen hat. Dabei stellt sich heraus, daß diese Verluste, wie Wissenschaftler errechneten, viel größer sind als jene, die die blutigen Kämpfe und die Verwüstung forderten. Die Lehren des Großen Vaterländischen Krieges und des zweiten Weltkrieges insgesamt sind von bleibender Bedeutung. Die wichtigste von ihnen ist, daß man gegen den Krieg kämpfen muß, bevor er begonnen hat. Auch dafür stimmen wir.

1985 ist das Jahr der intensiven Vorbereitung auf den XXVII. Parteitag der KPdSU. Hinter uns liegt eine Zeit angespannter Arbeit, beeindruckender Erfolge, vor uns stehen neue wichtige Aufgaben und die nicht leichten Probleme der weiteren Vervollkommenung des Sozialismus. "Bei der Vorbereitung auf den Parteitag", bemerkte Konstantin Tschernenko, "hält es die Partei für erforderlich, allseitig den zurückgelegten Weg zu durchdenken, eine genaue wissenschaftliche Einschätzung des Erreichten zu geben, jedem Kommunisten, jedem sowjetischen Menschen den völlig neuen Charakter und die ganze Kompliziertheit der sich hieraus ergebenden Aufgaben klar zu machen und das Bedürfnis nach deren schöpferischer Lösung zu wecken."

Durch eben solche Ereignisse sind die bevorstehenden Wahlen so denkwürdig. Gerade sie — diese Ereignisse — bestimmen Gedanken und Stimmungen der sowjetischen Menschen. Vor allem gelten diese Gedanken der Arbeit, und Hochstimmung stellt sich ein. Doch wir sind auch besorgt, weil die sowjetischen Menschen ihre Aufbaupläne in einer überaus komplizierten internationalen Lage verwirklichen müssen. Die aggressiven Kräfte des Imperialismus, angeführt von den USA, forcieren die Kriegsvorbereitung, zerstören den so mühsam aufgebauten Mechanismus konstruktiver internationaler Zusammenarbeit.

Hochgestellte Vertreter der US-Administration haben die "Entspannung" schon längst aus ihrem politischen Wortschatz gestrichen. Dafür tauchte dort ein neuer Begriff auf: "Strategische Verteidigungsinitiative" oder kurz "Sternenkriege". Wir sind dagegen, daß die neue Washingtoner "Initiative" das Wettrüsten auf den Weltraum ausweitet. Doch wenn man uns dazu zwingt, werden wir alles tun, um sowohl die eigene Sicherheit als auch die unserer Freunde und Verbündeten gegen alle Bedrohungen zu verteidigen. Das hat die sowjetische Führung im Namen des Sowjetvolkes erklärt. Und die sowjetischen Menschen werden diese Entschlossenheit durch ihre Stimmabgabe erneut bekräftigen.

Die Mitteilung über den Beschuß der UdSSR und der USA, Verhandlungen über Weltraum- und Nuklearwaffen aufzunehmen, hat wie keine andere Nachricht wärmste Billigung gefunden. Besonders eindrucksvoll war für uns Japaner die Erklärung Herrn Gromykos, die Sowjetunion sei dafür, Sofortmaßnahmen zur Reduzierung bis hin zur vollständigen Beseitigung der nuklearen Waffen zu treffen. Ich hoffe, die beiden Mächte werden im Endeffekt übereinkommen. Es liegt klar auf der Hand: Von größtem Nutzen wäre, wenn man in Frieden leben und mit dem Wettrüsten aufhören würde.

Isao ASHIBA  
Tokio, Japan

Tief bewegt las ich Lew Besymenskis "Einfache Wahrheiten" (NZ 40, 42, 47/1984), diese schlichten, doch ans Herz greifenden Gedanken. Niemals werde ich den Mai 1945 vergessen. Es war, als ob die Natur mit ihrem frühen Grün den Frieden und die Befreiung mit uns feierte. 15 Jahre alt war ich und lebensgierig. Aus der faschistischen Truppe war ich schon Mitte April geflohen. Am 3. Mai kamen endlich sowjetische Einheiten in Eldenburg vor der Elbe an. Weiter nördlich waren die Amerikaner vorgestoßen. Noch war Fremdheit und Angst. Aber bald waren wir jungen Leute mit den Rotarmisten befreundet. Auf den Pferden durften wir reiten, an den Feldküchen gab es immer was zu essen für uns. Keine Angst mehr. Die Faschisten konnten mich nicht mehr greifen. Im Mai 1946 gründeten wir die FDJ-Ortsorganisation. Ich war der KPD beigetreten. So erschloß sich mir ein neues Leben.

Wir waren bitterarme Dorfleute. Heute bin ich ein gebildeter, kultivierter Arbeiter. Alles verdanke ich den Heldenaten der Sowjetsoldaten. Oft stehe ich an ihren Denkmälern und habe immer Blumen in der Hand. Heute bin ich Kraftwerker in Boxberg. Sowjetische Turbinen aus der Stadt Lenins produzieren unseren Strom. In Eldenburg wurde der Junker enteignet, und heute arbeitet hier die LPG mit Lenins Namen. Schon 1945 las ich Gorki. Dann folgte Nikolai Ostrowski. Pawel Kortschagin ist mir immer nahe. Ich liebe die sowjetische Literatur, Kunst, die klare politische Diktion eurer Zeitschriften...

Nein, wir lassen uns nicht mehr dumm machen. Es gibt in der BRD noch manche Unbelehrbare, die sich im Schatten der USA-Erstschlagsraketen stark fühlen. Doch wir sind immer wachsam und bereit. Wir werden an den teuren Gräbern stehen, und es wird wie ein Schwur sein. Wir werden mit dem Sowjetland den großen, ewig jungen Sieg in allen Stürmen bewahren.

Ernst DRAHEIM  
Weißenauer, DDR

# NEUE ZEIT

## MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 8 FEBRUAR 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMEINSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GU-STSCHEIN, A. PIN, B. PIESTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:  
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

### IN DIESEM HEFT:

<b>Das Volk regiert</b> (Wort des Redakteurs)	1
A. Archipow — USA. Bekannte Töne	5
L. Besymenski — Nützliche Erinnerungen	7
L. Mletschin — Risse in der ANZUS	8
L. Mironow — Abstimmung der Positionen (Kommentar)	9
R. Galuulin — Pakistan. Fassadenkosmetik	10
L. Shegallow — Im Namen der Arbeiter	10
Biographisches: Hun Sen	11
<b>NZ vor 40 Jahren</b>	12
A. Moissejew — Burma. Schöpfer der Unabhängigkeit	12
W. Listow — Dominikanische Republik. Diktat zurückgewiesen	13
R. Krestjaninow — 40 Jahre des Sieges. Dort, an der Oder	14
<b>Notizen ◆ Glossen</b>	16
„Sternenkriege“ drohen	
G. Chosin — Der Weg zu den Sternen führt in den Abgrund	18
W. Kasakow — Die dritte Welle	20
B. Slawin — Und bist du nicht willig...	21
C. Rosin — Unsere Nachkommen werden es nicht verzeihen	23
A. Karenin — Die Meinung des sowjetischen Experten	25
W. Shitomirski — Zum 80. Jahrestag der ersten russischen Revolution. Krasnaja Presnya damals und heute	28
A. Baryschew — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32

IS DARF NICHT  
ZUGELASSEN WERDEN,  
DAß SCHRECKLICHE GEFAHR  
JETZT AUCH NOCH  
AUS DEM WELTRAUM  
DROHT

Washington, das nach militärischer Oberlegenheit gegenüber der Welt des Sozialismus strebt, will jetzt das Wettrüsten auch auf den Weltraum ausweiten. Das würde die auch ohnehin komplizierte Weltlage weiter verschärfen. Wie kann man diese Gefahr abwenden! Darüber berichten Beiträge des Heftes (S. 18).

Titelbild: N. Stscherbakow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.



Am 11. Februar traf der Ministerpräsident der Griechischen Republik, Andreas Papandreu, zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. Am 11. und 12. Februar fanden im Kreml Gespräche zwischen Nikolai Tichonow und Andreas Papandreu statt. Sie hatten einen Meinungsaustausch über den jetzigen Stand und die Aussichten für die weitere Entwicklung der sowjetisch-griechischen Beziehungen sowie über einige aktuelle Fragen der Weltlage. Mit Befriedigung wurde konstatiert, daß sich die Beziehungen UdSSR-Griechenland dynamisch entwickeln und zu einem überzeugenden Beispiel der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung werden. Gemeinsame Dokumente wurden unterzeichnet. Das sowjetisch-griechische Protokoll über Konsultationen und das Abkommen über die Regelung der Pensions- und anderer Fragen der Sozialfürsorge politischer Emigranten aus Griechenland, die sich aus der UdSSR repatriieren ließen, wurden von Andrej Gromyko und dem Außenminister Griechenlands, Ioannis Haralambopoulos, unterzeichnet. Signiert wurden ferner ein Abkommen über eine internationale Autoverbindung und ein Memorandum über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium der Hochseeflotte der UdSSR und dem Ministerium der Handelsflotte Griechenlands für 1986-1990. **Unser Bild:** Bei der Unterzeichnung der Dokumente

Foto: S. Smirnow

Am 8. Februar veröffentlichte die sowjetische Presse eine Meldung über die turnusmäßige Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Es wurde eine Bilanz des sozialistischen Unionswettbewerbs zur Erfüllung des Staatsplans der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für 1984 gezogen. Dabei wurde konstatiert, daß die sowjetischen Werktagen 1984 neue Erfolge bei der Verwirklichung der Wirtschaftspolitik der Partei erzielt haben. Genannt wurden die Sieger des sozialistischen Wettbewerbs. Ferner wurden Beschlüsse zu einer Reihe anderer Fragen der Innen- und Außenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaats diskutiert und gefaßt.

Am 6. Februar empfing Nikolai Tichonow in Moskau die Teilnehmer der ersten Tagung des RGW-Komitees für Zusammenarbeit im Bereich des Maschinenbaus: Ognjan Doinov, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der BKP, Minister für

Maschinenbau der VR Bulgarien; Laszlo Marothy, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Ungarischen VR; Nguyen Van Kha, Minister für Maschinenbau und Hüttenwesen der SRV; Günther Kleiber, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR, Minister für Maschinenbau der DDR; Pedro Miret, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KP Kubas, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Republik Kuba; Tsch. Suren, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der MVR; Zbigniew Szalajda, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der VR Polen; Nicolae Constantini, Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP und stellvertretender Ministerpräsident der Regierung der SR Rumänien; Ladislav Gerle, stellvertretender Vorsitzender der Regierung der CSSR, und Rade Pavlovic, Mitglied der Bundesexekutivversammlung der SFRJ, Vorsitzender des Bundeskomitees für

Energiewirtschaft und Industrie. Fragen der Weiterentwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der RGW-Länder im Maschinenbau, der Versorgung der Volkswirtschaft der RGW-Länder mit Maschinen und Anlagen von hohem technischem Niveau, der Vervollkommenung der Struktur und der technischen Umrüstung des Maschinenbaus wurden erörtert.

■ Am 6. Februar empfing Andrej Gromyko Senator Charles Mathias, einen namhaften Politiker der USA. In dem Gespräch wurden Fragen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, der Stand der Rüstungsbegrenzung und einige andere internationale Probleme berührt. Andrej Gromyko erklärte, daß die sowjetische Führung konsequent für einen Ausgleich in den Beziehungen UdSSR-USA eintritt, dafür, daß ihnen ein gleichmäßiger, stabiler Charakter auf der Grundlage der Gleichheit, der Nichteinmischung und der Achtung der legitimen Interessen des anderen gegeben wird. Charles Mathias sprach sich für eine Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und die Entwicklung beiderseitig vorteilhafter Zusammenarbeit aus. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus wurde von beiden Seiten die Bedeutung der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit in den Kriegsjahren unterstrichen, die die Möglichkeit und Notwendigkeit gemeinsamer Handlungen der beiden Mächte im Interesse des Friedens überzeugend demonstrierte.

■ Am 8. Februar empfing Grigori Romanow Ognjan Doinov, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der BKP, Minister für Maschinenbau der VR Bulgarien. Erörtert wurden einige Fragen der weiteren Entwicklung und Festigung der sowjetisch-bulgarischen ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit.

■ Das ZK der KPdSU richtete eine Grüßbotschaft an den V. Nationalen Parteitag der KP Boliviens in La Paz. Darin hieß es unter anderem: "Unsere Parteien verbinden Bände der brüderlichen Solidarität, die sich auf die Prinzipien des Marxismus-Leninismus gründet."

■ Am 6. und 7. Februar fand in Jalta ein Symposium anlässlich des 40. Jahrestages der Krimkonferenz der Staatschefs der drei alliierten Mächte — UdSSR, USA und Großbritannien — statt. An ihr nahmen Wissenschaftler der AdW der UdSSR, der Diplomatischen Akademie des UdSSR-Außenministeriums, anderer wis-

## IN KÜRZE

senschaftlicher Institutionen teil. Die Redner betonten den großen Wert der Krimkonferenz für die entgültige Zerschlagung der Aggressoren im zweiten Weltkrieg und die Nachkriegsordnung. Sie kritisierten die politische und ideologische Offensive gegen die Ergebnisse von Jalta, die in den USA unternommen wird und Bestandteil der Strategie eines "Kreuzzuges" gegen den Kommunismus ist.

Am 7. Februar fand in Moskau eine Festsetzung anlässlich des 25. Jahrestages der Patrice-Lumumba-Universität der Völkerfreundschaft statt. Der Minister für Hoch- und Fachschulbildung der UdSSR, Wjatscheslaw Jelutin, verlas einen Glückwunsch des Ministerrats der UdSSR an das Kollektiv der Professoren, Dozenten, Mitarbeiter, Studenten und Aspiranten dieser Hochschule. Darin heißt es, daß die Universität einen großen Beitrag zur



Foto: W. Panow

Lösung der Aufgabe leistet, nationale Kader der Entwicklungsländer auszubilden. Hochqualifizierte Ingenieure, Ärzte, Agronomen, Zootechniker, Ökonomen, Philologen und andere Spezialisten mit Diplomen der Universität arbeiten erfolgreich zum Wohl ihrer Völker, sind aktive Kämpfer gegen die imperialistische Kriegsgefahr, für dauerhaften Frieden, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Länder, die den Weg einer unabhängigen Entwicklung gehen.

Die sowjetische Delegation im UNO-Menschenrechtsausschuß unterbreitete den Vorschlag, die organisatorische Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO in New York aufzufordern, am 8. und 9. Mai Veranstaltungen entsprechend der Resolution der 39. UNO-Vollversammlung zur Feier des 40. Jahrestages des Sieges über den Nazismus und Faschismus im zweiten Weltkrieg durchzuführen. Der UNO-Ausschuß billigte einmütig den Appell.

### FKP-Parteitag

In dem Pariser Vorort Saint-Ouen ging der XXV. Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) zu Ende. Fünf Tage lang, vom 6. bis zum 10. Februar, erörterten 1722 Delegierte, die die mehr als 600 000 französischen Kommunisten vertraten, aktuelle Probleme des heutigen Frankreich, die verschärzte internationale Lage und ein Kampfprogramm für die nächsten Jahre. In einer Grußbotschaft an den FKP-Parteitag bekundete das ZK der KPdSU brüderliche Solidarität mit dem Kampf der französischen Kommunisten für den Frieden, gegen die Nuklearkriegsgefahr, für die Interessen der Werkstätten, den Sozialismus. Unter den Gästen waren Delegationen von über 100 kommunistischen und Arbeiterparteien, nationalen Befreiungsbewegungen und anderen progressiven Organisationen. Die KPdSU-Delegation wurde von Michail Solomenzew geleitet.

Den Rechenschaftsbericht des ZK der FKP hielt FKP-Generalsekretär George Marchais. Selbtkritisch analysierte er die Tätigkeit der FKP und ging dann auf ihre wichtigsten Aufgaben ein. Die Delegierten billigten mit überwältigender Mehrheit bei nur wenigen Enthaltungen den Rechenschaftsbericht und den Entwurf der Parteitagsresolution.

Das erste Plenum des auf dem Parteitag gewählten ZK trat zusammen. Generalsekretär der Partei wurde erneut George Marchais.

### Aktuelle Initiative

Der Leiter der bulgarischen Delegation auf der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, Ljuben Petrov, unterbreite im Namen der Delegationen Bulgariens, der DDR und der UdSSR ein Arbeitsdokument zur Frage der Begrenzung der Größe von Militärmanövern. Es wird vorgeschlagen, daß die Teilnehmerländer der Konferenz allein oder zusammen mit anderen Staaten keine Manöver mit über 40 000 Mann in Europa sowie im anliegenden Meeres- und Luftraum durchführen dürfen.

Dieser Vorschlag, betonte der Vertreter Bulgariens, ist sehr aktuell, da

sich Großmanöver schwer vom Vorbereitungsstadium der Entfaltung von Streitkräften zur Führung von Kriegshandlungen unterscheiden lassen. Solche Manöver sind schon für sich allein eine schwerwiegende Bedrohung der Sicherheit der Staaten.

Die NATO-Länder halten in Europa Manöver ab, an denen Hunderttausende Militärangehörige teilnehmen, zudem nicht nur aus europäischen Staaten, sondern auch aus den USA. So waren am NATO-Wintermanöver "Reforger" in der BRD 65 000 Soldaten aus den USA, der BRD und anderen Ländern, Tausende von Panzern, Selbstfahrlafetten und Schützenpanzerwagen sowie über 600 Hubschrauber beteiligt.

Die Festlegung einer zahlenmäßigen Obergrenze bei Manövern würde die militärischen Aktivitäten in Europa beschränken und so die Sicherheit der Staaten festigen.

### Lage in Libanon

Der nun begonnene Abzug israelischer Truppen aus Libanon ist eine notgedrungene Maßnahme. Die Verluste der Besatzer steigen, die Partisanenbewegung im Süden weitet sich immer mehr aus. Wie das Mitglied der libanesischen Regierung, der Führer der Amal-Bewegung, Nabih Berri, erklärte, wurden allein bei der Partisanenoperation am 5. Februar etwa 100 israelische Militärangehörige getötet oder verletzt.

Bei Israels militärischen Operationen aber sind meist Zivilisten die Opfer. Nehmen wir nur die "Strafaktionen", die israelische Soldaten allein an einem Tag, dem 6. Februar, verübten. Im Raum von Tyr beschossen sie eine Fachschule unweit des palästinensischen Flüchtlingslagers Bourge al-Shimali, wobei fünf Schüler getötet und ca. 50 verletzt wurden. Israelis drangen in eine Krankenschwesternschule ein, eröffneten das Feuer und verwundeten zehn libanesische Mädchen. Pogrome wurden in einigen islamischen Lehranstalten verübt.

Wie der Ministerpräsident Libanons, Rachid Karame, erklärte, provozieren die Israelis verstärkt interne Zwistigkeiten in Regionen, aus denen die Besatzungstruppen abgezogen werden sollen. Die Eindringlinge wollen in Südlibanon religiösen Hader säen und die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufhetzen.

Präsident Reagans Botschaft „Zur Lage der Nation“

# B E K A N N T E T Ö N E

Von unserem Korrespondenten Andrej ARCHIPOW

Wenn ein Geburtstag gefeiert wird, sprechen gewöhnlich die Gäste über die Verdienste des Geburtstagskindes. Die Veranstalter der Geburtstagsfeier des US-Präsidenten gaben Ronald Reagan selbst diese Möglichkeit. Er verfasste an seinem 74. Geburtstag die Botschaft "Zur Lage der Nation" auf einer gemeinsamen Sitzung beider Kammen des Kongresses. Der erste Teil der Rede war ganz der Aufzählung der Erfolge Amerikas gewidmet, die dank den Bemühungen des Geburtstagskindes möglich geworden seien. Gegenüber derartigen Passagen aus der Klamottenkiste des Wahlkampfes ist man hier meist recht skeptisch, also gab es nichts Unerwartetes. Mit größerem Interesse wurde der zweite Teil des Programms erwartet: die Vorschläge der republikanischen Administration für die zweite Amtsperiode. Alle wollten wissen, welche Schlüsse daraus gezogen wurden, daß ca. 70 Prozent der amerikanischen Wähler ihre Stimme nicht für das "Reagan-Team" hatten geben wollen.

Für die Ausarbeitung der Botschaft wurden sogar Futurologen aufgeboten!

## Regeln und Ausnahmen

Das Programm wurde den Parlamentariern am 6. Februar vorgelegt, und es wimmelte nur so von hochtrabenden Phrasen. Nicht umsonst hatten sich die Futurologen abgemüht: Das vom Präsidenten gestellte Ziel — die "zweite amerikanische Revolution" zu vollenden — ist fürwahr hochgesteckt. Doch wie soll dieses historische Unterfangen verwirklicht werden? In der Botschaft an den Kongreß finden wir die eindeutige Antwort: "Das abschließen, was noch nicht getan wurde." Und weiter viele schöne Worte über die "Möglichkeiten für alle", über Frieden und moralische Werte.

Die Zeitung "U.S.A. Today" errechnete, daß die Anhänger des Präsidenten dessen Rede 33mal mit Beifall unterbrachen. Der Korrespondent der Fernsehgesellschaft CBS aber, der sich für die Meinung einiger Fernsehzuschauer interessierte, konstatierte genau das Gegenteil.

Wie erklärt sich das?

Wahrscheinlich dadurch, daß man mit einem anderen Maßstab an die Bewertung der traditionell euphorischen Botschaft herangeht, mit der sich der Präsident in seiner zweiten Amtszeit an den Kongreß wendet. Einen solchen Maßstab haben die

meisten Amerikaner. Das sind nicht nur die Erinnerungen daran, was die Werkältigen Amerikas in Reagans ersten vier Jahren eingebüßt haben. Es gibt auch einen aktuelleren Bezugspunkt. Erst kürzlich leitete das Weiße Haus dem Kongreß einen umfassenden Haushaltsvoranschlag für das laufende Finanzjahr zu. Eben er verdeutlicht, was man im Weißen Haus unter der "zweiten Revolution" versteht und in wessen Interesse sie vorbereitet wird.

Es sei gleich gesagt, daß die in der Botschaft so gepriesene Idee einer "Gesellschaft mit Möglichkeiten für alle" in den einzelnen Haushaltsposten wie folgt aufgeschlüsselt wird: Einfrieren, Kürzung oder Streichung der Ausgaben bei allen (!) Sozial- und Wirtschaftsprogrammen für insgesamt 40 Md. Dollar. "U. S. News and World Report" errechnete da: Diese "revolutionären" Pläne bedeuten die Einstellung von vier Beschäftigungsprogrammen (und das bei einer Arbeitslosigkeit von 7,4 Prozent), darunter eines Programms für fast 100 000 junge Menschen aus ärmeren Familien. Hilfsprogramme für die Armen, für juristische Unterstützung an minderbemittelte Bevölkerungsschichten wird es nicht mehr geben. Die Subventionierung der medizinischen Betreuung der Armen ist gleichfalls ernstlich in Frage gestellt. Charles Schumer, Abgeordneter des Repräsentantenhauses, behauptet: Für New York z. B. werde das neue Budget eine starke Anhebung der Fahrpreise in den öffentlichen Verkehrsmitteln (in der Metro von 90 Cent auf 1,20 Dollar bis zum Jahre 1986 — die Red.), die Entlassung von 6000 Lehrern und die praktische Abschaffung der Wohnbauprogramme für Senioren bedeuten. Ähnliche Aussichten zeichnen sich im ganzen Land ab.

Unter der republikanischen Administration machten ca. 20 000 Farmer bankrott. Heute gibt es in den USA 2,3 Millionen Farmer. Allein offiziellen Angaben zufolge haben 243 000 schwere finanzielle Probleme, und 145 000 stehen am Rande des Ruins. Wohl kaum wird die Kürzung der staatlichen Hilfe um 5,5 Md. Dollar diesen Millionen Amerikanern aus ihrer schwierigen Lage helfen. Auch das Bildungswesen soll von den Kürzungen nicht verschont bleiben. Sparen will man an dem bislang, wenn auch nur teilweise, bezuschußten Schulesen. An den Hochschulen wird, angeblich "um

größerer Gerechtigkeit willen", die Zahl der Stipendien brutal gekürzt. Die soziale Bedeutung dieses Schritts ebenso wie anderer, von der Administration geplanter, wird deutlich, wenn man sich einmal vor Augen führt, daß bereits das vergangene Studienjahr an einem College oder an einer Universität 10 000 Dollar oder mehr kostete. Die "Sparpolitik" als Regel? Wenn dem so wäre...

All diese Kürzungen wurden von der Administration als Maßnahmen gegen das Haushaltsdefizit dargestellt. Es liegt unter der Reagan-Administration jetzt bei über 200 Md. Dollar und wird nach Schätzungen von Wirtschaftswissenschaftlern bereits in einem Jahr die gesamte Staatsverschuldung auf den astronomischen Stand von 2,1 Billionen Dollar klettern lassen. Davon, daß gegen derartige wirtschaftliche Anomalien angegangen werden müsse, sprechen übereinstimmend alle führenden Geschäftleute. Und selbst eine so konservative Organisation des Big Business wie "The Conference Board", mit deren Schlußfolgerungen ich mich kürzlich vertraut gemacht, meint, daß vor allem die unproduktiven und unbegründeten Rüstungsausgaben gekürzt werden müßten. Die Logik dieser Überlegungen wird durch unlängst in die Presse gelangte Berechnungen von Fachleuten bestätigt: Von 5000 Objekten, die das Pentagon über die ganze Welt (einschließlich der USA — die Red.) verteilt hat, sind nur ca. 400 tatsächlich nötig, um die nationale Sicherheit der USA auf dem erforderlichen Stand zu halten.

Trotzdem war gerade das Pentagon unter den wenigen Adressaten (FBI, Gefängnisverwaltung, Nationale Luft- und Raumfahrtbehörde NASA, von deren Ausgaben ein Viertel ebenfalls für das Pentagon vorgesehen sind, sowie der Rundfunksender "Voice of America"), für die der Präsident eine Ausnahme mache. Die Haushaltssmittel für diese Institutionen sollen angehoben werden.

## Der Logik zuwider

In politischen Kreisen der USA wird allgemein anerkannt (davon sprach auch Reagan selbst), daß die Suche nach Wegen zum Abschluß eines Rüstungskontrollabkommens mit der UdSSR eine der Prioritäten der US-Außenpolitik für die kommenden vier Jahre

werden muß. Doch auch nach dem Januartreffen in Genf, bei dem Inhalt und Rahmen der neuen Verhandlungen festgelegt wurden, ist nur schwer zu verstehen, wie sich die US-Regierung weiterhin zu verhalten gedenkt. Die Erklärungen des Außenministers und des Verteidigungsministers erregen Besorgnis — unisono sprechen sie sich für die Aufstockung der strategischen Waffen aus. Und der Präsident selbst nimmt nicht klar Stellung.

Kürzlich war ich bei einer Diskussion über die politischen Aussichten des Jahres in der Vereinigung für Außenpolitik zugegen. Ihre führenden politischen Kommentatoren heben als Hauptfrage einmütig die der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen hervor. Mir prägten sich die Worte des Korrespondenten der Fernsehgesellschaft NBC beim State Department, Marvin Kalb, ein. Wir glauben, sagte er, daß der Präsident mit den Russen tatsächlich ein Rüstungskontrollabkommen schließen will. Doch hierbei müsse man verstehen, daß sich die sowjetische Seite nur zu einer solchen Vereinbarung bereit finden werde, in der ihre Sicherheitsinteressen berücksichtigt würden. Folglich ist die Frage Kalb zufolge folgendermaßen zu formulieren: Ist Ronald Reagan zu einem Abkommen bereit, das in notwendiger Weise die Faktoren der gleichen Sicherheit und Verantwortung berücksichtigt?

Bereits vor dem sowjetisch-amerika-

nischen Treffen in Genf hieß es, der Kongreßauftakt biete eine ausgezeichnete Möglichkeit zur Klärung der Situation. Doch da bekam man merkwürdige Dinge zu hören. Für das Pentagon müßten, wie es hieß, zusätzliche Milliarden Dollar bewilligt werden, da nur eine "starke Verteidigung" die Sowjetunion an den Verhandlungstisch bringe. Weitere Rüstungsausgaben, für die die Kongreßabgeordneten stimmen sollen, seien erforderlich, um in Richtung auf ... eine gegenseitige und kontrollierte Reduzierung der Rüstungen voranzukommen. Und die Ausarbeitung eines Programms von "Sternenkriegen", das die Voraussetzungen für einen Erstschlag gegen die UdSSR schafft, sei ebenfalls dafür erforderlich!

Das Weiße Haus, das im Interesse des Militär-Industrie-Komplexes wirkt, spielt also eine, wie ihm scheint, immer glückliche Karte: Kommt es zu einem Verhandlungserfolg, kann man ihn als Ergebnis der astronomischen Rüstungsausgaben hinstellen; sollte aber der Verhandlungsaufschluß nicht zusagen, ist es um so mehr nötig, von Gefahren zu trommeln und die Aufrüstung zu forcieren.

Übrigens wird die uneingeschränkte Unterstützung des Präsidenten für eine Politik der Stärke nicht nur, als es um die Beziehungen zur UdSSR ging, deutlich. Von Messianismus, Ansprüchen auf die Rolle eines Weltenrichters strotzte es auch in den Aufrufen, die Banden zu unterstützen.

zen, die gegen die rechtmäßigen Regierungen von Afghanistan und Nikaragua agieren, und in den Versicherungen, die Verbrechen der Contras stünden im Einklang mit der UNO-Charta. Die US-Behörden machen im Grunde schon seit langem kein Geheimnis aus ihrer über CIA-Kanäle geleisteten Hilfe für die antisandinistischen Banden. Kurz vor der Präsidentenbotschaft wollte die Administration durchsetzen, daß der Kongreß die finanzielle Unterstützung dieser terroristischen Tätigkeit als offene und offizielle Hilfe billigte.

Die hiesigen Kommentatoren betonen in einer Einschätzung der ersten großen programmativen Rede Ronald Reagans in seiner zweiten Amtszeit, daß sie sehr allgemein gehalten war und Platz für Kompromisse und Änderungen läßt. Der Haushalt muß noch im Kongreß debattiert werden, und viele Abgeordnete lehnen ihn bereits heute ab. Zugleich aber sind einflußreiche Kräfte der amerikanischen Gesellschaft nicht zu ignorieren, die hartnäckig eine "feste Haltung" zu Fragen der Außenpolitik und der Abrüstung vertreten. Das aber bedeutet, daß der außenpolitische Kurs, den die Administration zu steuern gedenkt, sich trotz aller Widerstände deutlich genug abzeichnet — sowohl in der Botschaft "Zur Lage der Nation" als auch in konkreten Aktionen. Bekannte Töne der gleichen gefährlichen Politik.

New York

## NZ-FOTODOKUMENTATION



Hände, die schwieligen Hände eines Menschen, der sein ganzes Leben lang jede, selbst die schwerste Arbeit ausführen mußte. Für wen hat er so schufteten müssen? Für das Großkapital — sowohl in der Republik Südafrika selbst als auch im fernen Europa und im ebenso fernen Amerika. Wurde er ja sein ganzes Leben lang auf das brutalste ausgebeutet. Der Durchschnittslohn der Afrikaner in Schächten und Gruben der RSA erreicht nicht einmal ein Sechstel der Verdienste der Weißen.

Derartige Profite wecken unweigerlich den Heißhunger der Monopolherren. Die Investitionen westlicher Länder in die

Wirtschaft des Apartheidstaates belaufen sich insgesamt auf 50 Md. Rand (rund 25 Md. Dollar). Über die Hälfte sind US-Investitionen, 40% kommen aus Großbritannien. Die Investitionen Schweizer Banken erreichen mindestens 3 Md. Schweizer Franken.

Das repressive Regime lockt auch als Quelle von Spaltmaterial. 1983 kauften US-Firmen in der RSA 926 t Uran (1980 — 34 t) an. Dafür versorgen die USA Pretoria heimlich mit angereichertem Uran (nach Angaben der Hongkonger Zeitung "Asian Wall Street Journal" besitzt Pretoria dank der Unterstützung westlicher Länder alles Erforderliche, um einige Atombomben jährlich herstellen zu können). Die modernsten Waffen kommen aus den USA, Israel, Frankreich...

Der US-Präsident ließ sich über die Bedeutung der Zerschlagung Hitlerdeutschlands aus, schreibt die amerikanische Zeitung "Newsday". Doch dabei "vergab" er, daß seine Administration den Apartheidstaat umfassend unterstützt, wo jene herrschen, die im zweiten Weltkrieg ihre Begeisterung für das Hitlerreich nicht verhehlten, fährt die Zeitung fort. Pretoria hat Millionen Afrikanern das Stimmrecht genommen, es treibt die schwarzen Einwohner in Reservate zusammen, die Rassisten verüben nach Art der SS-Mordkommandos die schlimmsten Untaten an Afrikanern. All das hindert aber "Newsday" zufolge Reagan nicht, eine Politik der "konstruktiven Zusammenarbeit" gegenüber der RSA zu verfolgen.

Den Afrikanern, 72 Prozent der RSA-Bevölkerung, bleiben nur Entbehrungen, Armut, Rechtlosigkeit...

Foto: TASS

# NÜTZLICHE ERINNERUNGEN

Von unserem politischen Kommentator

Lew BESYMENSKI

Der sowjetischen Öffentlichkeit sind zwei aufeinander folgende Meldungen aus London zum selben Thema nicht entgangen. Die eine war vom 12. Januar, darin war ein Schreiben der Staatsministerin für Auswärtige und für Commonwealthangelegenheiten, Baronesse Young, an das Unterhausmitglied Cartwright dargelegt. Es beinhaltete, daß die Regierung dieses Jahr den 40. Jahrestag des Sieges nicht feiern werde. Die zweite Meldung war vom 16. Januar und handelte von einer Rede Margaret Thatchers im Unterhaus, in der sie erklärt hat, der Jahrestag solle begangen werden, die Regierung veranstalte Festlichkeiten. Sie sagte: "Ich bin auch der Meinung, daß wir nationale Festlichkeiten begehen sollen. Ich finde, wir müssen die Tatsache feiern, daß wir seit 40 Jahren in Frieden und Freiheit leben."

Uns liegt die Absicht fern, anderen zu empfehlen, welche Jahrestage sie feiern sollen und welche nicht. Die große Diskussion aber, zu der es in England zwischen den beiden Meldungen kam, hat eine weit über die Innenpolitik des Landes hinausgehende Bedeutung, vor allem, weil der erste Beschuß sehr aufschlußreich begründet wurde. Die Baronesse Young schrieb, Festlichkeiten seien "wegen der jetzigen politischen Situation und unserer gedeihlichen Nachkriegspartnerschaft mit Deutschland, Italien und Japan unangebracht". Und weiter: Festlichkeiten könnten "bestenfalls nostalgisch, schlimmstenfalls aber als deutschfeindlich, unobjektiv und zur Entstellung der Geschichte durch die Sowjetunion beitragend aufgefaßt werden".

Es darf nicht verschwiegen werden, daß die britische Öffentlichkeit die meisten dieser Argumente abgelehnt hat. Die Presse schrieb entrüstet. Die "Times" hat die Differenzen zusammengefaßt, sie hat Mrs. Thatchers Erklärung begrüßt und drei wichtige Argumente angeführt: Erstens haben Millionen Engländer für den Sieg gekämpft, und wenn die Regierung die Landung in der Normandie feierlich begangen habe, so könne sie Festlichkeiten zu Ehren des Sieges nicht für "unangebracht" halten; zweitens könne die Vergangenheit aus politischen Augenblicksmotiven nicht umgedeutet werden; drittens dürften solche Festlichkeiten "Westdeutschlands Gefühle keineswegs verletzen", denn "der Sieg hat den

Westdeutschen Frieden und Befreiung von der Nazityrannei gebracht".

Wie steht es aber mit dem Argument der Dame Young, in dem sie nach alter schlechter Gewohnheit an allem der Sowjetunion die Schuld gibt? Leider hat die "Times" auch in diese Kerbe gehauen, sie hat die sowjetische Presse beschuldigt, geschrieben zu haben, daß die Niederlage Hitlerdeutschlands "ausschließlich das Werk der Roten Armee gewesen" sei. Sehr traurig, daß sich die Leute, die solches behaupten, nicht bemüht haben, Äußerungen der sowjetischen Presse und Wissenschaft zu diesem Thema nachzulesen. Ich könnte sie auf die 12bändige "Geschichte des zweiten Weltkriegs von 1939–1945" hinweisen, in der die Ergebnisse langwieriger und gründlicher Forschungen zu finden sind. Da ist die Rolle der westlichen Alliierten in keiner Weise unterschätzt, sondern objektiv, gemäß ihrem wirklichen Beitrag zum Sieg gewürdigt. Das, hat man aber keineswegs getan, um den Sieg "aufzuteilen". Der unvergängliche Sinn des geschichtlichen Ereignisses besteht ja darin, die Völker nicht zu trennen, sondern bei der Erhaltung der großen Errungenschaft, die wir von den gefallenen und den lebenden Helden als Erbteil übernommen haben, zu vereinen: bei der Erhaltung des Friedens!

Ich möchte mir erlauben zu fragen, ob die Versuche, die Rolle der UdSSR im zweiten Weltkrieg und bei der Zerschmetterung des Nazismus zu übersehen oder falsch darzustellen, diesem unstreitigen Zweck dienlich sind. Selbstverständlich nicht, und darüber sind sich viele klar. Nicht von ungefähr schreiben britische Zeitungen über die Pflicht, der sowjetischen Menschen zu gedenken.

Es gibt ein probates Mittel, die Dinge wieder ins rechte Licht zu setzen: die Geschichte selbst Zeugnis ablegen zu lassen. Sie bietet eine Unmenge solcher Zeugnisse an, und ich habe in aller Bescheidenheit den Versuch gemacht, nämlich eine wichtige Publikation zur Hand genommen, über die wir schon schrieben und über die noch geschrieben werden soll. Es ist das vom Außenministerium der UdSSR herausgegebene Fundamentalwerk "Die sowjetisch-britischen Beziehungen im Großen Vaterländischen Krieg von 1941–1945". In der Tat, was sagte man in Großbritannien in jenen schweren Jahren, die die Welt durchmachten mußte, bevor der Sieg kam,

über die Rolle der UdSSR und ihrer Armee? Lassen wir Dokumente sprechen.

## 1941

"Wir alle hier freuen uns sehr, daß die russischen Armeen dem unprovokierten und schonungslosen Einfall der Nazis so starken, kühnen und tapferen Widerstand leisten. Die Tapferkeit und Standhaftigkeit der sowjetischen Soldaten und des Volkes erwecken allgemeine Bewunderung."

(Churchill an Stalin  
am 8. Juli 1941)

"Wir sind uns restlos darüber im klaren, wie wichtig für die Niederlage des Hitlerfaschismus der mutige und standhafte Widerstand der Sowjetunion ist, und meinen deshalb, daß wir in der Angelegenheit der Planung des Programms über die Verteilung unserer aller Ressourcen für die Zukunft unter allen Umständen schnell und ohne Aufschub handeln müssen."

(Churchill und Roosevelt an Stalin  
am 15. August 1941)

"Ich finde keine Worte für das, was ich im Hinblick auf Ihren kolossalen heroischen Kampf empfinde."

(Churchill an Stalin  
am 12. Oktober 1941)

"Die Erleichterung, mit der ich täglich von Ihren großartigen Siegen an der russischen Front erfahre, ist unbeschreiblich. Ich war des Ausganges des Krieges noch nie so sicher wie jetzt."

(Churchill an Stalin  
am 16. Dezember 1941)

## 1942

"Herr Vorsitzender, ich sende Ihnen meine besten Wünsche zum neuen Jahr und wünsche den tapferen sowjetischen Armeen, die schon soviel dafür getan haben, die Niederlage unseres gemeinsamen Feindes näherzubringen, ununterbrochene Erfolge."

(König George VI. an Michail Kalinin  
am 4. Januar 1942)

"Ich finde keine Worte für die Bewunderung, die wir alle für die fortdauernden glänzenden Erfolge Ihrer Armeen im Kampf gegen die deutschen Eindringlinge empfinden. Ich kann es mir aber nicht versagen, Ihnen noch ein Wort des Dankes und der Gratulation zu allem auszudrücken, was Rußland für die gemeinsame Sache tut."

(Churchill an Stalin  
am 11. Februar 1942)

"Unter der Wirkung des Krieges sind wir zu der Verständigung gelangt, die wir im Laufe mehrerer Friedensjahre nicht erzielen konnten."

(Eden am 26. Mai 1942)

"Seit 17 Monaten leistet das sowjetische Volk dem brutalen Oberfall und den Bestialitäten Hitlers und seines Anhangs glänzenden tapferen Widerstand. Die Heldentaten der sowjetischen Streitkräfte

und Partisanen ebenso wie das Schaffen und Leiden der sowjetischen Zivilbevölkerung bei der Verteidigung ihres Heimatlandes werden für alle Zeiten in die Geschichte eingehen."

(Eden am 8. November 1942)

## 1943

"Heute schließen ich und meine Völker uns den Völkern der Sowjetunion in aufrichtiger Würdigung der heldischen Eigenschaften und der hervorragenden Führung an, dank denen die Rote Armee in ihrem Kampf gegen unsere gemeinsamen Feinde mit ihren glorreichen Siegen neue Kapitel in die Geschichte eingetragen hat. Der hartnäckige Widerstand Stalingrads hat in den Ereignissen eine Wende herbeigeführt und war ein Vorbot der vernichtenden Schläge, die die Feinde der Zivilisation und Freiheit in Verwirrung gebracht haben. Zum Zeichen der großen Bewunderung, die ich und die Völker des Britischen Reiches empfinde, habe ich Befehl zur Herstellung eines Ehrenschwertes erteilt, das ich mich beeilen werde, der Stadt Stalingrad zu übergeben. Ich hoffe, daß diese Gabe in den kommenden glücklichen Tagen an den unbeugsamen Mut erinnern wird, mit dem sich die tapfere Stadt im Kampf gegen die starken und hartnäckigen Angriffe der Feinde gestählt hat, und daß sie ein Symbol der Bewunderung nicht nur der Völker des Britischen Reiches, sondern der ganzen zivilisierten Welt sein wird."

(König George VI.,  
am 26. Februar 1943)

"Mein lieber Botschafter, die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas und des Vereinigten Königreichs wissen den großen Beitrag der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu unserer gemeinsamen Sache sehr zu schätzen und erkennen die eminente Bedeutung der sowjetischen Front an."

(Eden an den Botschafter  
der UdSSR in Großbritannien  
am 9. Juni 1943)

"Ich habe Sie nie um eine ausführliche Information über die Streitkräfte und die Stellungen der russischen Armee gebeten, weil Sie auf dem Festland die Hauptlasten getragen haben und noch fragen."

(Churchill an Stalin  
am 19. Juni 1943)

## 1944

"Wären wir wieder in Teheran, so würde ich Ihnen jetzt über den Tisch hinweg folgendes sagen: 'Teilen Sie mir bitte beizeiten mit, wann wir mit der Zerstörung Berlins aufhören sollen, damit genügend Räumlichkeiten zur Unterbringung der sowjetischen Armeen übrigbleiben.'"

(Churchill an Stalin  
am 12. Januar 1944)

"Auszeichnungen an sich sind nur kleine, mit den Verdiensten der Ausgezeichneten unvergleichbare Abzeichen. Aber nicht so sollen Sie in Ihrem und wir in unserem Land diese Auszeichnungen bewerten, denn wir alle wissen, was sie bedeuten und daß ihr hoher Wert in dem besteht, was sie im besonderen symbolisieren. Sie sind in der Tat Symbole der Anerkennung hervorragender Verdiente, großartiger Heldenataten an dieser Front zu Lande und zur See, Verdienste, die sowohl Sie als auch uns in Begeisterung versetzen. In diesem Falle sind die Auszeichnungen auch ein Ausdruck der Solidarität der beiden großen Völker in den drei langen Jahren enger Waffenbruderschaft, die, wie wir alle wissen, im gemeinsamen Kampf gegen den hartnäckigen und bösen Feind, den zu vernichten wir gleichermaßen entschlossen sind, bald noch enger werden wird — einer Bruderschaft, die uns zum sicheren Sieg führen wird."

(Der Botschafter Großbritanniens in der UdSSR am 10. Mai 1944 bei der Überreichung von Auszeichnungen an sowjetische Militärs)

"Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, Ihnen zu sagen, welch kolossalen Eindruck die großartige Offensive der russischen Armeen auf uns alle in England macht, diese Offensive, die mit zunehmender Stärke die deutschen Armeen zwischen Ihnen und Warschau und später Berlin zu schlagen scheint. Hier verfolgt man mit größter Aufmerksamkeit jeden Ihrer Siege."

(Churchill an Stalin  
am 1. Juli 1944)

"In der wunderbaren Zeit der mit so großer Aufopferung und Hingabe errungenen Siege haben die russischen Armeen, die Armeen der Sowjetunion, machtvolle Schläge geführt. Sie waren die ersten von denen, die die Kampfmoral und die Kriegsmaschinerie der deutschen Armee gebrochen haben."

(Churchill am 9. Oktober 1944)

Diese Äußerungen — 1945 waren es nicht weniger, wenn man die Hilfe der sowjetischen Truppen an die westlichen Alliierten bei der Abwehr der Wehrmachtoffensive in den Ardennen im Auge behält — klingen heute nicht weniger eindringlich als vor 40 Jahren. Dabei haben wir uns mit einer Quelle von Hunderten begnügt, in denen Äußerungen nicht nur führender Staatsmänner, Wissenschaftlern, Politikern und Repräsentanten verschiedener Kreise Großbritanniens zu finden sind. Das hat mit Nostalgie nichts zu tun. So kurz vor dem 40. Jahrestag des Sieges soll die Hinkehr zur Vergangenheit der friedlichen Zusammenarbeit der Völker förderlich sein, die in den schweren Jahren eine gemeinsame Sprache zu finden vermochten.

Die US-Politiker gingen mit bekannten Worten wie "Sanktionen" und "Bestrafung" schwanger, meldete unser Korrespondent aus New York. Neuseeland, früher gehorsames Mitglied des pazifischen Sicherheitspaktes [ANZUS], unterigte dem US-Zerstörer "Buchanan" das Anlaufen. Mit welchen Vorwürfen wurde die neuseeländische Regierung nicht überhäuft. Nicht genug, daß sie "Betrug" verübe, sie untergrabe auch noch das "Fundament des Bündnisses"!

David Langes Labour-Regierung blieb ihrem Wahlversprechen treu. Als ersten Schritt zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Südpazifik beschloß sie, Schiffe mit Kernwaffen an Bord oder mit Nuklearantrieb das Anlaufen neuseeländischer Häfen zu untersagen. Anfangs hatte man im Weißen Haus gehofft, in Wellington werde man sich das "anders überlegen" und alles werde wieder wie früher sein. Doch am 4. Februar sorgte der neuseeländische Premierminister für letzte Klarheit: Er erklärte, der Besuch des Zerstörers, der nach Abschluß des ANZUS-Manövers Seaagle 85 vorgesehen war, könne nicht erfolgen, da sich die USA geweigert hätten, Wellington mitzuteilen, ob das Schiff Nuklearwaffen trägt.

Neuseeland gehört seit 1951 zusammen mit Australien und den USA dem pazifischen Sicherheitspakt an. Washington benutzt den ANZUS-Pakt zur Kontrolle einer ausgedehnten Region. Bei den alljährlichen Manövern im Südpazifik spielt die US-Kriegsmarine die Hauptrolle. Die dort ständig kreuzenden US-Kriegsschiffe haben die Region fast zu einem "amerikanischen Binnenmeer" werden lassen. Jetzt aber wurde das gemeinsame Manöver abgesetzt.

Empörte Vertreter der US-Administration erklärten, Neuseeland müsse für seinen Beschuß "bezahlen". Die amerikanische Presse geht davon aus, daß man Neuseeland die Meistbegünstigung entziehen will. Die Agrarproduktion, Grundlage des neuseeländischen Exports, soll geschwächt werden. Als "Vergeltungsmaßnahme" brachte der republikanische Senator Scott Cohen, Mitglied des Streitkräfteausschusses, den Resolutionsentwurf ein, der die USA auffordert, mit Australien einen neuen Vertrag — bereits ohne Neuseeland — zu unterzeichnen und das Handelsabkommen mit Wellington nicht zu verlängern. Der neuseeländische Verteidigungsminister Frank O'Flynn erklärte, er erwarte ferner, daß sich Washington weigern werde, die militärische Zusammenarbeit fortzusetzen. "Wenn gerade das der Preis für unsere Politik ist", sagte er ironisch, "dann werden wohl die meisten Neuseeländer dieses Opfer bereitwillig bringen..."

In den letzten Jahren wurde die Antinuklear- und Antikriegsbewegung zu einer großen politischen Kraft in Neuseeland. In Städten und Ortschaften, die sich zu kernwaffenfreien Zonen erklärt haben, leben über 2 Millionen Menschen — fast zwei Drittel der Landesbevölkerung. So

# RISSE IN DER ANZUS

Leonid MLETSCHIN

wird die feste Haltung der Labour-Regierung von den meisten Neuseeländern unterstützt, und sie sind empört über die Drohungen von jenseits des Pazifik. Daß die entschiedene Weigerung, sich dem US-Diktat zu fügen, nicht die einsame Entscheidung des Regierungschefs ist, sondern der klar bekundete Wille des Volkes, hat Washington vor allem erschreckt. Und dabei geht es nicht nur um die Neuseeländer. "Die USA", schrieb die "Washington Post", "können als pazifische Seemacht nicht passiv zuschauen, wie im gesamten Südpazifik Antinuklearstimmungen in verschiedenen Formen immer weitere Verbreitung finden... Als Weltmacht müssen die USA darüber nachdenken, welche Schlüsse die Verbündeten anderswo ziehen und zu welchen Schlüpfolgerungen die Gruppen kommen werden, die beim Anblick einer Niederlage der Amerikaner in Neuseeland Antinuklearfahnen schwenken werden."

Die Drohungen und Sanktionen sollen, wie Washington das will, Eindruck nicht nur auf die widerspenstigen Neuseeländer, sondern auch auf andere "schwankende" Verbündete machen — z. B. auf Belgien und die Niederlande, wo die Stationierung neuer US-Raketen vorgesehen ist. Das Beispiel Neuseelands werde, wie die Tokioter Zeitung "Mainichi" erklärt, zu "einem neuen Aufschwung der Antinuklearbewegung in Japan und Westeuropa führen. Das kann Probleme für die Existenz der US-Stützpunkte und für die Aufstellung von Nuklearwaffen schaffen... Es besteht aller Anlaß, einen weiteren Rückgang des US-Einflusses im Südpazifik zu erwarten."

Unschwer versteht man, warum nun dem USA-Besuch des australischen Premiers Hawke so große Bedeutung beigegeben wurde. Dort beschloß man, die Risse im Block um jeden Preis zu kitten. Der Sprecher des State Department verneinte kategorisch die Frage, ob die Administration meine, daß die ANZUS nicht mehr bestehe: "Wir unterhalten nach wie vor sehr enge Verbindungen zu unserem aktivsten ANZUS-Partner Australien."

Doch Hawke war in Washington mit weiteren unerfreulichen Nachrichten eingetroffen. Der Premier nahm sein Versprechen zurück, die Benutzung australischer Stützpunkte für MX-Tests zu gestatten. Er erklärte ferner, sein Land werde es nicht gestatten, militärische Objekte auf seinem Territorium im Zuge

der Vorbereitung auf "Sternenkriege" zu benutzen.

Dieser Beschuß erklärt sich durch die scharfe Kritik seitens der erstarkenden australischen Antinuklearbewegung. Der linke Flügel der Partei des Premierministers erhebt die gleichen Forderungen wie die Labour Party in Neuseeland. Die kürzlich in Australien gegründete nukleare Abrüstungspartei verlangt, die ANZUS zu verlassen, die US-Basen zu schließen und die Neutralität des Landes zu verkünden.

In Washington machte man einen Rückzieher, indem man erklärte, die MX-Tests könnten auch ohne Hilfe Austra-



liens erfolgen. Präsident Reagan suchte bei der Begegnung mit Hawke zu demonstrieren, daß die ANZUS weiter lebt. Die unerwartete "Großzügigkeit" der Administration hat eine einfache Erklärung. Das Pentagon besitzt auf dem fünften Kontinent eine große Zahl von Stützpunkten, und um diese zu erhalten, sind die USA zu Zugeständnissen bereit.

Ob es Washington gelingen wird, die Risse im Block zu kitten, wird die Zukunft zeigen. Doch das eine ist klar: Der militaristische Kurs der USA, die ihre Pazifik-Verbündeten in nukleare Geiseln verwandeln wollen, stößt auf zunehmenden Widerstand in der Region. Kein Wunder, daß diese Unzufriedenheit in Neuseeland und Australien so deutlich wird.

**NZ** KOMMENTAR

## ABSTIMMUNG DER POSITIONEN

Die UdSSR und die Republik Kuba, die durch Freundschaftsbande eng verbunden sind, entwickeln ihre Beziehungen auf planmäßiger, komplexer Grundlage. Sie arbeiten intensiv sowohl im wirtschaftlichen Bereich als auch an der diplomatischen Front zusammen. Und deshalb ist es nur natürlich, daß diese breit angelegte Zusammenarbeit regelmäßige Konsultationen zur Abstimmung der Positionen in aktuellen Fragen erforderlich macht. Eben dem galt auch der Arbeitsbesuch des kubanischen Außenministers Isidoro Malmierca in Moskau.

Im Mai werden die UdSSR und Kuba den 25. Jahrestag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen begehen. Andrej Gromyko und Isidoro Malmierca konstatierten, daß sich zwischen unseren Ländern Beziehungen eines neuen Typs herausgebildet haben, die von wahrer Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und brüderlicher Solidarität charakterisiert sind. Die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit hat einen hohen Stand erreicht. Das erlaubte es Kuba, in historisch kurzer Zeit das Erbe des Kolonialismus und des Neokolonialismus zu überwinden und große Erfolge in den verschiedensten Bereichen der Wirtschaft und der Kultur zu erzielen.

Die Verwirklichung des Langzeitprogramms zur Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit Kuba-UdSSR bis zum Jahre 2000 wird, wie Isidoro Malmierca auf einer Pressekonferenz in Moskau betonte, den sich dynamisch entwickelnden Beziehungen einen neuen Impuls geben.

Kuba steht jetzt im Brennpunkt der Weltpolitik. Es muß ständig wachsam sein. Doch welche Schwierigkeiten die Insel der Freiheit auch heimsuchen mögen, das Sowjetland steht an ihrer Seite. Auch diesmal bekundete die UdSSR ihre feste Unterstützung für Kuba, das der Politik des Drucks und der Drohungen seitens des US-Imperialismus entschlossen und mutig Widerstand leistet.

Die Weltöffentlichkeit verfolgt besorgt die Lage in Mittelamerika, das die USA zu einem ständigen Spannungsherd gemacht haben. Die Gesprächsteilnehmer zeigten sich ernstlich besorgt über die gefährliche Lage um Nicaragua und verurteilten entschieden Washingtons Interventionspolitik. Die UdSSR und Kuba, erklärten sie, sind mit dem nikaraguanschen Volk, das die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat verteidigt, solidarisch.

L. MIRONOW

**Das Militärregime will seine Macht konsolidieren.**

**Die Opposition boykottiert die Wahlen**

## **FASSADEN KOSMETIK**

In den über 7 Jahren, die seit dem Machtantritt des Militärregimes unter Zia ul-Haq vergangen sind, hat der General wiederholt Parlamentswahlen versprochen, seine Worte aber nicht gehalten. Doch nach dem Referendum für die Regierungspolitik der Islamisierung des gesellschaftlichen Lebens im Dezember 1984, das zudem Zia ul-Haqs Präsidentenvollmachten um weitere fünf Jahre automatisch verlängerte, rang sich die Regierung in Islamabad trotz allem dazu durch. Auf den 25. Februar wurden Wahlen zur Nationalversammlung angesetzt und drei Tage später sollen Wahlen zu den Provinzparlamenten steigen.

Bekanntlich wurde das Referendum unter den Bedingungen des Ausnahmezustands durchgeführt und deshalb wurde es von der Opposition boykottiert, vor allem von der Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD) mit ihren jetzt elf Parteien, deren Tätigkeit offiziell verboten ist.

Nicht aufgehoben ist der Ausnahmezustand auch jetzt, so kurz vor den Wahlen. Oberdies erklärte der Präsident, der Ausnahmezustand werde weiterbestehen, und weigerte sich, die Rechte und Vollmachten der künftigen Nationalver-

sammlung zu bestimmen. Auf Beschuß der Militärbehörden erfolgen die Wahlen "auf unparteiischer Grundlage". Folglich dürfen die Parteien keine Kandidaten benennen. Meetings und Demonstrationen sind verboten. Die führenden Politiker der Oppositionsparteien dürfen die Städte oder sogar Dörfer, wo sie leben, nicht verlassen. Haussuchungen und Verhaftungen erfolgen.

Wie der Korrespondent der "Times of India" in Islamabad schrieb, sind Wahlen "durch so viele Beschränkungen und Verbote eingeengt, daß von einer freien und freiwilligen Willensbekundung nicht die Rede sein kann". Einer der Führer der Pakistanischen Volkspartei, Gulam Mustafa Jatoy, bezeichnete sie als "grobe politische Farce, um die Militärdiktatur im Lande zu verewigen". Kein Wunder, daß sich die oppositionelle MRD zum Boykott des Wahlkampfes entschloß sowie "freie, gerechte und unvoreingenommene Wahlen" verlangt. Die Opposition fordert die Wiederherstellung der Demokratie auf der Grundlage der Verfassung von 1973, Wahlen nach den Regeln von 1977, die Aufhebung des Verbots für die Tätigkeit der Parteien und die Freilassung der politischen Gefangenen.

Bezeichnenderweise protestieren gegen die Wahlfarce der Regierung nicht nur die Parteien, die der MRD angehören. Boykottiert werden die Wahlen auch von diversen religiösen Parteien, die sowohl Schiiten als auch Sunnen, die im Lande dominieren, repräsentieren.

Die Lösung der Opposition "Fort mit dem Militärregime!" verbindet sich mit einer anderen, in Pakistan populären Lösung "Fort mit dem US-Imperialismus!". Und das ist verständlich. Sieht ja die Öffentlichkeit des Landes in der militärischen Zusammenarbeit Pakistan--USA die Hauptursache für das ganze Unheil.

... "Die Beziehungen der USA zu Pakistan erinnern mich an eine Schaukel. Mal geht sie nach oben, und wir in Karatschi halten den Atem an, dann nach unten, wobei uns das Herz in die Hose rutscht." Diese Äußerung des Korrespondenten der "Dawn" bezieht sich auf die Zeiten, als Pakistan noch den proimperialistischen aggressiven Blöcken SEATO und CENTO angehörte. Diese Blöcke bestehen nicht mehr, die "Schaukel" der amerikanisch-pakistanischen Beziehungen aber ist hoch- und wieder heruntergegangen, und dabei hielt man den Atem schon nicht mehr in Karatschi, sondern in Islamabad an, wo sich jetzt die Hauptstadt befindet. Doch unverändert blieb, daß die "Schaukel" von Washington betätigt wird. Und jedes Mal wird Islamabad in ein verheerendes Wettrüsten hineingezogen.

So kam es auch mit dem Abkommen von 1981, als die Reagan-Administration Zia

## **IM NAMEN DER ARBEITER**

Keine Bewegung, mag ihr Aufgabenkreis auch noch so spezifisch sein, kann sich heute dem Hauptanliegen der Menschheit verschließen: der Wahrung des Friedens. Das kam prägnant in der in Delhi vom 4. bis zum 6. Februar abgehaltenen Gewerkschaftskonferenz der Länder Asiens und des Pazifiks über Fragen der Entwicklung und einer neuen Weltwirtschaftsordnung zum Ausdruck, an der Abgesandte von mehr als 20 Ländern dieser Region, auch eine sowjetische Delegation unter Führung Wassili Prochorow, Vizevorsitzenden des Zentralrats der Sowjetischen Gewerkschaften, teilnahmen. In der dreitägigen Diskussion sind die Delegierten zu der gemeinsamen Ansicht gelangt, daß eine wirkliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung mit dem der Welt von den imperialistischen Kreisen aufgezwungenen Wettrüsten unvereinbar ist.

Das ist das Leitmotiv der von der Konferenz angenommenen ausgesprochen antiimperialistischen Deklaration, in der besonders hervorgehoben ist, daß die von den USA bekanntgegebenen Pläne für eine Militarisierung des Weltraums eine Bedrohung für die ganze Menschheit darstellen.

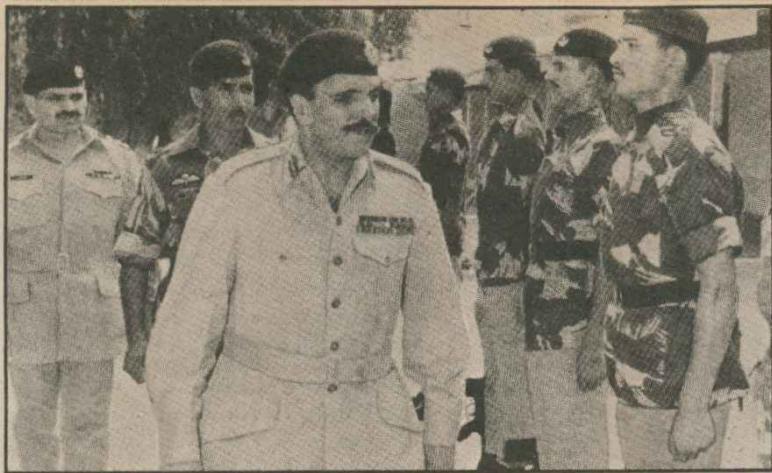
In der Deklaration heißt es, daß die Multis die Ausbeutung der Werktätigen in den Entwicklungsländern Asiens und des Pazifik intensivieren. Mit Hilfe internationale Finanzkörperschaften versuchen die herrschenden Kreise der imperialistischen Mächte, die Regierungen der Länder dieser Region zu einer volks- und gewerkschaftsfeindlichen Politik zu nötigen und bei ihnen durchzusetzen, daß sie den staatlichen Wirtschaftssektor drosseln und dem Auslandskapital Zugeständnisse machen. Zugleich wird in der Deklaration darauf hingewiesen, daß die zwischen den

sozialistischen Ländern und vielen Staaten Asiens und des Pazifik in Gang gekommene Zusammenarbeit gleichberechtigt und für beide Seiten vorteilhaft ist.

Die Konferenzteilnehmer haben die Mitglieder der Gewerkschaften ihrer Länder aufgerufen, den Kampf für Abrüstung und Frieden zu intensivieren. Der Chefdelegierte Kampuchea, Duong Sovang, Mitglied des ständigen Komitees der Gewerkschaftsföderation Kampuchea, sagte mir: "Die Deklaration entspricht dem Sinnen und Trachten der Werktätigen unserer Region. Sie verstärkt vor allem die Positionen der Gewerkschaften in den Ländern, die die doppelte Aufgabe zu erfüllen haben, die staatliche Unabhängigkeit zu schützen und den nationalen Aufbau zu bewerkstelligen."

L. SHEGALOW  
NZ-Korrespondent

Delhi



Die Wahlen, meint die Regierung in Islamabad unter Präsident Zia ul-Haq (Mitte), müssen unter Kontrolle der Militärs durchgeführt werden.

Foto aus: "Newsweek" (USA)

ul-Haq Rüstungs- und Wirtschaftshilfe von 3,2 Md. Dollar einräumte. Der Hauptteil davon fließt in die Rüstung. So sind nach dem US-Haushaltsvoranschlag zum Finanzjahr 1985/86 für Waffenlieferungen an Pakistan und die "Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich" 575 Mio Dollar, für wirtschaftliche Zwecke aber nur 25 Mio Dollar vorgesehen.

Von Jahr zu Jahr wachsen auch die eigenen Rüstungsausgaben. Sie liegen bereits bei über 33% des Budgets. Kein Wunder, daß die Regierung in Islamabad Ende 1984 das Scheitern ihres ehrgeizigen 6. Fünfjahrplanes zur wirtschaftlichen Entwicklung eingestehen mußte. War ja großsprecherisch angekündigt worden, die Verwirklichung dieses Planes, an dessen Ausarbeitung der Wochenschrift "Viewpoint" zufolge eine "Creme von Technokraten, die gerade erst ihr Praktikum in den USA abgeschlossen hatten", beteiligt war, werde Pakistan zu einem bedeutenden Nahrungsmittlexporteur machen, die Energiebasis vergrößern und das Prokopfeinkommen auf 380 Dollar anheben. Nichts Derartiges wurde erreicht. So rutschte die Landwirtschaft in einigen Bereichen sogar in die roten Zahlen — vor allem weil Panzer und Kanonen Haushaltspriorität hatten. Die Agrarkrise führte zu steigenden Lebensmittelpreisen und beschleunigte das Inflationstempo. Pakistans wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen nahm soweit zu, daß das Land ohne fremde Hilfe nicht einmal seine eigene Wirtschaft aufrechterhalten könnte.

An den Grenzen zu Indien und Afghanistan hat sich die CIA, die sich mit

subversiver Tätigkeit gegen die beiden Nachbarn Pakistans im Osten und im Westen befaßt, eingenistet. Sobald sich in den Beziehungen zu den Nachbarländern irgendein Fortschritt abzeichnet, verschärft sich jäh die Lage an den Grenzen. Die Streitkräfte Pakistans provozieren bewaffnete Zusammenstöße mit indischen Grenzsoldaten, nehmen immer häufiger afghanisches Territorium unter Artilleriefeuer. Es gibt mindestens 120 Lager afghanischer Konterrevolutionäre in Pakistan. Dort werden konterrevolutionäre Banditen in Mord, Terror und Diversions-akten von amerikanischen, chinesischen

und auch pakistanischen Ausbildern ge-  
drillt.

Doch Washington reicht all das nicht. Meldungen zufolge hat das Pentagon grünes Licht für die Stationierung von Einheiten der Eingreiftruppe in Pakistan bei einer "Krisensituation" in der Region erhalten. Es heißt, Islamabad habe versprochen, zwei seiner Divisionen dem Zentralkommando der USA (CENTCOM) zu unterstellen. Ferner hat es sich bereit erklärt, US-Begleitfunkmeßstationen bei sich zuzulassen und die Anlage von Arsenalen der US-Armee zu erlauben. Erst vor kurzem hieß es, Washington plane auf dem Territorium Pakistans Pershing-2-Raketen zu stationieren. Pakistan wird also jetzt immer mehr zum Bereitstellungsgraum, zum Sprungbrett, von dem aus Washington die ihm "nicht genehmen" Länder der Region angreifen will.

Vor etwa drei Jahren verabschiedete die Militärregierung das Gesetz Nr. 53, das strengste Strafen vorsieht für "... jegliche Handlungen, die im Volk Angst oder Defätismus hervorrufen können". Ist es ja so, daß die gesamte Politik der Gesetzesverfasser größte Besorgnis bei den Pakistanis hervorruft. Die Öffentlichkeit des Landes verlangt immer beharrlicher, das Programm der Militarisierung aufzugeben und die Mittel den zivilen Branchen zuzuführen.

R. GALIHLIN

## BIOGRAPHISCHES



**VORSITZENDER DES MINISTERRATS  
DER VR KAMPUCHEA  
HUUN SEN**

auf dem Gründungskongreß 1981 bis Januar 1982 war der Nationalen Einheitsfront Hun Sen Sekretär des ZK für die Rettung Kam-puchea, die die Pol-Pot-Gegner vereinte, wurde er zum Mitglied des ZK der Nationalversammlung der VR Kampuchea. Im Juni 1981, auf

Nach dem Sieg der revolutionär-patriotischen Kräfte und der Gründung der VR Kampuchea im Januar 1979 wurde Hun Sen Außenminister des Revolutionären Volksrates Kampuchea. Auf dem IV. Kongreß der Revolutionären Volkspartei Kampuchea (RVPK) 1981 wurde er zum Mitglied des Politbüros des ZK der RVPK gewählt. Vom Juni 1981 bis zum 14. Januar 1985 war er Vorsitzender des Ministerrats unter Beibehaltung seines Amts als Außenminister. Der zweiten Tagung der Nationalversammlung, wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerats und erneut zum Außenminister ernannt. Am 14. Januar 1985 bestätigte die 8. Tagung der Nationalversammlung Hun Sen als Vorsitzenden des Ministerats unter Beibehaltung seines Amts als Außenminister. Hun Sen besuchte wiederholt die Sowjetunion.

Die Krimkonferenz der Führer der drei alliierten Mächte — Stalin, Roosevelt und Churchill — wird von der demokratischen Weltöffentlichkeit zu Recht als Ereignis von überaus großer politischer Bedeutung eingeschätzt. Es kann wohl kaum Zweifel daran geben, daß die auf der Krim gefassten Beschlüsse enormen Einfluß nicht nur auf den Verlauf des Krieges in dessen heutigem, abschließendem Stadium, sondern auch auf die Schaffung einer Nachkriegsordnung in der Welt haben werden.

Die in dem Krimdokument dargelegten Prinzipien einer gemeinsamen Politik der drei alliierten Mächte gegenüber Deutschland dienen einem bestimmten Ziel — den Nazismus auszumerzen und das militärische Potential Deutschlands zu vernichten. Der Krieg, der von Deutschen begonnen wurde und der die friedliebenden Völker so teuer zu stehen kam, muß so beendet werden, daß die deutsche Bestie völlig unschädlich gemacht wird, damit Deutschland nie wieder den Weltfrieden stören kann.

Die Krimbeschlüsse riefen Unruhe bei Deutschlands Fürsprechern hervor. Jetzt versuchen manche von ihnen, wie die Londoner Zeitschrift "Economist", das Krimdokument als "so unklar" hinzustellen, "daß schwer zu sagen ist, ob der vorgeschlagene Frieden hart oder milde ist und sogar ob die Alliierten die Lösung dieser Frage verschoben oder aber einen festen Beschuß gefaßt haben". Die Zeitschrift vermittelt eine anschauliche Vorstellung davon, wie die Fürsprecher des deutschen Aggressors handeln werden, wenn sie schreibt: "Alles hängt von der Interpretation ab." Doch es ist anzunehmen, daß keinerlei Falschinterpretationen der klaren und eindeutigen Beschlüsse der Konferenz der drei Mächte den Fürsprechern Deutschlands helfen werden, ihr Ziel zu erreichen.

Was die Hitlerfaschisten selbst angeht, so zweifeln sie nicht im geringsten daran, daß die Alliierten auf der Krim eine durchaus harte Entscheidung bezüglich Deutschlands getroffen haben. Am Vorabend der Konferenz auf der Krim ebenso wie der von Teheran verbreiteten die Hitlerfaschisten Gerüchte, die Alliierten würden sich an das deutsche Volk mit diversen Versprechen wenden, die "dessen Widerstandsgeist brechen" sollten. Mit dieser Prophezeiung sind die faschistischen Lügner ein weiteres Mal auf den Bauch gefallen. Die Auslands presse betont besonders, daß sich die harte und entschiedene Sprache der Krimbeschlüsse wie Tag und Nacht von der aufgeblasenen und verschwommenen Sprache der Wilsonschen 14 Punkte unterscheidet, die vor Beendigung des ersten Weltkrieges veröffentlicht wurden. Damals verbreiteten die deutschen Militaristen, die den Krieg verloren hatten, die Legende, sie seien nicht besiegt, sondern vom inneren Feind verraten worden. Jetzt muß Deutschland seine Niederlage, vor der es schon nichts mehr retten kann, erkennen.

[Heft 4, 15. Februar 1945]

Der Mechanismus der modernen Legendenbildung ist von der Wissenschaft noch nicht hinreichend aufgedeckt, und einst werden Forscher möglicherweise staubige Archive durchwühlen, um bis zu den Quellen jener Legende zu gelangen, die die Spalten eines gewissen Teils der ausländischen Presse Ende Januar, Anfang Februar 1945 füllte. Soweit wir Zeitgenossen darüber urteilen können, tauchte die erste Schwalbe am 24. Januar in Gestalt einer UP-Meldung aus Ankara auf, die Sowjetunion habe angeblich beschlossen, eine provvisorische deutsche Regierung aus gefangenen Generälen unter Paulus zu bilden.

Das Lügengerücht wuchs an wie eine Schneelawine. Solide Zeitungsonkel und -länter benahmen sich wie im Kindergarten und taten so, als glaubten sie dieser Nachricht. Einige Tage später begann der Pariser Korrespondent der "New York Times", Callender, vieldeutig auf ihm allein bekannte "diplomatische Kreise" hinweisend, zu behaupten, die Sowjetunion halte "Paulus in Reserve". Sein Stockholmer Kollege Axelson schlachtete diese "Meldungen" noch weiter aus. Völlig skrupellos ließ er sich in besagter Zeitung über ein "küftiges sowjetisch-deutsches Bündnis" aus, in dem die Mitglieder des Bundes deutscher Offiziere angeblich die einzige Möglichkeit für Deutschland sähen, einen neuen Krieg vorzubereiten.

Die Erörterung dieses, aus schmutzigen Fingern gesogenen Themas griff auch auf andere Zeitungen über. In der "New York Post" machte Dorothy Thompson die umworfende Entdeckung, daß "die Russen bereits den Vorläufer einer Regierung für Deutschland" hätten.

So war da buchstäblich aus dem Nichts ein ganzes Lügengebäude errichtet, mit den gemeinsamen Anstrengungen einer gewissen Sorte von Journalisten. Bekanntlich strebt die Sowjetunion, die mehr als andere Länder unter der deutschen Aggression gelitten und die den größten Beitrag zum Sieg über Hitler geleistet hat, konsequent eine solche Lösung des deutschen Problems an, die eine deutsche Aggression für alle Zeiten ausschließt. Doch das war kein Hindernis, derartige Hirngespinsten zu erfinden und zu verbreiten.

[Heft 4, 15. Februar 1945]

Man frage einen beliebigen Burmesen, wer nach seiner Ansicht den nationalen Geist verkörpert, wer Unabhängigkeit und nationale Einheit Burmas symbolisiert, und er wird antworten: Aung San.

Der Nationalheld Burmas, der die Befreiungsbewegung des Volkes führte, stellte sich rückhaltslos in den Dienst des Kampfes um die Befreiung seines Heimatlandes vom Joch des britischen Kolonialismus. Am 13. Februar wäre er 70 Jahre alt geworden. Der Tag wurde in Burma feierlich begangen.

Der Lebenslauf Aung Sans, eines Enkels des legendären Freiheitskämpfers aus dem 19. Jahrhundert U Min Yaungs, stellt eine Chronik des Freiheitskampfes der Burmesen in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts dar. Im Jahre 1934 trat er in die Universität Rangun ein und schloß sich dort der demokratischen Studentenbewegung an. Schnell entwickelte er sich zu einer politischen Führerpersönlichkeit und einem glänzenden Redner. Die Studentenschaft protestierte gegen die Gesetzwidrigkeiten der Kolonialbehörden. Aung San gehörte zu den Leitern des Universitätsboykotts. Ein Burmesischer Studentenbund wurde gegründet, und Aung San wurde sein Präsident. Aus Protest gegen die Kolonialzustände traten die Arbeiter der Ölreviere einen Hungermarsch nach Rangun an. Aung San leitete eine Sammlung für die Streikenden.

Er war so angesehen und populär, daß er mit 24 Jahren (1939) zum Generalsekretär der damals größten und fortschrittlichsten politischen Massenorganisation, der Dobama ("Burma gehört uns"), gewählt wurde, die es sich zur Aufgabe machte, die Kolonialherrschaft zu stürzen.

Seine politischen Anschauungen brachte Aung San auf der 3. Konferenz des Studentenbundes zu Gehör. Er sagte:

"Ich sage offen: Ich hasse den Imperialismus. Ich bin entschlossen, gegen ihn zu kämpfen. Ich tue alles offen und bin bereit, für alles, was ich tue, beliebige Leiden zu ertragen."

Schon früh las Aung San marxistische Schriften. Das Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin beeinflußte seine Weltanschauung.

Im Jahre 1939 wurde Aung San zum Sekretär der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Burmas gewählt. Die Hauptforderungen in deren Programm lauteten: Befreiung des Landes vom Joch des Imperialismus und Bildung einer antiimperialistischen Einheitsfront.

In der Geschichte Burmas ist der Begriff der Einheit von der Persönlichkeit Aung Sans nicht zu trennen. Sein unermüdliches Wirken trug dazu bei, daß die Einheit

Zum 70. Geburtstag AUNG SANS

## SCHÖPFER DER UNABHÄNGIGKEIT

sämtlicher politischen Fortschrittskräfte des Landes in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg gewahrt blieb. In der Antifaschistischen Volksbefreiungsliga scharten sich die revolutionären Demokraten zum Kampf gegen den japanischen Militarismus um Aung San. Mit der Rede, die er 1947 auf einer Konferenz von Vertretern der nationalen Minderheiten hielt, gab er den Auftakt zum Kampf der revolutionären Demokraten für die Sicherung der Einheit aller in der Union von Burma lebenden Nationalitäten. Aung San und seine Gesinnungsgenossen wiesen darauf hin, daß die Lösung der nationalen Frage in Burma für den Erfolg im antiimperialistischen Kampf grundsätzliche Bedeutung hat.

Als die burmesischen Patrioten vom Oberfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR erfuhren, erläuterte Aung San eindringlich, daß das sozialistische Land im Krieg gegen den Faschismus die Interessen aller nach nationaler Freiheit und sozialer Gerechtigkeit strebenden Völker wahrnimmt. Er schrieb: "Die

Sowjetunion ist der einzige beständige und zuverlässige Beschützer der menschlichen Freiheiten."

Von Ende 1941 an war Burma vom militaristischen Japan besetzt. Das Volk fand sich jedoch mit der Unterdrückung durch den fremden Militärklüngel nicht ab. Anfang 1945 kam es zu einem großen antijapanischen Aufstand, bei dem General Aung San, Oberbefehlshaber der Nationalen Armee, die Führung übernahm. Mit der Niederlage, die die nationalpatriotischen Streitkräfte den japanischen Truppen beibrachten, steuerte das Volk Burmas im zweiten Weltkrieg zur Niederwerfung des japanischen Militarismus bei.

Aung San hat seinen innigen Wunsch — die nationale Unabhängigkeit Burmas — nicht mehr in Erfüllung gehen sehen. Sie wurde am 4. Januar 1948 proklamiert, und kaum ein halbes Jahr vor dem epochalen Ereignis fiel Aung San von der Hand von Mietlingen des Imperialismus. Die Feinde der Unabhängigkeit Burmas hofften, nach seinem Tode die Befreiung des Landes aufzuhalten zu können. Sie irrten sich.



Das Aung-San-Denkmal in Rangun

Noch jetzt ist Aung Sans Vermächtnis dem Volk ein Leitstern in seinen Bemühungen um das Wohlergehen Burmas. Die antiimperialistischen Ideen, die Ideen von der Gleichstellung aller Nationen und Völkerschaften und von der Notwendigkeit, eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit zu bilden, sind dem Staatsaufbau zugrunde gelegt, sie stellen die politische Plattform der regierenden Burmesischen Sozialistischen Progrämmepartei dar.

Das Volk Burmas nennt Aung San den Schöpfer seiner Unabhängigkeit.

**A. MOISSEJEW**

## DIKTAT ZURÜCKGEWIESEN

In der Dominikanischen Republik haben Polizei und Soldaten erneut das Feuer auf Demonstranten eröffnet. Viele progressive Politiker, Gewerkschafter und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden verhaftet. Die Straßen in der Hauptstadt Santo Domingo und in anderen Orten werden vom Militär kontrolliert. Doch die Unruhen halten an.

Anlaß für die spontanen Protestaktionen war der Beschuß von Präsident Salvador Jorge Blanco, die Treibstoffpreise anzuheben. Es folgte eine Kettenreaktion: Sofort stiegen auch die Preise für Lebensmittel und die wichtigsten Dienstleistungen. So kletterte die Teuerung auf fast 60%.

Die Regierung Jorge Blanco entschloß sich unter dem Druck des Internationalen

Währungsfonds (IWF) zu den unpopulären Maßnahmen. Nachrichtenagenturen zufolge hatte der IWF einen Kredit von 500 Mio Dollar zur Bezahlung der Auslandsschulden des Landes versprochen — unter der Bedingung einschneidender Sparmaßnahmen. Verlangt wurden Entlassungen im staatlichen Sektor, Lohnstopp und Preiserhöhungen für viele Konsumgüter. Nicht von ungefähr stehen die Protestaktionen unter Losungen wie "Nein zu den Preiserhöhungen!" und "Nein zum IWF-Diktat!".

Auf den ersten Blick scheinen die Unruhen nur wirtschaftlich bedingt zu sein, doch im Grunde widerspiegeln sie die tiefgreifenden politischen Prozesse in diesem Karibikland.

Die Dominikanische Republik dient jetzt schon über ein halbes Jahrhundert dem US-Imperialismus als Versuchsgelände, auf dem er die verschiedensten Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder Lateinamerikas "erprobt". Zunächst installierte Washington die Militärdiktatur Trujillos und hielt sie an der Macht. Vor 20 Jahren, im April 1965, wurde das Land zum Objekt einer direkten militärischen Intervention der USA. Jetzt sucht Washington mit Hilfe des IWF die Republik immer tiefer in die Schuldknechtschaft zu führen.

Doch weder die langjährige ideologische Bearbeitung noch wirtschaftlicher Druck oder die Repressalien von Militär und Polizei haben den Willen der Dominikaner brechen können, für ihre Lebensinteressen, gegen die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der Republik zu kämpfen.

**W. LISTOW**

# DORT, AN DER ODER

Von unserem Sonderkorrespondenten

Roman KRESTJANINOW

Ich fuhr nach Kienitz. Diese Ortschaft am Westufer der Oder kennt heute jeder Einwohner der Deutschen Demokratischen Republik. Hier begann die Sowjetarmee am Morgen des 31. Januar 1945 mit der Befreiung des heutigen Territoriums der Republik. Die Menschen erinnern sich an diesen Ort und an dieses Datum. Wir fahren die mit hohen Bäumen gesäumte Chaussee entlang. Vor uns liegt die berühmte Oderniederung: Unendliche, sorgsam gepflegte Felder, dazwischen saubere Dörfer. Man kann kaum glauben, daß hier, im fernen Vorgelände Berlins, vor 40 Jahren eine blutige Schlacht tobte. Die von Blut getränkte Erde aber begann ein neues Leben, und das ist das beste Denkmal für die sowjetischen Soldaten und Offiziere, die in der Odersenke ihr Leben ließen.

## Das Tor von Berlin

... 31. Januar 1945. An den Ufern der Oder begann gerade der trübe Morgen zu dämmern. Vorausabteilungen der 5. Stoßarmee General Bersarin forcierten unerwartet die Oder und bildeten bei Kienitz-Rehfeld einen Brückenkopf. Die Einheit zählte rund 1500 Mann. Von den Hauptkräften hatte sie sich etwa 30–40 km gelöst.

Das Auftauchen sowjetischer Truppen in Kienitz war eine völlige Überraschung. Nach Berichten des OKW wichen die "heldenhaften Einheiten der Wehrmacht" kämpfend auf rechtzeitig vorbereitete Stellungen an den Ufern der Bsura, weit im Osten, zurück. Durch Kienitz spazierten in aller Ruhe Soldaten, die Dorfgaststätte war voll von Offizieren. Die Züge Kienitz-Berlin und Kienitz-Frankfurt/Oder verkehrten fahrplanmäßig. Der Bahnhofsvorsteher war erschüttert, als ihm ein von irgendwoher aufgetauchter sowjetischer Offizier verbot, den Zug nach Berlin abzufertigen.

48 Stunden später jedoch kam der Feind nach Erhalt der Luftaufklärungsangaben zu sich und beschloß, unter allen Umständen die Russen vom Brückenkopf zu verdrängen. Am 2. Februar bebte die Erde von Kienitz unter dem Bomben- und Artilleriehagel. Faschistische Panzer und Infanterie gingen zum Angriff über. An einigen Stellen gelang es ihnen, fast bis zur Oder vorzudringen. Die Geschützbedienungen mußten, um Munition zu sparen, die

deutschen Panzer aus nächster Nähe beschießen, wobei sie empfindliche Verluste erlitten. Die Hauptkräfte ostwärts der Oder gaben den Verteidigern Feuerschutz, aber es war unmöglich, Panzer und schwere Geschütze über das dünne Oder-Eis auf das rechte Ufer überzusetzen. Es war ein ungleiches Gefecht. Auf dem Brückenkopf kämpfte man auf Leben und Tod.

Verstärkung kam erst einige Tage später, nachdem Pioniere Brücken gebaut hatten. Sowjetische Einheiten bildeten einen weiteren Brückenkopf im Raum Reitwein. Die Kämpfe nahmen an Heftigkeit zu, denn bis Berlin blieben nur etwas mehr als 60 km. Das OKW erklärte die Oder zum "Tor Berlin", zum historischen Wall, an dem sich "das Schicksal Deutschlands entscheidet". Die Kämpfe um Kienitz wurden Teil des Gefechts um den Brückenkopf, den die sowjetischen Einheiten langsam, aber unaufhaltsam erweiterten. Am 4. Februar rief der Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front, Marschall Shukow, das Kommando der 5. Stoßarmee auf, allen Soldaten die historische Verantwortung für die Festigung und Erweiterung des Brückenkopfes, was von jedem außerordentlichen Mut und Tapferkeit erforderte, zum Bewußtsein zu bringen.

Im Ergebnis heftiger Kämpfe gelang es den sowjetischen Einheiten im Februar und März, das "Fleckchen" von Kienitz nicht nur zu halten, sondern es mit anderen Stützpunkten am Westufer zu vereinigen, einen durchgängigen Brückenkopf mit 44 km Breite zu schaffen. Von hier aus gingen am 16. April die Truppen der 1. Belorussischen Front zum entscheidenden Angriff auf Berlin vor.

## Aus Ruinen...

Vor dem Ortseingang nach Kienitz traf ich eine alte Bäuerin auf dem Fahrrad. Ich beschloß, sie ein wenig auszufragen. Ich hatte Glück: Martha Zeisig, 78 Jahre alt, stammte aus dieser Gegend und war auch Augenzeugin jener Ereignisse des Jahres 1945.

"Wie haben Sie denn überlebt?" fragte ich sie.

"Durch ein Wunder", antwortete sie langsam. "Die Russen tauchten so plötzlich auf, daß man es nicht schaffte, uns westwärts zu evakuieren. Als die Kämpfe

um Kienitz begannen, schlugen die Russen den Einwohnern vor, ans Ostufer der Oder überzusetzen. Es gelang jedoch nur wenigen, sich aus dieser wahren Höle zu retten. Deutsche Flugzeuge versenkten die Lastkähne, auf denen die Menschen ans andere Ufer überzusetzen versuchten. Ich hatte Glück."

"Und danach?"

"Dann kehrte ich zurück. Die Russen waren human, ganz anders, als man sie uns beschrieben hatte. Sie teilten mit uns das Brot und später auch die Suppe aus der Feldküche."

Wir fuhren die Hauptstraße entlang, die heute Straße der Befreiung heißt. Neue gepflegte Häuser, viele Gärten. Im Zentrum des Dorfes, von überall sichtbar, auf einem Sockel ein sowjetischer Panzer. Auf einer Tafel am Fuße des Sockels steht geschrieben: "31. JANUAR 1945—KIENITZ. Erster vom Faschismus befreiter Ort auf unserem Staatsgebiet. Ruhm und Ehre den Kämpfern der 5. Stoßarmee und der 2. Gardepanzerarmee." Der Panzer war von spielenden Kindern bevölkert. Vor der Tafel lagen frische Blumen.

Albert Miekley ist einer der wenigen Alten, die den Krieg überlebten. Heute ist er über 80, aber noch rege und rüstig. "Ich erinnere mich noch an das alte Kienitz", holte er weit aus. "Die meisten Einwohner arbeiteten als Knechte beim Gutsherrn Koppe. Wer als Knecht geboren wurde, starb auch als Knecht. Heute ist das anders. Jeder lebt ein menschliches Leben. Die Mehrzahl unserer Einwohner ist in der LPG in der Viehzucht oder im Gemüseanbau beschäftigt. Die Leute verdienen gut. Die Kinder können lernen und später ihrem Beruf nachgehen. Die Alten bekommen Rente. In unserem Land gab es das früher nicht."

"Was brachte Ihnen persönlich die Befreiung?"

Miekley wartet mit der Antwort, doch dann sagt er: "Wenn die Russen nicht gewesen wären, dann müßte ich als Okkupant irgendwo in der Fremde dienen. Von Natur aus bin ich jedoch ein friedlicher Mensch. Ich bin Dachdecker. Als ich nach dem Krieg aus der Gefangenschaft zurückkehrte, lag das Dorf in Trümmern. Die Menschen hatten nichts. Dennoch erinnere ich mich nicht mit Bitterkeit an diese Zeit. Ich zähle jene Jahre zu den besten meines Lebens, in denen ich die heimatlichen Orte wieder aufbaute. Die meisten Dächer im Bezirk sind von mir gedeckt worden."

Egon, der Sohn des alten Miekley, war 1945 kaum 16 Jahre alt. An jenem 31. Januar war er auf dem Bahnhof Kienitz, als seine Mutter ihn anrief: "Die Russen sind im Dorf, lauf schnell nach Hause!" Unterwegs warf Egon das Gewehr, das



Das Denkmal in Kienitz

ihm einer der Ortsnazis aufgedrängt hatte, in die Büsche. Schon damals erkannte er die Sinnlosigkeit der Aufrufe, "bis zum letzten zu kämpfen". Das rettete ihm das Leben. Seiner Mutter und ihm gelang es, zum anderen Ufer überzusetzen.

"So etwas darf sich nicht wiederholen", sagt er heute. Und Christel, seine Frau, fügt hinzu: "Unser Schicksal entschied sich damals, im Januar 1945. Alles, was wir haben, was wir geworden sind, wie wir leben, in Freundschaft und Gerechtigkeit, verdanken wir jener Zeit. So denken die meisten von uns. Daß wir seitdem keinen Krieg mehr hatten, ist jedoch das Wichtigste."

Egon ist Fahrer eines "Ikarus"-Busses im Fernverkehr. Er hat mit Christel drei erwachsene Kinder. Alle haben schon ausgelernt und arbeiten in ihrem Beruf. Sie wohnen aber noch bei den Eltern, das heimatliche Kienitz wollen sie nicht verlassen.

## Das neue Leben

"Die Geschichte der Familie Miekley ist typisch für Kienitz, wenngleich sie auch nicht die ganze Kompliziertheit seines Schicksals widerspiegelt", sagt mein nächster Gesprächspartner Emil Krüger, 25 Jahre lang — von 1955 bis 1979 — Bürgermeister von Kienitz. Nach Kienitz schickte ihn die SED, deren Mitglied er 1950 wurde. Krüger verstand es, die Leute zusammenzuschließen, sie für den Aufbau eines neuen Lebens zu mobilisieren. Allmählich, Schritt für Schritt bauten sie das Zerstörte wieder auf, bauten sie neue Straßen und Häuser, säuberten sie die Felder von den Spuren des Krieges.

Ein wichtiger Meilenstein war die Schaffung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft. Anfangs wollten die Leute nichts von ihr hören. Nach der Bodenreform gingen die Ländereien der Koppes in den Besitz der "Neubauern" über. Und obwohl es bei ihnen schlecht lief, wollte niemand seine Privatwirtschaft aufgeben. Hier zeigte sich die durch

Jahrhunderte hinweg festgesetzte Mentalität des Einzelbauern. Krüger hatte viele Zusammenkünfte mit den Bauern, manchmal Tage und Nächte Streit um die Vorzüge der kollektiven Arbeit. Schwankenden griff er unter die Arme. Streitgespräche und Erklärungen allein genügten jedoch nicht. Handfeste Beweise brauchte man. Einer der ersten wurden einige sowjetische Traktoren vom Typ NATI. Der Staat half, einen Rinderstall zu bauen, eine Maschinenausleihstation zu schaffen. Am 1. Mai 1959 wurde die LPG gegründet, ein Jahr später traten ihr alle freiwillig bei. Seitdem ist das Wohl des Dorfes untrennbar mit den Erfolgen der Genossenschaft verbunden. Eine Kindergarten, ein Kindergarten, eine 8-Klassen-Schule, ein Kulturhaus wurden gebaut. "Vor allem unsere wirtschaftlichen Erfolge überzeugten natürlich die Menschen, aber auch das war bei weitem nicht alles", sagt Krüger. "Den Sozialismus auf deutschem Boden, selbst in einer so kleinen Ortschaft wie Kienitz, aufzubauen, war eine verflucht komplizierte Sache. Denn nicht nur die Felder mußten von den Minen und das Dorf von den Ruinen gesäubert werden, sondern auch das Bewußtsein der Menschen vom Schmutz der Vergangenheit. Viele waren mit nationalen und sozialen Vorurteilen be-

Kienitz die erste von der Sowjetarmee befreite Ortschaft auf dem Territorium der DDR ist. Aus Anlaß dieses Ereignisses war beschlossen worden, ein Denkmal zu errichten. Wir führten eine öffentliche Versammlung durch, und die Leute unterstützten den Vorschlag. Am 31. Januar 1970 weihten wir eine zeitweilige Gedenkstätte ein. Das Oberkommando der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland half uns bei der Beschaffung eines T-34, den wir auf den Sockel stellten. Bald darauf gründeten wir auf Vorschlag eines Einwohners unseres Dorfes eine Ortsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Die Dorfbewohner nehmen gern an deren Arbeit teil."

Beim Zuhören mußte ich über Krüger selbst nachdenken. 25 Jahre an der Spitze der örtlichen Staatsmacht zu stehen, in einer Zeit des Wachsns und Werdens des neuen Lebens, ist sicher keine einfache Sache. Mir war bekannt, daß vor ihm 13 Leute auf diesem Posten waren. Mehr als zwei Jahre hielt es keiner aus. Krüger hielt durch. Ich suchte die Lösung des Rätsels in seinem Äußeren, fand sie aber nicht. Ein einfaches, offenes Gesicht. Klärer, aber fester Blick.

"Was half Ihnen, auf diesem Posten zu bestehen?"



In der Straße der Befreiung  
Fotos des Autors

haftet. Es war nicht leicht, die Menschen aus dem Zustand der politischen Gleichgültigkeit herauszuführen — viele reagierten gerade so auf den Zusammenbruch des 'Reiches' — und ihnen zu helfen, die richtigen Lehren aus der Niederlage des Faschismus zu ziehen. Die Erfolge auf diesem Gebiet konnten wir daran ablesen, daß die Leute öfter zu LPG-Veranstaltungen kamen, immer mehr diskutierten und Vorschläge machten. Es wuchs die SED-Ortsgruppe. 1969 kam aus Berlin ein Offizier der Nationalen Volksarmee nach Kienitz und teilte mit, daß

"Offensichtlich mein schwieriger Charakter", antwortet er scherhaft. "Von Natur aus bin ich stur wie ein Bock. Deswegen hatte ich nicht wenige Konflikte mit den Vorgesetzten und mußte mit Karrieristen ringen. Nicht selten war es so schwer, daß ich alles hinwerfen und wegfahren wollte. Doch dann entbrannte die Leidenschaft, die Arbeit begeisterte mich. Ich spürte, daß die Menschen mich brauchten. Das Schicksal von Kienitz wurde zu meinem Schicksal."

Von Krüger verabschiedete ich mich am Denkmal. Im Lichte des Scheinwerfers sah der T-34 effektvoll, aber überhaupt nicht bedrohlich aus. Mag sein, weil die Kinder immer noch auf ihm herumturnten.

Kienitz-Berlin-Moskau

## UNERSÄTTLICHE GENERALE

Dem Kongreß wurde der US-Militärhaushalt zur Bestätigung vorgelegt. Die Generale wollen dabei soviel Geld wie nur möglich herausschlagen. Der oberste von ihnen verlangt eine Gesamtsumme, um dann auch alle wirklich zufriedenzustellen. Ein anderer fordert Mittel zur "Modernisierung der Triade der strategischen Nuklearkräfte" und zur Vorbereitung von "Sternenkriegen" (der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der USA, General Vessey). Wieder ein anderer wird hysterisch wegen angeblich fehlender Mittel für die konventionellen Waffen (NATO-Oberbefehlshaber Europa, General Rogers). Und immer mehr Generale gieren gleichfalls nach Geld: für Raketen, Panzer, Kanonen, Flugzeuge, Bomben, Minen, Stiefel, Uniformen, Knöpfe und Achselschnüre. Und auch

für komfortable Wohnungen, so unbedingt für 32 000 Luxusappartements in Übersee.

Die Generale bekommen das ihre. Doch sie sind unersättlich. Und jammern. "Diese Ausgaben werden sich voll auszahlen", verspricht der Pentagonchef. "Ich appelliere an die Kongreßabgeordneten, sich bei der Behandlung des Verteidigungshaushaltes bewußt zu werden, daß die Gefechtsbereitschaft ständig aufrechterhalten werden muß", läßt sich Vessey beschwörend vernehmen. "Mehr Sicherheit kostet Geld", pflichtet ihm General Rogers bei. Und fügt hinzu: "Auf den einzelnen Bürger eines Landes umgelegt, ist es nicht viel."

Ja, ist es etwa viel, den Generälen 29 Cent je Haushaltsschlüssel vorzuwerfen? Brauchen die USA heute ja nichts so dringend wie "Sicherheit". Und die wol-



len die Generale gewährleisten. Um jeden Preis.

Entgegen ihren Beteuerungen aber ist diese "Sicherheit" ein teurer Spaß. Besonders, wenn man an die Pro-Kopf-Rüstungsausgaben denkt. Ein US-General a. D. rechnete das einmal nach. Und dabei ergab sich folgendes: Vor 2000 Jahren mußte Julius Cäsar, um die Sicherheit des Römischen Reiches zu gewährleisten, nur 75 Cent pro Feind

ausgeben; bei Napoleon waren es bereits 3000 Dollar; die US-Generale im ersten Weltkrieg benötigten schon 21 000 Dollar, im zweiten Weltkrieg sogar 200 000 Dollar.

Wenn das so weiter geht, ist nicht ausgeschlossen, daß sich jeder US-Bürger selbst seinen Tod wird wählen dürfen: durch die eigene "Sicherheitspolitik" oder durch den Hunger.

V. GUSTSCHIN

Zeichnung: N. Stscherbakow

## FASCHISTEN-RABBI

Wer ist der größte Macher in der israelischen Knesset? Und wer der handgreiflichste Abgeordnete? Meir Kahane, ein militanter Rabbi, Führer der extremistischen KACH-Gruppierung.

Er hat bereits viele Vorlagen präsentiert, u. a. zur Ausweitung der Strafgesetzgebung des Landes. Vor allem sollen seine Vorlagen Kontakte zwischen der arabischen und der jüdischen Bevölkerung Israels einschränken.

Kahane formuliert und verwirklicht seine Politik — alles in einer Person. Er bereist arabische Ortschaften, wobei er die Araber agitiert, Israel für immer zu verlassen (haut nur ab!).



Doch damit hat er bislang nichts erreicht. Doch etwas anderes gelang ihm — Zusammenstöße zwischen Arabern und Juden im Lande zu provozieren. So kam es kürzlich, inspiriert von Kahane und seiner Bande, in einigen Ortschaften Israels zu Zusammenstößen,

bei denen es einige Verwundete gab.

Und so sah sich die Knesset veranlaßt, ein Sondergesetz zu verabschieden, das Kahanes Bewegungsfreiheit im Lande einschränkt, um so weiteres Blutvergießen zu verhindern. Selbst abgebrühte Politiker der Arbeiterpartei nennen ihn einen "Verrückten und Mörder" und das Programm des Extremistenrabbi faschistisch.

Doch all das war ja schon lange vor den Wahlen bekannt, bei denen Kahane Abgeordneter wurde. Ganz "rechtmäßig". Erinnern ja die Aktivitäten dieses Chauvinisten in vielem an die Politik der zionistischen Machthaber Israels.

D. SGERSKI

Kahanes absurde Forderung: Araber — fort aus den arabischen Gebieten

Karikatur aus:  
"Middle East International"  
(Großbritannien)

## BESETZTES

Zu Jahresanfang erfuhr Welt davon, daß auf BRD-Torium amerikanische Atomen gelagert sind, bestimmt Divisionsakte im Hintergrund des "potentiellen Gegners".

Und nun eine weitere Information. Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (BRD) veröffentlichte das US-Handbuch FM 5-26 zum Einsatz von Atomminnen, mit dem Pentagon-Ausbildern die nunen Diversanten drillen. In diesem "Manual" können maren Sprengsätze nicht nur in Ländern Osteuropas, sondern auch in neutralen Staaten gesetzt werden. So z. B. einem von den Amerikanen besetzten ... Österreich.

Ja, ebenso heißt es in Anweisung des Pentagon... Salzburg ist von den Amerikanern besetzt. Und weiter Salzburger Raum sollten zunächst "nur" zwei Mini-

## OPFER DER „G“

Die Tragödie Lowtschaks beginnt darin, daß sie bei der Sowjetunion um ihr Recht auf Wohnsitz in Anspruch nehmen. Doch aus der Ferne ausnahm, er in näherer Bekanntschaft eher abstoßend. Er täuschten Politiker die sowjetischen, ihnen die Heimat. Und diese Ermordeten sie. Doch sie zu ihrem Sarg für ehemalige Freunde viel leichter in die USA niederzufinden, dort wieder zu leben, wenn sie in zurückkehren, man verweigert Ausreise nicht von der Polizei. Folgt. Man nimmt das Kind. Die

## EN POLITIK"

nistration gewährte ihrem 12jährigen Sohn, in den USA Walter genannt, ... politisches Asyl. Begründung? Dem Jungen habe es eben in Amerika gefallen. Und was insbesondere? Das Fahrrad...

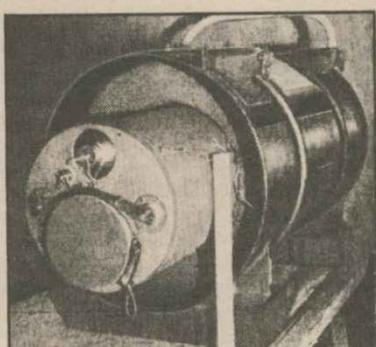
Die Polowtschaks nahmen den Kampf um ihren Sohn auf. Sie reichten eine Klage ein. Jetzt schon fast 5 Jahre wandert ihre Akte von einer Instanz zur anderen, wird geprüft und immer wieder geprüft. Alles, was die Eltern bis heute erreichten, ist die richterliche Entscheidung, daß die Polowtschaks auf gerichtlichem Wege ein Urteil anstreben dürfen, das den Behörden untersagt, ihre Elternerrechte zu verletzen. Also gestand man ihnen nur zu, um das Schicksal der eigenen Familie einen Rechtsstreit zu führen.

M. TARATUTA

## LZBURG

... bomen eingesetzt werden. "Die ADM-Einheit (Atomic Demolition Munitions) der 21. Infanteriedivision hat die Orte erhalten, ... im Camp Koeder eine Mine der choklasse an der Oberfläche zu deponieren... Der zweite Sprengsatz, eine 300 t starke Deltamine, soll... in einen Schacht von 34 m Tiefe abgesenkt werden, der in der Startbahnnmitte des Flughafens Salzburg niedergebracht werden muß."

Bei den Nuklearexpllosionen "würde die Feuerwelle noch in einer Entfernung von knapp zwei Kilometern wüten ...". Von den Häusern, der Bevölkerung und dem Schicksal der Stadt findet sich im Armeehandbuch kein Wort. Ebenso wie von der öster-



reichischen Neutralität. Und was heißt hier "Neutralität", wenn Österreich schon "von den Amerikanern besetzt" und Mozarts Heimat das Schicksal von Hiroshima zugesucht ist?!

G. MJASNIKOW

Das sind sie, die nuklearen Tornisterbomben, mit denen die USA ihre Truppen in Europa ausrüsten

Foto aus:  
"Der Spiegel" (BRD)

"NEUE ZEIT" 8.85

Warum dieses Theater? Warum ist das gewöhnlich so stolze Amerika dermaßen verletzt über die Entscheidung der Polowtschaks, in die Heimat zurückzukehren?

Weil das eben so schön in das Gesamtbild paßt, als diese Familie darum bat, in die USA einwandern zu dürfen: Hatten sich die Polowtschaks ja angeblich für die so gepriesene Freiheit a la USA entschieden. Doch sie, die diese "Freiheit" näher erleben durften, entschlossen sich, in ein Land zurückzukehren, wo es nach Meinung der westlichen Presse "keine Freiheiten gibt, wo Hunger und Armut herrschen". Diese Entscheidung fügte den abgegriffenen Stereotypen der antisowjetischen Propaganda einen weiteren schweren Schlag zu. So wurden die Polowtschaks, ohne es selbst zu merken, Opfer der amerikanischen "großen Politik". Dort aber, wo sie regiert, ist nicht immer Platz für Mitgefühl an menschlichen Tragödien.

## ALTE LEIER

"Nuklearbomben an sonnenüberfluteten Küsten" — unter dieser Überschrift berichtete der Londoner "Observer" kürzlich über Geheimpläne des Pentagon für eine Stationierung von Nuklearwaffen auf einer "britischen Inselgruppe im Indik". Der Propagandarummel in den westlichen Massenmedien um diese Inseln, vor allem um Diego Garcia, hält schon seit Monaten an. So verblüffte die "Washington Post" bereits im Dezember ihre Leser durch Informationen über "Umtriebe der Russen". Sie sollen angeblich den "kleinen US-Vorposten" auf dem unweit gelegenen Diego Garcia bedrohen.

Der "kleine US-Vorposten" Diego Garcia ist nichts anderes als das wichtigste US-Sprungbrett im Indik. Dort ist eine große Zahl von nuklearen, chemischen und konventionellen Waffen konzentriert, gibt es eine Startbahn für B-52-Bomber, die Nuklearwaffen und Cruise Missiles tragen können. Im Hafen von Diego Garcia liegen 13 Landungsschiffe der USA, bestückt mit schweren Waffen, vor Anker. Bis 1989 soll die Zahl der amerikanischen Soldaten und Offiziere auf diesem "Vorposten" 2150 erreichen.

Den jüngsten Pressemeldungen zufolge trägt sich das Weiße Haus mit Plänen, Komponenten des Systems zur Führung von "Sternenkriegen" auf Stützpunkten im Indik zu stationieren. Auf Diego Garcia begann man mit dem Bau von Leitstationen für Antisatwaffen, bereitete man sich auf die Stationierung von F-15-Jägern vor, die mit Raketen zur Vernichtung von Weltraumobjekten ausgerüstet sind. Für den Ausbau des "wichtigen Raketenstützpunktes auf Diego Garcia" wurde bereits zusätzlich eine halbe Milliarde Dollar bewilligt. All das erfolgt zum westlichen Medienrummel von einer "militärischen Bedrohung" seitens der UdSSR. Die alte Leier!

S. TSCHITSCHKOW

## URTEILEN

## SIE SELBST!

Mit diesem Aufruf beginnt ein Bericht von Gerard de Villiers in der französischen Zeitschrift "Paris Match" über eine Reise dieses Journalisten in einige afrikanische Länder. Die Redaktion versucht nicht von ungefähr, diesen Beitrag als Reisebericht zu servieren, um das wahre Ziel der Pressefahrt weitmöglichst zu tarnen. Dieses Ziel aber scheint doch gleich durch: die Aufmerksamkeit der Leser um jeden Preis auf "Umtriebe der Russen" gegen afrikanische Länder zu lenken.

Unzählige derartige Unterstellungen finden sich in der westlichen Presse. Muß ja den Lesern erklärt werden, warum die "westlichen Werte" von den Völkern, die Kurs auf eine unabhängige Entwicklung genommen haben, nicht akzeptiert werden.

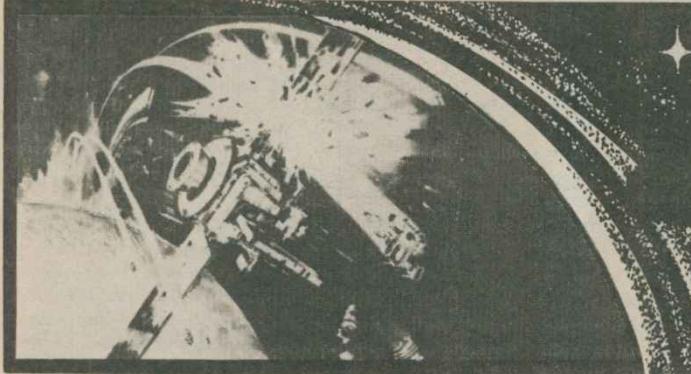
Die armen afrikanischen Länder haben ja noch nicht die Erfahrung im Kampf — der Autor geizt hier nicht mit Epitheta — gegen die bösen "roten Krokodile". Nur Frankreich und ... die rassistische RSA, erklärt de Villiers, könnten Afrika verteidigen.

Auf den französischen Stützpunkten in Afrika sind 8500 Militärangehörige stationiert, in der ZAR an der Grenze zum Tschad befinden sich über 3000 Soldaten und in der französischen Eingreiftruppe stehen 47 000 Mann Gewehr bei Fuß. Das allerdings wird von de Villiers nicht erwähnt. Er verschweigt auch, daß die Rassisten und ihre Söldner die "westlichen Interessen" mit Waffengewalt verteidigen, indem sie sich gegen die rechtmäßige Regierung Mosambiques wenden und den Süden Angolas besetzt halten.

Urteilen Sie also selbst, in wessen Interesse de Villiers seine "Reiseberichte" verfaßt hat.

J. BOBROW

# „STERNKRIEGE“ DROHEN



„Die ungeheuerlichen Schrecken des modernen Krieges haben die Menschen davon überzeugt, welche gewaltigen Kräfte die moderne Technik entwickelt hat und wie diese Kräfte in dem furchterlichsten, sinnlosesten aller Kriege verschwendet wurden...“ Als Lenin diese Worte schrieb, war der Entwicklungsstand der Produktivkräfte der Menschheit mit dem heutigen nicht zu vergleichen. Aber auch schon damals rissen die Militärs jede Neuheit, ob den Verbrennungsmotor, Spreng- oder Giftstoffe, an sich und machten sie zu einer Waffe in den imperialistischen Eroberungskriegen.

Mit den Jahren perfektionierten sich die Waffen immer mehr. Das Wettrüsten setzte Spirale um Spirale an. Davon wurden der Frieden und die Sicherheit auf der Erde nicht fester.

Heute ist die Menschheit aus Verschulden des

Imperialismus, vor allem des US-amerikanischen, an einem gefährlichen Punkt angelangt. Das Wettrüsten kann demnächst auf den Weltraum übergreifen. Deshalb gilt es, seine Militarisierung zu verhindern. Diesem aktuellen Ziel gelten die Anstrengungen der UdSSR, ihrer Verbündeten, die Vorschläge anderer Länder. In Washington dagegen setzt man auf der hoffnungslosen Jagd nach militärischer Überlegenheit darauf, Mittel für „Sternenkriege“ zu entwickeln und zu produzieren.

Wann entstanden in den USA die Pläne der militärischen Nutzung des Weltraums? Was stellen die dort in Entwicklung befindlichen Weltraumwaffen dar? Welche Folgen würde die neue Spirale im Wettrüsten nach sich ziehen? Auf Bitte unserer Redaktion nehmen sowjetische und ausländische Experten zu diesen Fragen Stellung.

## Von Anfang an waren die Weltraumpläne der USA mit militärischer Tätigkeit verbunden. Dazu der nachstehende Beitrag Dr. Grigori CHOSINS.

### Der Weg zu den Sternen führt in den Abgrund

Seinerzeit fragte man einen großen amerikanischen Wissenschaftler, wozu seine Entdeckung gut sein solle. Er antwortete: „Wozu ist ein Kind gut?“ Blickt man auf die Zeit zurück, da die US-Raumfahrt entstand und ihre ersten Schritte machte, so muß gesagt werden: Das Pentagon war alles zugleich, von der Hebamme bis zum Pedell und sogar Propheten.

Die erste Flüssigkeitsrakete der Geschichte verließ die Erde am 16. März 1926, und zwar auf einer Farm in Auburn, Massachusetts. Ihre Besitzerin, Tante Effie, gestattete es ihrem Neffen, Robert Goddard, eine gewisse Pyramide zu bauen, und die diente ihm als Startanlage. Die Rakete erhob sich 13 m hoch, flog 59 m weit und landete in Nachbars Kohlgarten. Goddard experimentierte

munter weiter, aber schon auf dem Artillerieschießplatz Camp Devens.

Die späteren Ereignisse, mit unmittelbarem Bezug auf die Fundamentierung des amerikanischen Weltraumprogramms, fanden in den 30er/Anfang der 40er Jahre in Deutschland statt, wo ein „Verein für Raumschiffahrt“ wirkte. Einer seiner Teilnehmer, Eugen Sänger, ein eifriger Anhänger der militärischen Nutzung des Weltraums, stand mit Goddard im Briefwechsel. Anfang der 40er Jahre arbeiteten die deutschen Fachkräfte aktiv an mehreren Projekten militärischer Raketen. Nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands befanden sich die begabtesten Wissenschaftler und Ingenieure, darunter Wernher von Braun und Walter Dornberger, mit einmal in den USA. Dort realisierten sie deren erste Weltraumprojekte. (Über diese Operation, „Paperclip“, siehe unser Heft 49/84.)

Schon 1934 warnte der künftige sowjetische Chefkonstrukteur Sergej Koroljow in seinem Buch „Raketenflug in der Stratosphäre“ davor, wie gefährlich die militärische Verwendung von Raketen-technik im Weltraum sein kann: „Begreif-

licherweise wird die Rakete in den imperialistischen Ländern nur ganz zuletzt der Forschung dienen. Ihre Hauptaufgabe wird militärischer Einsatz sein.“

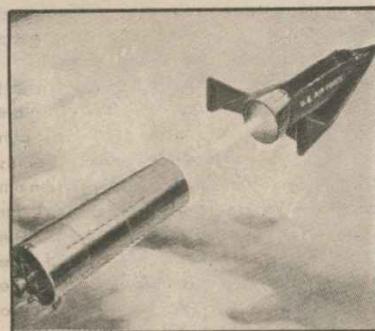
Im März 1946 bereitete das Projekt RAND (später Rand Corp., die Forschungsstelle der US-Luftwaffe) den weitschweifigen Bericht „Vorprojekt eines experimentellen Raumschiffs zu Flügen um die Erde“ vor. Lange vor dem Start der ersten US-Satelliten hieß es darin: „Die Beförderung eines US-Satelliten auf eine Erdumlaufbahn wird sich auf die Menschheit ... wahrscheinlich ebenso auswirken wie die Atombombenexplosion... Der Staat, der als erster wichtige Erfolge im Weltraum erzielt, wird militärisch und wissenschaftlich in der Welt führend sein.“ Kurz, noch vor Entstehung der amerikanischen Raumfahrt wurde für sie eine Militäruniform geschneidert.

Sofort begann zwischen den Teilstreitkräften der USA die Rivalität um das Recht, bei den militärischen Weltraumprojekten das Sagen zu haben. Wir wollen uns auf die Einzelheiten dieses Haders nicht einlassen, er bestätigt aber wieder einmal: Schon Ende der 40er/Mitte der 50er Jahre hatten immer Vorhaben den Vorrang, die mit der Entwicklung von Aufklärungs-, militärischen Nachrichten- und Wettersatelliten zusammenhingen. Perspektivische

Forschungen waren im Gange, die die Möglichkeiten für die Entwicklung bemannter und unbemannter Raumwaffensysteme und für deren Einsatz gegen Objekte auf Umlaufbahnen und auf der Erde bestimmen sollten. Hier eine für jene Zeit typische Meldung des US-Verteidigungsministeriums für die Presse: "Die schon 1949 bekanntgegebenen Forschungen im Zusammenhang mit dem Programm künstlicher Erdsatelliten erfolgen energisch und kommen in einem Tempo voran, das dem technischen Entwicklungsniveau von heute entspricht. Sie werden vom Apparat des Verteidigungsministers koordiniert und sichern eine optimale Variante des gemeinsamen Vorgehens der Teilstreitkräfte."

Und noch ein wesentlicher Zug der Entwicklung der US-Raumfahrt. In allen Stadien verfolgten die politischen und militärischen Führer der USA die Errungenschaften der UdSSR im Weltraum mit krankhafter Eifersucht. Die bürgerliche Propaganda wurde nicht müde, die "aggressive Ausrichtung" des sowje-

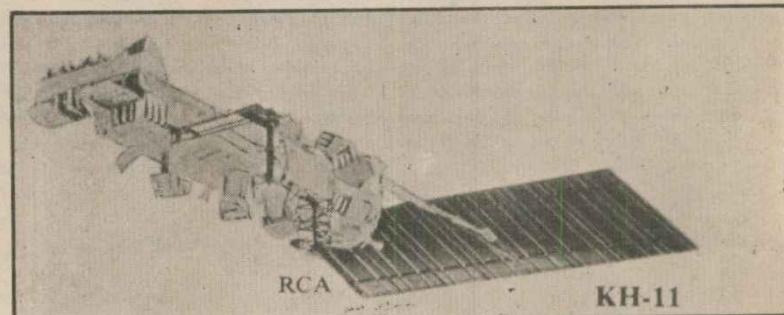
Diese Zeichnungen stammen aus Büchern, die in den USA in den 50er Jahren herauskamen. Schon damals beschäftigte die Möglichkeit militärischer Tätigkeit im Weltraum die Pentagon-Strategen.



tischen Weltraumprogramms herauszu-streichen, und unterstellt der UdSSR Absichten, die sie niemals hatte. Hier eine Äußerung Lyndon Johnsons, damals Mehrheitssprecher im Senat und später US-Präsident: "Das Römische Reich kontrollierte die Welt, weil es Straßen anlegen konnte. Mit der Erschließung der

alles wurde durchgedreht. Allerdings nicht alles realisiert. Die Mittel reichten nicht aus, die Wissenschaft und Technik waren noch nicht soweit.

Aber im Oktober 1959 testeten die USA ein Waffensystem, das man als Prototyp der Satellitenabwehrwaffen (ASAT) bezeichnen kann. In den 60er Jahren



Meere trat das Britische Empire in den Vordergrund, weil es über Schiffe verfügte. Im Zeitalter der Luftfahrt waren wir stark, weil wir Flugzeuge hatten. Ge-genwärtig haben die Kommunisten im Weltraum Fuß gefaßt."

In der US-Raumfahrt lassen sich, glaube ich, drei Wellen feststellen, da die Militarisierung des Weltraums von der jeweiligen Administration besonders begünstigt wurde.

Die erste Welle fiel auf das Ende der 50er Jahre. Der sowjetische Sputnik ließ die ganze Welt an der angeblich führenden Stellung der USA im wissenschaftlich-technischen Fortschritt zweifeln. Damals begann man von der militärischen Gefährlichkeit der Sputniks zu reden. Drei Arbeitsgruppen sannen über die Gründe nach, aus denen die USA in der Weltraumforschung zurückgeblieben waren, und unterbreiteten der Regierung Vorschläge, wie dem abuhelfen sei. Sie empfahlen, die Stützpunkte der strategischen Luftstreitkräfte auseinanderzuziehen, mit der Entwicklung von Raketenabwehrsystemen zu beginnen, die Zivilverteidigung zu festigen, die Rolle der Grundlagen- und angewandten Forschungen zu erhöhen und die für die sogenannten begrenzten Kriege bestimmten konventionellen Streitkräfte zu stärken. Auf die Amerikaner hagelte es Entwürfe von Satelliten und bemannten Apparaten militärischer Bestimmung, von weltraumgestützten Waffen. Varianten von militärischen Orbitalstationen; Raketenstützpunkte auf dem Mond; das Projekt, einen Asteroiden im Weltraum "abzufangen", mit Triebwerken auszurüsten, so von seiner ursprünglichen Flugbahn abzubringen und gegen das Territorium des Gegners auszurichten —

Einer der neuen Spionagesatelliten, von denen das Pentagon und die CIA ausgiebig Gebrauch machen, heißt KH-11: nach dem englischen Key hole [Schlüsselloch].

entwickelten die USA auf der Basis der "Nike-Zeus"- und der "Thor"-Rakete zwei Antisat-Gefechtsführungssysteme.

Die Hauptprojekte, an denen das Pentagon damals die Arbeit aufnahm, waren die Spionagesatelliten "Samos" (optische Aufklärung), "Midas" (Beobachtung im Infrarotbereich) sowie das Projekt "Discoverer". Gesucht wurde nach technischen Lösungen, wie sie für die Entwicklung von Satellitensystemen zur Sicherung der Führung der Streitkräfte zu Friedenszeiten und in lokalen Konflikten nötig sind, und nach Komponenten für Weltraumwaffen der Zukunft.

In den 60er Jahren unternahm das Pentagon mehrere (mißglückte) Versuche, bemannte Flugapparate ausschließlich militärischer Bestimmung zu erhalten. Das Projekt "Blue Gemini" (die militärische Variante der zweisitzigen Gemini-Kapsel) wurde nicht realisiert, das eines militärischen Orbitallabors "MOL" 1968, schon nachdem etwa 1,5 Md. Dollar dafür ausgegeben worden waren, aufgegeben.

Die Spitze der zweiten militaristischen Welle in der US-Raumfahrt war Ende der 60er Jahre zu beobachten, als eine stürmische Diskussion über ein großangeslegtes Raketenabwehrsystem begann. Erneut besang man die Möglichkeiten einer "dünnen" und einer "dichten" Raketenabwehr auf dem US-Territorium. Die logische Fortsetzung sollten die See-, die Luft- und die Weltraumgrenze der Raketenabwehr werden: auf Schiffe, Flugzeuge und

Weltraumfahrzeuge gestützte Mittel zum Abfangen ballistischer Raketen im Flug. Man nannte sogar die für die Realisierung dieser Pläne nötige Summe: Hunderte Milliarden Dollar.

Aber damals siegte der gesunde Menschenverstand. Die Verhandlungen ergaben bestimmte Begrenzungen für Offensivwaffen, und der sowjetisch-amerikanische Vertrag über eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme von 1972 sowie das Protokoll dazu legten die Zahl der Gebiete für die Raketenabwehrsysteme der Seiten mit eins fest.

Da erhob sich aber die dritte Welle. Den Anfang machte Reagans Einzug ins Weiße Haus 1980. Übrigens sind die Argumente, die heute zugunsten einer breitangelegten Raketenabwehr mit

weltraumgestützten Elementen vorgebracht werden, denen der "Panama-Hypothese" von Anfang der 60er Jahre sehr ähnlich. Schon damals wurde in dem Buch "Ein Weltraumkonflikt. Neue Kriegsdimensionen" behauptet: Auch im Weltraum gäbe es strategische Gebiete von militärischer, kommerzieller und wissenschaftlicher Relevanz. Die USA müßten diese Gebiete an sich bringen. "Selbst unter den Verhältnissen der allgemeinen Abrüstung wird der Wettbewerb zwischen den kommunistischen Ländern und der freien Welt nicht aufhören. Rußland könnte seine Ansprüche auf 'Panamagebiete auf dem Mond' geltend machen, wenn es dazu imstande sein wird, und sich so beträchtliche Vorzüge sichern."

hohlen mit der Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum verband.

Zugunsten der militärischen Programme wurden die Ausgaben für zivile Programme der NASA(Nationale Luft- und Raumfahrtbehörde der USA) sofort beschnitten. Erhielt die NASA 1983 etwa 6,4 Md. Dollar, so wurden dem Pentagon für seine Weltraumprojekte 8,5 Md. zur Verfügung gestellt. Im vorigen Jahr waren es schon über 14 Md. Dollar. Der Umstand, daß bei den Weltraumzentren in Florida und Texas der US-Luftwaffe unterstellt geheime Flugleitstellen eingerichtet wurden, macht ebenfalls das wissenschaftliche NASA-Programm zunehmend.

Aber auch vor der Rede des Präsidenten über die "Sternenkriege" unternahm die Administration groß angelegte Maßnahmen zur Militarisierung des Weltraums. Am 4. Juli 1982 unterschrieb der Präsident die Direktive über die Gründung einer neuen Behörde für das Weltraumprogramm als eines von mehreren Ämtern koordinierten Organs. Sie hat "Weltraumdoktrinen" und Konzeptionen für die Verwendung neuer Technik auszuarbeiten.

Am 1. September 1982 wurde das Weltraumkommando der US-Luftwaffe gegründet. Im Mai 1983 begann der Bau eines Vereinten Zentrums für Weltraumoperationen. Das 9 Meilen von Colorado Springs entfernte Zentrum wird für die Satellitensteuerung sowie für die Erfüllung militärischer Aufgaben des Programms "Space Shuttle" zuständig sein. Darauf entstand ein analoges Kommando der US-Kriegsmarine und 1984 das Vereinte Weltraumkommando der US-Streitkräfte.

Wie das "New Janes' Spaceflight Annual" bezeugt, wird in den USA streng geheim eine Gruppe von 50 Astronauten eigens für die Ausführung militärischer Aufträge ausgebildet. Eine selbständige Abteilung soll aufgestellt werden, zu deren Hauptaufga-

**Tatsachen bezeugen: Nicht der UdSSR, sondern den USA geht es um "bedeutende Vorteile" im Weltraum. Darauf zielen die Pläne ab, die in Washington aufkamen, als dort der "Weltraumrausch" ausbrach. Über diese dritte Welle schreibt hier Wladimir KASAKOW.**

### Die dritte Welle

Kurz vor Reagans erstem Amtsantritt setzte sich eine Gruppe von Wissenschaftlern, Politikern und Unternehmern, deren Repräsentanten Senator Wallop, der Physiker Teller und General a. D. Graham waren, für die Unterbringung von Waffen im Weltraum ein. Der General war Reagans Militärberater in der Wahlkampagne, er redigierte auch die Forschungsarbeit "Hohe Grenzwerte". Darin konnte man deutlich den Gedanken verfolgen, daß die USA eine "absolut zuverlässige" Raketenabwehr, eine Art Maginot-Linie im Weltraum, schaffen wollten.

Dieses Buch begeisterte den Präsidenten. Zwei Jahre später, im März 1983, hielt er seine programmatische Star-War-Rede.

Er forderte zu einer intensiven Entwicklung von Waffen zur Vernichtung von Objekten im Weltraum sowie vom Weltraum aus auf der Erde auf. Das war der Anfang der dritten Welle.

Der Plan, einen kosmischen "Schild" zu schaffen, bedeutete den Übergang von der strategischen Konzeption der "gegenseitigen garantierten Vernichtung" zur Konzeption eines "garantierten Überlebens der USA". Die Reagan-Administration war die erste Regierung in der Geschichte, die ihre Außenpolitik unver-

**Das auf die F-15-Jägern gestützte ASAT-System wird in den USA schon getestet. Edward Teller gehört zu den Vorreitern von "Sternenkriegen", und der Präsident hört auf ihn.**



ben laut Programm von "Weltraumkriegen" die Erprobung von Laserüberwachungsvorrichtungen und -geräten gehören wird.

Am 11. Februar 1983 begann man mit einem Programm von Kernkraftanlagen für Weltraumobjekte. Die entsprechenden Entwicklungen hatten seit 1973 praktisch auf Eis gelegen, weil sie damals keine Anwendung gefunden hatten. Henry Sloane, Vertreter des Lewis-Forschungszentrums, sagte im Repräsentantenhaus, bis Mitte der 90er Jahre werde man solche Anlagen militärisch verwenden können.

Und schließlich wurde nach Reagans Rede die Direktive 6-83 des Amtes für Nationale Sicherheit herausgegeben. Sie berechtigte zur Forschung und Entwicklung zwecks Schaffung einer Raketenabwehr (RABW) mit Elementen der kosmischen Basierung. Zwischen 1985 und 1989 sollen dafür bis zu 27 Md. Dollar bereitgestellt werden. Das ganze System wird auf 500 Md. Dollar geschätzt.

Am 25. Januar 1984 gab Reagan die Absicht bekannt, eine ständige Orbitalstation "Columbus" (schätzungsweiser Kostenpunkt: 8 Md. Dollar) zu schaffen. Ihre ersten Komponenten müssen im Weltraum bis 1992 montiert werden. Wie Beobachter schreiben, werde sie eine Plattform für die Überprüfung von Komponenten und Baugruppen von Weltraumwaffen sowie ein Stützpunkt für militärische Aufklärung, Verbindung und Führung werden. Diese Idee hängt ferner unmittelbar mit den Plänen zusammen, eine Weltraumindustrie ins Leben zu rufen. Vor allem wird sie den kalifornischen Gesellschaften Profite sichern. Experten zufolge werden die Weltraumergebnisse zunächst so teuer sein, daß nur das Pentagon Interesse daran haben könnte.

Etwas früher, am 6. Januar, unterschrieb Reagan die Direktive 119, die vorsieht, bereits 1985 für die Arbeit an Laser-, Teilchen- und kinetischen Waffen ca. 2 Md. Dollar bereitzustellen. Schon 1980 vernichteten die US-Seestreitkräfte im Rahmen des Programms "Sea Light" mittels eines gasdynamischen Lasers einen fliegenden Hubschrauber. Im Herbst 1982 fand ein geheimes Experiment statt, das die Wirksamkeit von Laserwaffen bei der Vernichtung von ballistischen Interkontinentalraketen (ICBM) demonstrieren sollte. Ein Jahr später wurden mittels eines an Bord eines Spezialflugzeugs montierten 400-kW-Lasers die Hyperschallrakete "Sidewinder" und ein lenkbare Ziel im Flug außer Betrieb gesetzt. Noch im gleichen Jahr wurden Beschlüsse gefaßt, ein Versuchsgelände für die Lasererprobung auf dem Territorium der Raketenba-

sis White Sands, New Mexico, anzulegen sowie zusätzlich 7 Mio Dollar für die Entwicklung von Teilchenwaffen bereitzustellen.

Gegenwärtig wird in drei Hauptrichtungen gearbeitet, um weltraumgestützte Laserwaffen zu entwickeln. Zwei der Projekte — "Talon Gold" und "Lode" — entstehen in den Labors der Lockheed Corp., das dritte — "Alfa" — in der Gesellschaft "TRW". Unter dem Codenamen "Gedy" (Planet aus dem Film "Star Wars") erfolgen Forschungen zur Entwicklung einer elektromagnetischen Schnellfeuerkanone. Unter den Codenamen "Chair Heritage" und "White Horse" wird an Teilchenwaffen für die Kriegsmarine und die Luftwaffe der USA gearbeitet. Gleichzeitig unternimmt man Schritte zur Entfaltung hochmoderner Raketenabwehrwaffen.

Am 10. Juni 1984 wurde in einer Höhe von 160 km über dem Pazifik erstmalig ein ICBM-Gefechtskopf durch eine Rakete abgefangen. Dieser Test gehörte zum Programm der Schaffung eines neuen RABW-Systems.

Am 21. Januar und am 13. November 1984 wurde erstmalig das Satellitenabwehrsystem "miniaturisierter Zielsuchflug-



körper" erprobt; seine Entfaltung ist für 1987 vorgesehen.

Dieses Programm ist das erste bei der Entwicklung einer neuen Generation von Weltraumwaffen. Im März erwartet man eine Erklärung des Präsidenten, die den Startschuß zur Erprobung des erwähnten "Flugkörpers" bei der Vernichtung von Weltraumzielen durch die Luftwaffe geben soll. Besonders alarmierend sind die Pläne von Experimenten, die weit über den Rahmen der "Forschungen" gehen. Schon nach dem Genfer Treffen von Gromyko und Shultz erklärte Reagan, er beabsichtige, die "Forschungsarbeiten" im ganzen Komplex der Weltraumwaffen fortführen zu lassen.

Demnach ist der Weltraum für die USA ein Gebiet der Konfrontation. Der jüngste Beweis dafür ist der erste rein militärische Flug der Raumfähre "Discovery" im Januar d. J.

**In seine gefährlichen "Sternenkriegs"pläne möchte Washington auch die NATO-Bündnispartner, vor allem die westeuropäischen, einbeziehen. Aber die Reaktion darauf ist keineswegs eindeutig. Darüber berichtet Boris SLAWIN.**

### Und bist du nicht willig...

Die Äußerungen von Westeuropäern laufen alles in allem auf folgendes hinaus: Die "Superaufrüstung" im Kosmos wird die Situation auf der Erde destabilisieren. Die Seite ohne die "strategische Verteidigung" wird durchaus begründet befürchten, daß sich die andere Seite, die eine solche "Verteidigung" hat, auf den Erstschlag vorbereitet. Das aber würde die Konfrontation zwischen Ost und West verschärfen, das Wettrüsten noch anheizen, viele der heute gültigen Abkommen, vor allem den Vertrag über eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme, durchkreuzen, kolossale Investitionen erfordern und schließlich die allgemeine Sicherheit unterminieren. Der britische

"Guardian": "Sternenkriege würden das nukleare Wettrüsten um eine enorme und enorm teure neue Richtung ergänzen, und im Ergebnis wird unsere Sicherheit immer mehr von der Stabilität computerisierter Waffensysteme abhängen, die so kompliziert sind, daß sie real nur im Krieg überprüft werden können."

Die Öffentlichkeit nimmt Washington seine Hauptthese nicht ab: Eine RABW im Weltraum werde die Welt von der nuklearen Gefahr erlösen. Gegen Cruise Missiles und sonstige Waffensysteme, die in der Erdatmosphäre wirken, sei ein solcher "Schild" nichts, betonen Fachleute vom Londoner Institut für strategische Studien. Deshalb könne er das nukleare Wettrüsten nicht "aufheben" und die Rede lediglich von dessen Umorientierung sein.

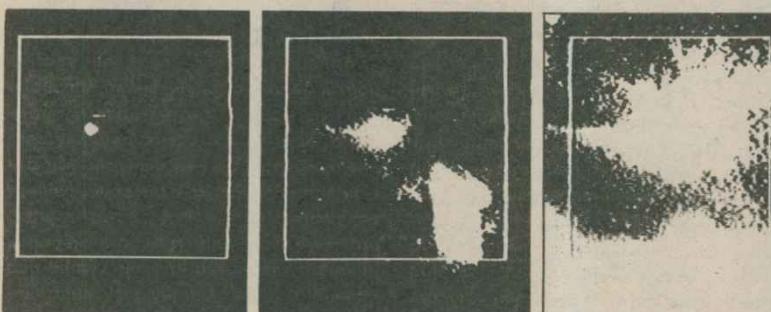
Das heißt natürlich nicht, daß es in Westeuropa keine Anhänger der Weltraummilitarisierung gibt. Doch, es gibt sie.

Wie die "Humanité" (Paris) schreibt, forderte der französische Präsident Mitterrand in seiner Ansprache in Rennes Anfang Februar die westeuropäischen

des "garantierten Überlebens" umsteigen. Deshalb wäre es ein "unverzeihlicher Fehler", auf eine solche Aussicht zu verzichten.

Programme seien nur harmlose Forschungen, man wisse noch nicht, was daraus werde. In London sagte z. B. Robert McFarlane, Sicherheitsberater des Präsidenten, man könne erst nach 5 oder 10 Jahren beurteilen, ob ein funktionierendes Raketenabwehrsystem im Prinzip möglich sei. Deshalb seien die heutigen Alarmstimmungen verfrüht und unbegründet.

Schließlich redet Washington seinen Verbündeten ein, es sorge ja nicht nur für sich. Um "die Unruhe der Europäer über

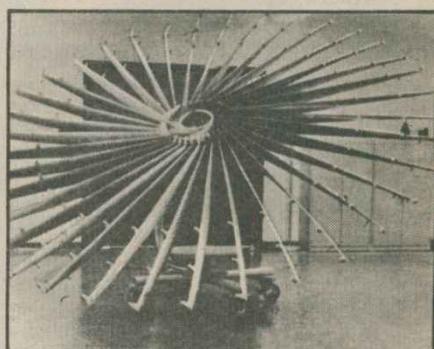


Länder auf, eine bemannte Orbitalstation militärischer Bestimmung zu schaffen. Selbst wenn die anderen westeuropäischen Hauptstädte am Projekt nicht teilnehmen wollten, fügte der Präsident hinzu, werde Paris mit von der Partie sein.

Auch der belgische Ministerpräsident Martens unterstützte vor kurzem die Pläne der US-Administration im Hinblick auf eine kosmische RAbw.

Der belgische Senator R. Close, einst General, ist dafür bekannt, daß er die Westeuropäer mit einem "Blitzkrieg" der sowjetischen Panzer einzuschüchtern pflegt. Heute ruft er dazu auf, sich der amerikanischen "Strategischen Verteidigungsinitiative" (Strategic Defense Initiative, SDI) anzuschließen: Dann könne man von der Doktrin "garantierte gegenseitige Vernichtung" auf die Doktrin

So präsentierte sich durchs Teleskop das Experiment zum Abfang einer ICBM durch eine Rakete. Die USA stellten ein solches Experiment im Rahmen der Schaffung ihres breit angelegten Raketenabwehrsystems im Juni 1984 über dem Pazifik an. Bild rechts: Mit einer solchen "Fangvorrichtung", die sich an der Spitze der Rakete entfaltet, wurde das Abfangen bewerkstelligt.



sein Forschungsprogramm zu dämpfen", schreibt die Londoner "Times", "betonte Mr. Weinberger wiederholt, der Zweck der SDI sei, sowohl die USA als auch Westeuropa zu verteidigen. Er sagte: 'Die Sicherheit der Vereinigten Staaten ist von der Sicherheit Westeuropas nicht zu trennen.'"

Die Kampagne zur "Umerziehung" der Bündnispartner zielt nicht nur auf politische Einheit ab. Es gibt auch Pläne dafür, Westeuropa unmittelbar für die amerikanischen "Sternenpläne" einzuspannen. Einer solcher Pläne, der publik wurde, stammt von einer Kommission unter Prof. Hoffman, die ihn Ende 1983 erarbeitete. Das Wesen: Die USA entfalten ein breit angelegtes Raketenabwehrsystem mit weltraumgestützten Elementen. Die Westeuropäer beteiligen sich an der Anlegung eines bodengestützten Raketenabwehrgürtels auf ihrem eigenen Territorium. Alles in allem plant man, dafür etwa 1000 US-Raketen vom Typ "Patriot" zu verwenden.

Die BRD und die Niederlande haben schon Kontrakte für den Kauf solcher Systeme unterzeichnet. Beharrlich offeriert Washington sie Belgien und einigen anderen Bündnispartnern. Heute werden die amerikanischen "Patriot"-Raketen als Luftverteidigungskomplexe angeboten. Das ändert jedoch nichts an der Sache. Den Amerikanern geht es darum, die Waffen zu stationieren. Später können sie modernisiert werden.



Generalleutnant James Abrahamson war seinerzeit als Flieger Bomber auf Vietnam. Jetzt ist er Direktor des Forschungsprogramms der "Strategischen Verteidigungsinitiative".

Die "New York Times" schreibt: "Wie Pentagon-Sprecher informieren, wird die 'Patriot'-Rakete, die im Laufe von etwa 20 Jahren als Luftverteidigungswaffe zum Schutz der vorgeschobenen Stellungen der U.S. Army entwickelt wurde, zur Zeit perfektioniert, bis sie sowjetische Raketen niederholen kann." Die Tatsache, daß das "Patriot"-System eine

Mehrzweckwaffe ist und auch gegen Raketen eingesetzt werden kann, wurde vom amerikanischen Brigadegeneral J. Cerce bestätigt. Die ersten mit den neuen Waffen ausgerüsteten US-Bataillone sind in der BRD eingetroffen.

Und so werden die Westeuropäer in das "interstellare" Wettrüsten doch einbezogen.



**Soweit die amerikanischen Pläne und ersten Schritte zur Militarisierung des Weltraums. Wir baten zwei Experten, einen amerikanischen und einen sowjetischen, um einen Kommentar. Mrs. Carol S. Rosin ist in den USA als Expertin für Raketen- und Raumfahrttechnik bekannt. Sie gründete in Washington das Institut für Probleme der Sicherheit und Zusammenarbeit im freien Weltraum. Mit Mrs. Rosin unterhielt sich unser Mitarbeiter Wjatscheslaw Boikow in Brüssel, auf einer internationalen Konferenz.**

## Unsere Nachkommen werden es nicht verzeihen

Als Reagan im US-Kongreß seine Pläne einer breitangelegten Raketenabwehr (RAbw) mit weltraumgestützten Elementen verteidigte, erklärte er, das sei eine nur "moralische Verpflichtung". Ein solcher Schritt werde die internationale Sicherheit festigen und den Wettkauf der Offensivrüstungen aufhalten. Wie denken Sie darüber?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die militärischen US-Raumprojekte, einmal realisiert, gerade das Gegenteil bewirken würden. Die internationale Lage wäre ernsthaft destabilisiert, das Wettrüsten würde sich beschleunigen. Die wahre moralische Verpflichtung der gesamten friedlichen Öffentlichkeit besteht deshalb darin, den Weltraum von den Kernwaffen frei zu halten.

Lassen Sie uns jedes dieser Probleme einzeln behandeln. Fangen wir damit an, wie die Waffen für "Sternenkriege" das politische Klima auf der Erde beeinflussen würden.

Das Pentagon will zunächst die Satellitenabwehrwaffen in den Weltraum befördern. Ihre Bestimmung geht schon aus ihrem Namen hervor. Aber die Satelliten sind wichtig für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit der Länder. Sie haben die Aufgabe der Frühwarnung, der

Kontrolle, der Verbindung usw. Sie sind, wenn man will, die Augen und Ohren der Landesverteidigung. Deshalb würde schon die Entwicklung von Waffen zur Vernichtung von Satelliten die Weltlage ernsthaft komplizieren.

Ein weiteres alarmierendes Moment: Die Satelliten sind der Zerstörungswirkung von Meteoritenteilchen ausgesetzt. Außerdem entstehen in ihren Systemen technische Störungen. Jeder solcher Zwischenfälle könnte, wenn er nach

auch in der Politik. Es steht noch dahin, wem diese Runde im Wettrüsten mehr schadet. Urteilt man nach der Presse der USA, so ist die Abhängigkeit ihrer Streitkräfte von den Satellitensystemen recht groß. Über siewickeln sich z. B. 70% der militärischen Verbindungen — also der Führung — ab. Darf man also den Ast absägen, auf dem man sitzt?

Auf das Verbot von Antisatwaffen zu verzichten, wie unsere Landesführung bisher tat, ist nicht nur kurzsichtig, sondern auch gefährlich, selbst für die USA. Noch unruhiger sind die realistisch denkenden Amerikaner über die Pläne einer breit angelegten RAbw. Auch die modernste Technik kann sich irren, beispielsweise signalisierte sie schon wiederholt einen Kernwaffenangriff. Um einen blinden Alarm von einem richtigen zu unterscheiden, braucht es Zeit. Eine solche Überprüfung durch US-Experten erforderte 6 Minuten. Kosmische Laser-

Der Karikaturist der "Welt" (BRD) kommentierte wie folgt eine Befragung der Vereinigten Stabschefs der USA. Der General, der im Star-Wars-Look erschienen war, wird vom Vorsitzenden angepifft: "Es ist mir egal, ob Sie unsere Weltraum-Verteidigung befehligen. Sie haben eine korrekte Uniform zu tragen."



Stationierung von ASAT-Systemen eintritt, als aggressive Aktion aufgefaßt werden und tragische Folgen haben.

Es wäre wohl naiv anzunehmen, die UdSSR würde tatenlos zusehen, wie ihre Satelliten ins Visier gefaßt werden. Auf jede Wirkung folgt eine Gegenwirkung,

waffen werden diese Zeit nicht gewähren. Folglich wird man sich auf das Vorsignal verlassen müssen. Dabei kann die Warnung irrtümlich gewesen sein.

Heutzutage ist es eine Illusion, mit einer militärischen Überlegenheit zu rechnen, die dem Besitzer dieses "Preises" die

Möglichkeit gäbe, die eigenen Bedingungen zu diktieren. Keine einzige Seite wird das zulassen, und jede ist imstande, eine solche Entwicklung abzuwenden. Schon allein der Gedanke, über den potentiellen Gegner die Oberhand zu gewinnen, ob auf der Erde oder im Weltraum, ist provokatorisch und zudem unrealistisch. Das hat die Geschichte schon mehrmals bewiesen.

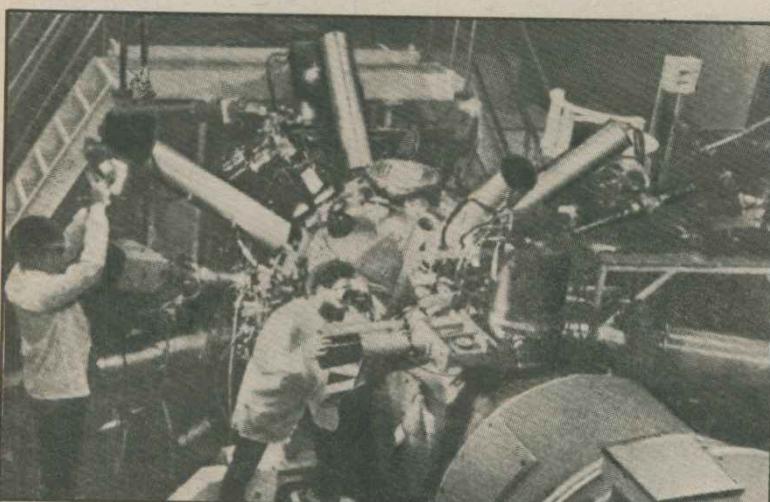
**Ein ganz frisches Beispiel dafür: Bei der Formulierung des SALT-2-Vertrages schlug die Sowjetunion vor, keine Flügelraketen in die Bewaffnung aufzunehmen. Die US-Führung, die wieder einmal auf ihre technologische Überlegenheit baute, beschloß jedoch, den Verhandlungspartner um jeden Preis zu überrunden. Ein abermaliger Versager! Die UdSSR gab die erfolgreiche Erprobung landgestützter Flügelraketen großer Reichweite bekannt. Dann begann die Aufstellung solcher Systeme auf strategischen Bombern und U-Schiffen.**

So illusorisch das Streben nach Überlegenheit sein mag, sie bleibt trotzdem gefährlich. Sie peitscht das Weltfrüsten an. Die wahnwitzigen Weltraumwaffenpläne sind da keine Ausnahme. Ihre Urheber sagen, vom Weltraum aus könne man ballistische Raketen in der Anfangsphase ihres Fluges treffen. Folglich biete sich die Möglichkeit, einen Kernwaffenkrieg im Keim zu ersticken und das Weltfrüsten bei Offensivwaffen sinnlos zu machen. Es habe keinen Sinn, noch mehr

schaffen. Mindestens 10% der Sprengköpfe werden ihn durchdringen. Angesichts der gigantischen Ausmaße der nuklearen Arsenale wird das mehr als genug sein, um die irdische Zivilisation auszulöschen. Die Logik sagt überdies: Je mehr Raketen, desto mehr werden doch ins Ziel gehen. Folglich wird die kosmische RABW das quantitative Wachstum und die qualitative Perfektionierung der strategischen Sprengköpfe noch beschleunigen. Das ist noch nicht alles. Laserstationen im Weltraum werden nur ballistische Raketen, die an einem Flugabschnitt oberhalb der Atmosphäre fliegen, treffen können. Folglich wird man die Anzahl "unverwundbarer" Systeme — von strategischen Bombern, U-Schiffen,

"Sternenkriege" auf das Problem der Kontrolle und den gesamten friedlichen Dialog auswirken!

Soviel ich weiß, erlaubt es die bestehende Technologie, primitive Satellitenabwehrwaffen in den Weltraum zu befördern. Als Träger dienen ICBM, deren Start sich ohne weiteres kontrollieren lässt. Gesagt sei, daß sie jene hohen Umlaufbahnen, auf denen sich die meisten amerikanischen Militärsatelliten befinden, nicht erreichen. Das ASAT-System, das gegenwärtig in den USA entwickelt wird, ist ein Satellitenabwehrsystem zweiter Generation, das Weltraumziele in einer Höhe bis zu 1000 km vernichten kann. Wie schon geschrieben wurde, stellt es eine Rakete dar, die von F-15-Jägern startet.



Waffen zu produzieren, da sie ja den kosmischen Schild nicht durchbrechen:

Der Gedanke ist verlockend, aber irreführend. In ihrer überwiegenden Mehrheit sind sich die Experten darüber einig, daß es faktisch unmöglich ist — und auch künftig bleiben wird —, einen absolut undurchdringlichen Schild zu

Cruise Missiles — steigern müssen. Gegen sie muß dann ein neuer "Schutz" gesucht werden, und so kann das endlos gehen — beziehungsweise bis zum tragischen Ende.

**Wegen unlösbarer Kontrollprobleme läßt sich die Satellitenabwehrwaffe nicht verbieten. Wie wird sich das Potential für**

Und diese Zeichnungen sind von heute. Eine Raumfähre befördert einen Militärsatelliten auf eine Umlaufbahn. Zu diesem Zweck wurde sie im Januar in aller Heimlichkeit im Rahmen des Space-Shuttle-Programms gestartet. Laut AP brachte die Besatzung mittels einer Rakete einen Aufklärungssatelliten auf eine geostationäre Bahn in einer Höhe von 36 000 km über der Erde. Vor kurzem sagte NASA-Direktor Beggs in einem Ausschuß des US-Repräsentantenhauses, geplant sei der geheime Start einer weiteren Shuttle gemäß diesem Programm, sie werde nur Aufträge des Pentagon erledigen. Das Pentagon plant, auf solchen Raumflügen Laserkanonen wie auf der Zeichnung oben aufzustellen. Bild links: Das Labor von Livermore, in dem Laser zu militärischen Zwecken entwickelt werden.

Weder die Satellitenabwehrwaffen selbst noch ihre Trägerflugzeuge unterscheiden sich äußerlich von anderen, in die Bewaffnung schon eingeführten Typen. Deshalb lassen sich ihre Anzahl und ihr Standort schwer kontrollieren. "Eines der ersten Opfer eines Sternenkrieges wäre die Rüstungskontrolle." Diese Worte

stammen von Generalleutnant a. D. Brent Scowcroft, Vorsitzender der Kommission für strategische Kräfte der USA.

Nach allem zu urteilen, beabsichtigt die US-Führung es nicht, den Kurs auf die Schaffung eines Star-War-Potentials aufzugeben.

Die US-Politik gegenüber den Weltraumwaffen ist in einem geheimen, auf 5 Jahre berechneten "direktiven Verteidigungsplan" der USA formuliert. Wie es darin heißt, müssen die USA alles tun, damit die Verträge und Abkommen den USA nicht die Möglichkeit nehmen, ein militärisches Weltraumpotential zu schaffen.

Diese Linie wird hartnäckig verfolgt. Ein Weltraumkommando wurde gegründet. Enorme Mittel werden zur Verfügung gestellt, Forschungen aktiviert. Was die Friedensphrasen betrifft, so sind sie noch durch keine Taten bekräftigt worden und kaum anders einzuschätzen als Rhetorik für das Publikum. Die militaristischen Aufrufe erschrecken die Amerikaner. Dieser Umstand darf nicht außer acht gelassen werden. Eben deshalb heißt das Programm für die Entwicklung von Waffen für die "Sternenkriege" offiziell nicht anders als "strategische Verteidigungsinitiative".

Ein durch die US-Politik beunruhigter Militär hat mir den Wortlaut eines vertraulichen Dokuments übergeben, das die dem Präsidenten und seiner Umgebung nahestehende Organisation Heritage Foundation vorbereitet hatte. Darin wird den Anhängern einer Neuaufstaltung Amerikas dazu geraten, die Sprache der Antikriegskräfte "zu stehlen". Das Ziel? Unter dem Mäntelchen friedliebender Phrasen könne man "das Weltraumprogramm am Leben erhalten, so daß seine Aufhebung 1989 unmöglich wird". In einer "entsprechenden politischen und emotionalen Verpackung" könne eine solche Behandlung der Rüstungskontrolle durchaus überzeugend wirken.

Um das eigene politische Image zu retuschiern, greifen die amerikanischen Spitzenpolitiker auch noch zu anderen Tricks.

Es ist nicht neu, das eigene Vorgehen durch fremde Sünden zu rechtfertigen. Seit das Weiße Haus mit der Entwicklung von Star-War-Waffen begann, deren erste Erprobung den Vertrag über die Raketenabwehrsysteme durchkreuzen würde, schreibt es dessen Verletzung der anderen Seite zu. Es ist klar, warum: Unter diesem Vorwand will man die eigenen Beschlüsse in den Augen der Öffentlichkeit im voraus rechtfertigen.

Zugleich betreibt Washington eine intensive Gehirnwäsche, um der Bevölkerung die Nützlichkeit von Reagans

Weltraumplänen und die Notwendigkeit ihrer Realisierung einzutrichtern. Zu diesem Zweck hat man Presse, Rundfunk und Fernsehen weitgehend eingespannt. Gegenwärtig ist z. B. eine Videokassette für Schulkinder in Vorbereitung. Sie muß den Kindern "erläutern", wie eine breit angelegte RABW sie vor einem Kernwaffenkrieg retten würde.

Im Sommer 1984 fand in Washington ein Geheimtreffen statt. Eingeladen waren etwa 1000 Geschäftsleute und Industrielle. Sprecher der Regierung und des Pentagon erklärten ihnen, welch schweres Geld die Produktion von Weltraumwaffen verspreche, gaben aber zugleich zu verstehen: Um solche Aufträge zu erhalten, müßten sie den Kongress überreden, kein Spielverderber zu sein und die von der Administration angeforderten Beträge bereitzustellen.

Aber nicht nur die Rüstungsproduktion sichert Arbeitsplätze und Aufträge.

Zweifellos, denn bei meiner Arbeit in der Luft- und Raumfahrtindustrie habe ich verstanden: Betriebe, die heute Raketen und Bomber bauen, können morgen ganze Mengen von Dingen herstellen, die die Menschen brauchen. Auf diesem Weg könnte man Hunderte Milliarden Dollar freisetzen. Wäre es nicht vernünftiger, diese Summen nicht für Waffen auszugeben, die die Menschheit in ihrer Existenz bedrohen, sondern für Projekte, die den Fortschritt stimulieren?

Gemeinsam mit meinem Kollegen Charles Sheffield, Vizepräsident der Earth Satellite Corp., habe ich vor kurzem das Buch "Kosmische Laufbahnen" herausgegeben. Es handelt davon, daß jedermann, der Industrielle wie auch der Arbeiter, bei der friedlichen Erschließung des Weltraums beschäftigt werden könnte.

## Und nun die Meinung des sowjetischen Experten Alexej KARENIN, mit dem unser Beobachter D. Pogorshelski sprach.

**Frage:** Durch Militarisierung des Weltraums hoffen die USA, militärische Überlegenheit zu erlangen, die Sicherheit anderer Staaten aber zu beeinträchtigen. Ist dieses Ziel erreichbar?

**Antwort:** Den Kurs auf Weltraummilitarisierung steuern die USA, wie wir wissen, schon seit Beginn des kosmischen Zeitalters. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre traten die USA gegen die der UNO unterbreiteten sowjetischen Vorschläge auf, die das Ziel verfolgten, die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum zu verhüten. Wegen der ablehnenden

Welche Projekte wären für das Geld, das dann freigesetzt würde, zu verwirklichen?

Viele. Was not tut, ist das Geld, das wir aber nicht haben werden, solange wir "Sternenkriege" vorbereiten. Nach dem Beispiel des Sojus-Apollo-Programms könnte als erster Schritt eine amerikanische Shuttle-Fähre mit der sowjetischen Orbitalstation Salut gekoppelt werden. Solche gemeinsamen Bemühungen würden es erlauben, die Weltraumforschungen im weiteren zu verbilligen und folglich ihre Ausmaße und die Zahl der entsprechenden Projekte zu vergrößern. Man könnte ein internationales Satelliten-Netz entfalten, an dessen Wartung und Nutzung Fachleute aus verschiedenen Ländern teilnehmen würden. Dieses Netz würde der Menschheit zahlreiche gute Dienste leisten, von der Wettervorhersage bis zur Kontrolle über die Erfüllung der friedlichen Abkommen. Gemeinsam könnten wir Weltraumlabora,-kraftanlagen, ja ganze Weltraumbetriebe schaffen, eine Reise zum Mars oder zu anderen Planeten unternehmen.

Das würde nicht nur Arbeitsplätze und Gewinne sichern, sondern auch zur Verbesserung des Weltklimas, zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens beitragen.

Die künftigen Generationen werden es uns nicht verzeihen, wenn wir uns außerstande erweisen, diesen Waffen den Weg in den Weltraum zu versperren.

Haltung des Westens konnten diese Vorschläge nicht verwirklicht werden.

Das Streben, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt militärisch zu benutzen, charakterisiert die US-Politik. Man denke z. B. an die Geschichte der Erschließung der Kernenergie. Zuerst wurde die Atombombe gebaut, erst dann entstanden dort Atomkraftwerke. Als Washington die ungeheure Waffe in der Hand hatte, nahm es Kurs auf die Steigerung der internationalen Spannungen, auf die Diplomatie der Stärke.



All das sind Anzeichen eines chronischen Syndroms: des Drangs nach militärischer Überlegenheit. Heute, da in der Welt ein annäherndes militärstrategisches Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA, dem Warschauer Vertrag und der NATO besteht, knüpfen bestimmte Kreise in den USA ihre Hoffnungen vor allem an den Weltraum. Sie bauen dabei auf das wissenschaftlich-technische Potential der USA, auf ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Die Kreise, die sich mit solchen Plänen tragen, sollten folgendes bedenken: All das gab es schon. Es gab die Pläne, die Sowjetunion beim Wiederaufbau nach der Hitleraggression zu stören und, auf das zeitweilige Atommonopol der USA gestützt, die entscheidende Überlegenheit über sie zu erreichen. Mit seiner heldenhaften Arbeit warf das Sowjetvolk diese Pläne um. Dann wollten sie die Überlegenheit durch massierte Entfaltung von Bombern und, nach Anbruch des Raketenzeitalters, durch land- und seegestützte ballistische Interkontinentalraketen erlangen. Nachdem auch das Washington mißlungen war, ging es (in den 60er Jahren) zur Ausrüstung der Raketen mit einzeln lenkbaren Mehrfachsprenköpfen und zu neuen gefährlichen strategischen Offensivwaffen — Flügelraketen großer Reichweite (in den 70er Jahren) — über. Die UdSSR antwortete gebührend auf die gewachsene Bedrohung.

Nunmehr richtet Washington seine Blicke auf den Weltraum, in der Hoffnung, der Weg zur Vorherrschaft führe über ihn. Die Geschichte aber beweist, daß diese Pläne unerfüllbar sind. Schon die Idee einer Überlegenheit ist irreführend und nicht realisierbar. Das Kräftegleichgewicht dagegen bietet eine zuverlässige Garantie dafür, unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Frieden aufrechtzuerhalten. Die UdSSR wird es niemandem erlauben, dieses Gleichgewicht zu stören. Ein gebührendes Antidot für die amerikanischen kosmischen Stoßwaffen wird gefunden werden.

Doch ist die UdSSR keineswegs für die Fortsetzung des Wettrüstens. All ihre Vorschläge gelten dem Ziel, der militärischen Rivalität ein Ende zu setzen und eine Militarisierung des Weltraums zu verhüten. Daß diese Gefahr besteht, wird von den US-Plänen bewiesen, ein breit angelegtes Raketenabwehrsystem zu entfalten.

**Frage:** Wie sehen die US-Strategen ein solches System konkret?

**Antwort:** Die "Theorie" wird ungefähr so geschildert. Mehrere Schichten aus RAbw-Mitteln werden geschaffen, jede davon hat ein bestimmtes Prozent der auf das Ziel zufliegenden ballistischen Raketen zu treffen und so das nukleare

Potential des vermutlichen Gegners völlig oder fast völlig zu vernichten.

Grundsätzlich kann es drei Hauptschichten von Raketenabwehrsystem-

men geben: Die erste "arbeitet" gegen die Raketen bei ihrem Start, die zweite im mittleren und die dritte im letzten Bahnabschnitt.

**Der Sowjetstaat ist Initiator und Teilnehmer aller gültigen internationalen Abkommen, die dem Ziel dienen, den Weltraum zu friedlichen Zwecken, zum Wohl der Menschheit zu nutzen. Wiederholte unterbreitete er Vorschläge, die den Waffen den Weg ins All versperren können. Hier die wichtigsten davon.**

#### 4. Oktober 1957.

Der erste künstliche Erdsatellit wird gestartet. In der "Prawda" heißt es: Das Sowjetvolk sieht in den neuen hervorragenden Erfolgen der sowjetischen Wissenschaft eine Gewähr für das weitere Schaffen der sowjetischen Wissenschaftler und anderer Fachkräfte im Interesse des Friedens und Fortschritts.

#### März 1958.

Die Sowjetregierung schlägt vor, die Nutzung des Weltraums zu militärischen Zwecken zu verbieten und eine internationale Zusammenarbeit bei seiner Erforschung aufzunehmen. Der Westen reagiert ablehnend.

#### 1962--1964.

Die UdSSR unterbreitet die Vorschläge über die Arüstung, u. a. den Vorschlag, Raketenstarts zu friedlichen Zwecken unter internationale Kontrolle zu stellen sowie die Beförderung von Massenvernichtungswaffen auf eine Erdumlaufbahn und ihre Stationierung im Weltraum zu verbieten.

#### Januar 1967.

Auf Moskaus Initiative unterzeichnen die UdSSR, die USA und Großbritannien einen Vertrag über die Prinzipien der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper.

#### Mai 1972.

Moskau und Washington schließen den Vertrag über eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme. Die Seiten verpflichten sich, keine see-, luft-, weltraum- oder mobilen landgestützten Raketenabwehrsysteme zu schaffen sowie außerhalb ihres nationalen Territoriums keine Raketenabwehrsysteme über die im Vertrag festgesetzten Höchstgrenzen hinaus zu stationieren.

#### Juli 1974.

Ein Protokoll zum sowjetisch-amerikanischen Vertrag über die

Raketenabwehrsystemen von 1972 wird unterzeichnet: Die UdSSR und die USA kommen überein, nicht je zwei Stationierungsgebiete von Raketenabwehrsystemen zu haben, sondern nur je eins.

#### Mai 1977.

Die UdSSR und die USA unterzeichnen ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken.

#### September 1981.

Die UdSSR bringt auf der 36. UNO-Vollversammlung den Vorschlag ein, einen internationalen Vertrag abzuschließen, der die Stationierung jeglicher Waffen im Weltraum verbietet.

#### August 1983.

Die UdSSR übernimmt die Verpflichtung, nicht als erster Staat Satellitenabwehrwaffen in den Weltraum zu befördern, solange die anderen Staaten, darunter die USA, darauf verzichten.

#### September 1983.

Die UdSSR unterbreitet der 38. UNO-Vollversammlung den Entwurf eines Vertrages über das Verbot der Gewaltanwendung im Kosmos und aus dem Kosmos gegenüber der Erde. Er sieht vor, die vorhandenen Satellitenabwehrsysteme zu liquidieren, die Entwicklung neuer Arten von Antisatwaffen sowie die Eprobung und Nutzung beliebiger bemannter Raumschiffe zu militärischen Zwecken, darunter als Waffen gegen Satelliten, zu verbieten.

#### Dezember 1984.

Auf Initiative der UdSSR behandelt die 39. UNO-Vollversammlung die Frage "Über die Nutzung des Weltraums ausschließlich zu friedlichen Zwecken, zum Wohl der Menschheit" und nimmt eine Resolution über die Verhütung des Wettrüstens im Weltraum an.

Mit Eifer arbeitet man in den USA an der Entwicklung neuer Technik, die in der breitangelegten RABw zum Einsatz kommen soll. Besonders große Hoffnungen werden in die Waffen "gerichteter Energieübertragung" gesetzt. Man könnte diese Waffen auch Strahlenwaffen nennen: Es handelt sich entweder um einen Laserstrahl oder um einen Strom von Partikeln hoher Energien (atomarer Wasserstoff, atomares Deuterium bzw. Tritium), oder schließlich um ein Mikrowellenbündel. Die Strahlen-RABw-Systeme sollen im Weltraum eingesetzt werden, wo der Wirkungsgrad besonders hoch sein kann.

Wie wir sehen, handelt es sich um ein überaus kompliziertes und teures Waffensystem.

**Frage:** Worin liegt der militärpolitische Sinn dieses Projekts?

**Antwort:** Die Washingtoner Propaganda müh sich ab, um den "friedlichen" Charakter dieses Programms zu beweisen: Die kosmischen RABw werde die "Eindämmung", d. h. die Verteidigung, stärken. In Wahrheit ist die Raketenabwehr als Ergänzung der strategischen Offensivkräfte gedacht, als Mittel, das einen ungestrafenen nuklearen Erstschlag sichern soll. Mit dem "Schild" des Raketenabwehrsystems im Weltraum hofft man, der anderen Seite die Möglichkeit eines Gegenschlags zu nehmen.

Daher röhrt das gewaltige destabilisierende Potential der SDI. Washington hofft, an seinem breitangelegten Raketenabwehrsystem im Weltraum ein Werkzeug von Erpressung und Bedrohung anderer Völker zu haben. Deshalb forciert es die entsprechenden Programme, verzichtet aber auch nicht auf die Stationierung von neuen ICBM von MX-Raketen, von Flügelraketen großer Reichweite aller Basierungsarten, entwickelt neue strategische Bomber und stattet die U-Schiff-Flotte mit neuen Raketen aus.

**Frage:** Wird die Anlegung des Systems, von dem die Rede ist, eine Verletzung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages von 1972 bedeuten?

**Antwort:** Gewiß. Weit bekannt sind öffentliche Erklärungen US-Verteidigungsminister Weinbergers, der unverblümmt sagt: Um dieses Programm zu verwirklichen, könnten die USA den Raketenabwehrvertrag nicht nur revidieren, sondern auch aufgeben. Wiederholt äußerte sich in diesem Sinne auch Colin Gray, Berater der US-Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung, der in seinem Land als SDI-Anhänger bekannt ist.

Nicht nur die Verwirklichung des Plans für ein breitangelegtes Raketenab-

wehrsystem mit weltraumgestützten Elementen, sondern auch schon die Verkündung dieses Ziels — und nichts anderes tat Reagan in seiner bekannten Rede — widerspricht direkt dem Geist und Buchstaben des Vertrages, insbesondere seinem Art. 1, dem zufolge die Seiten sich gegenseitig verpflichtet haben, keine Raketenabwehrsysteme auf ihrem Territorium zu schaffen und keine Basis für eine solche Verteidigung anzulegen. Auch eine weitere äußerst wichtige Begrenzung, die in Art. 5 enthalten ist (keine Systeme oder Komponenten von weltraumgestützten Raketenabwehrsystemen zu entwickeln, zu testen und zu entfalten), wäre gräßlich verletzt.



Durchführung enthält das einzige mögliche Schema für die Lösung des Problems der Nuklear- und Weltraumwaffen unter den heutigen Bedingungen. Heute ist es unmöglich, die Kernwaffen zu begrenzen oder gar zu reduzieren, ohne daß man wirksame Maßnahmen zur Verhinderung der Militarisierung des Weltraums trifft. Dieser organische Zusammenhang ist präzise in der sowjetisch-amerikanischen



Diese Neujahrskarte mit der Forderung, eine Militarisierung des Weltraums zu verhindern, hat unsere Zeitschrift aus Belgien bekommen. Frau Eveline Philippaerts hat mit diesen Worten den Gefühlen von Millionen Erdbewohnern Ausdruck gegeben.

Somit kann eine breitangelegte RABw mit weltraumgestützten Elementen nur verwirklicht werden, wenn man den Vertrag von 1972 aufgibt. Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß Washington Verpflichtungen, die es im Rahmen internationaler Verträge eingeht, geringschätzt.

**Frage:** Gibt es Möglichkeiten, diese Prozesse aufzuhalten, damit das Wettrüsten nicht auf den Weltraum übergreift?

**Antwort:** Das ist notwendig und möglich. Diesen Standpunkt vertritt die sowjetische Seite.

Eine praktische Möglichkeit dazu, wirksame Maßnahmen zu treffen, um ein Wettrüsten im Weltraum zu verhüten und das Wettrüsten auf der Erde einzustellen, bieten die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen, die am 12. März in Genf beginnen. Die Übereinkunft über ihre

Erklärung nach dem Genfer Treffen Gromyko-Shultz fixiert.

Es kommt darauf an, diese Übereinkunft ehrlich einzuhalten und in all ihren Bestandteilen strikt zu befolgen. Natürlich sind auch Schritte unzulässig, die konstruktive Verhandlungen stören würden.

Die UdSSR ist voll und ganz für solche Gespräche. Konstantin Tschernenko betonte: "Ein positiver Ausgang der neuen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen würde günstigen Einfluß auf die Weltlage ausüben und wäre ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Lösung der grundlegenden Probleme der Gegenwart.

Die Sowjetunion wird in dieser Richtung arbeiten, auf gewichtige und konkrete Resultate in Genf hinwirken."

Die UdSSR ist berechtigt, eine ebenso solche Haltung auch von den USA zu erwarten.

Fotos und Zeichnungen aus:  
"Die Welt", "Der Spiegel" (BRD)  
und dem Buch "Von wo geht  
die Gefahr für den Frieden aus"  
(UdSSR)

# KRASNAJA PRESNJA DAMALS UND HEUTE

Meine Kleine war ungefähr sieben, als ich mit ihr in den Zoo fuhr. Auf der Krasnaja Presnja machte der Bus, als er vom Asphalt auf Kopfsteinpflaster hinüberwechselte, einen Ruck. "Warum ist das hier so holprig?" fragte das Kind. "Zum Andenken an die Leute, die in der ersten Revolution die Steine herausrissen und als Waffe benutztten."

## Miterlebt

Kindheitseindrücke haften. Wanja war etwas über sieben, als sich das vor 80 Jahren zutrug. Manches davon ist ihm unvergänglich.

Wir plaudern — Iwan Krylow und ich — bei ihm in der Krasnaja-Presnja-Straße unweit der Metrostation "Uliza 1905 goda".

"Mit dem Ruf 'Streik! Streik!' ließen wir Kinder in Scharen aus den Schlafhäusern auf den Hof." So ist ihm der Beginn der Revolution von 1905 erinnerlich. Schlafhäuser nannte man Bauten, in denen die Prochorows, die Besitzer der großen Textilfabrik Trjochgornaja Manufakturna, ihre Arbeiter untergebracht hatten.

Manchmal nahm mich meine Schwester mit zu Versammlungen. Was die Leute am Rednerpult sagten, verstand ich nicht, aber jeder schloß mit den Worten: 'Nieder mit dem Zaren! Nieder mit dem Despoten!' Diese Worte kannten wir Kinder." Damals erlebte Wanja die anschwellende Empörung über das Blutbad, das das Zarenregime im Januar unter den Petersburger Arbeitern angerichtet hatte. Sie waren mit Kirchenfahnen und Bildnissen des "Väterchens Zar" am 9. Januar 1905 zum Winterpalais gezogen und hatten gehofft, der Zar werde sie anhören, ihre Not verstehen und ihnen helfen. Das "Väterchen" ließ ihnen jedoch mit Gewehrsalven, Säbel- und Peitschenhieben antworten.

"Das Tor zum Hof der Schlafhäuser lag hinter einer hohen Schneewehe, wir kletterten hinauf und beobachteten, wie Arbeitertrupps in Reih und Glied zum Presnja-Tor marschierten, um ihre Genossen auf den Barrikaden abzulösen. Sie sangen Lieder, die wir schon kannten, und wir sangen aus voller Kehle mit: 'Steh auf, steh auf, du Arbeitervolk!'"

Nach dem Generalstreik vom 8. Januar und dem Blutigen Sonntag — dem 9. Januar — in Petersburg kam eine mächtige Woge politischer Streiks ins Rollen und erfaßte Moskau, Jaroslawl, Riga, Kiew und andere Städte. Bauernunruhen brachen aus. Auf dem meuternden Panzerkreuzer "Potjomkin" ging die rote Fahne hoch. Die Strategie und Taktik der Bolschewiki in

der bürgerlich-demokratischen Revolution wurde vom III. Parteitag der SDAPR festgelegt, der unter Lenins Vorsitz in London tagte. In Genf erschien seine epochale Schrift "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution". In einem Schreiben an den Kampfausschuß des Petersburger Komitees der SDAPR schlug Lenin vor, Kampftrupps und -einheiten aufzustellen. Eine Konferenz der Moskauer Organisation der SDAPR beschloß den politischen Generalstreik. Lenin kam aus der Schweiz nach Rußland. An vielen Orten wurden Sowjets der Arbeiterdeputierten gebildet.

Ihren Höhepunkt erreichte die erste russische Revolution im Dezember in Moskau. Dort gab es Barrikaden und Kämpfe mit Polizei und Militär. Die heftigsten entbrannten auf der Krasnaja Presnja.

Krylow erzählt: "Die ganze Lustwiese — eine riesige Wiese mit Attraktionen, Karussells und Luftschaukeln — jetzt ist hier der Platz des Jahres 1905 — war bis zum Stadttor von Drahtverhau umgürtet. Den Draht dazu hatte man von den abgesagten Telegrafenmasten genommen. Manchmal konnten wir bis zum Stadttor vordringen und uns die aus Pferdebahnwagen, Schlitten, Haustoren, Tonnen und Bänken quer über die Große Presnja errichtete Barrikade ansehen. Von Erwachsenen streng zurückgewiesen, rannten wir zu den Schlafhäusern. Im 57. standen wir dichtgedrängt vor dem großen Fensterbrett und sahen mit stockendem Atem, wie die Mamontowsche Lack- und Farbenfabrik, in der einige Geschosse eingeschlagen hatten,

## Aufstand auf einem russischen Staatsschiff

Zeichnung aus dem "Simplicissimus" von 1905



in Flammen aufging. Hin und wieder flogen dort irgendwelche Färbchen in die Luft, platzten, und es entstand ein riesiges Feuerwerk. Wir hatten Angst."

Angst hatten aber auch diejenigen, die sich am Arbeitsschweiß der Arbeiter und Bauern gemästet hatten. Die Angst um ihr Wohlleben trieb sie zu beispiellosen Grausamkeiten. In Moskau wurden Truppen zusammengezogen. Die Presnja wurde von Artillerie beschossen.

"Ununterbrochen wurden auch alle Schlafhäuser mit Kanonen beschossen. Außer den Arbeitertrupplern — den Drushinniki — zeigte sich niemand auf der Straße. Mütter mit Kindern stiegen in die Keller hinunter. Wir hatten nur Wasser und Brot. So vergingen zwei oder drei Tage."

Der Ring um die aufständischen Bezirke zog sich immer enger zusammen. Die vom Moskauer Generalgouverneur Dubassow in Panik aus Petersburg angeforderten Truppen verstärkten ihre Angriffe gegen die von Barrikaden starrende Presnja. Die Kräfte waren viel zu ungleich. Die Menschen mußten für kommende Kämpfe geschont werden, und so beschlossen das Moskauer Komitee der Bolschewiki und der Moskauer Sowjet, den Kampf organisiert einzustellen.

"Zaristische Strafkommandos durchsuchten in den Schlafhäusern alle Kämmerchen — in jedem wohnten mehrere Arbeiterfamilien — nach Waffen. Die Uniformierten kamen mir wie böse Riesen vor. Von draußen erreichten uns Gerüchte über Massenverhaftungen unter den Drushinniki. Wir erfuhren, daß der Arbeiter Alexej Beloussow, ein Sohn meiner Patin, erschossen worden war. Er wohnte im Schlafhaus für Ledige, und ich hing sehr an ihm. An den Sonnabenden ging ich gewöhnlich zu ihm, und er gab mir einen der beiden Weißbrotfladen, die er in seinem ArTEL bekam. Mutter ging mit meiner kleinen Schwester und mir in die Totenkammer beim Polizeirevier auf der Presnja. Sie bat um Herausgabe des Toten, um ihn auf dem nahen Friedhof zu begraben. Aber die Leichen der Erschlagenen und Erschossenen lagen hoch aufgestapelt da, man konnte keinen herausfinden."

Und hier die letzte Erinnerung Krylows an jene Zeit: "Ich war ja noch ein kleiner Junge, aber die Tage der Revolution kann ich nicht vergessen. Ich merkte mir die Lieder der Revolutionäre, die anderen Jungs nannten mich deshalb den Streiker. Ich erlernte einen Beruf und arbeitete 'bei Prochorow'. Ich freundete mich mit gleichaltrigen Jungen aus der Metallwarenfabrik von Tilmansas an. Dort bestand eine starke bolschewistische Gruppe. 'Komm doch zu uns arbeiten,'

zusammen ist's lustiger! Ich tat es, und dort wurde mir vieles klarer. In der Metallwarenfabrik wurde ich im Frühjahr 1917 in die Partei der Bolschewiki aufgenommen. Im Juli trat ich der Roten Garde bei. Ich habe in Moskau an der Oktoberrevolution teilgenommen. Besonders heftig waren die Kämpfe um den Kudrinskaja-Platz. Dort hatten die Offiziere Reserven zum Angriff auf den Alexander-, den jetzigen Belorussischen Bahnhof zusammengezogen. In der Powsarskaja-Straße beschoß man uns von



Moskau, im Dezember 1905

einem Glockenturm aus mit einem MG. Wir hatten aber Befehl, die Kirche nicht anzurühren, um die Gläubigen nicht gegen uns aufzubringen. Es half den Offizieren aber alles nichts. Wir holten sie überall heraus."

Der Kudrinskaja-Platz ist mit Recht in Ploschtschad Wosstanija, Aufstandplatz, umbenannt worden: im Gedenken an die Helden von 1917 und auch von 1905, die ihnen im revolutionären Kampf vorangingen. In seinem "Schreiben an die Arbeiter der Krasnaja Presnya", das Lenin zum 15. Jahrestag des Aufstandes des Moskauer Proletariats schrieb, heißt es: "Die Heldentat der Arbeiter von Presnya wurde nicht umsonst vollbracht. Ihre Opfer waren nicht vergebens. In die Zarenmonarchie war die erste Bresche geschlagen worden, die sich langsam, aber stetig erweiterte und das alte, mittelalterliche Regime schwächte."

## Nach 10 und 125 Jahren

Achtzig Jahre sind eine lange Zeit, aber auch ein Jahrzehnt ist nicht kurz. Vor zehn Jahren trug ich Stoff für einen Artikel über den 70. Jahrestag des Dezemberaufstandes zusammen. Damals war mir das Glück beschieden, mit Iwan Kassatkin, dem "Gavroche von der Prochorow-Manufak-

tur", zu sprechen. Der 16jährige Jungarbeiter war von der Woge der Revolution auf die Barrikaden der Presnya getragen worden. Er hatte Aufträge von Litwin-Sedoi, dem Stabschef der Arbeitertruppe von der Presnya. Viele Teilnehmer der revolutionären Ereignisse leben nicht mehr. Eine von diesen war Alexandra, die Tochter des tapferen Drushinniks Mantulin von der Presnya. Vor zehn Jahren erzählte sie mir ausführlich aus ihrem Leben. Die Tochter des hingerichteten Revolutionärs arbeitete lange in der nach ihrem Vater benannten Würfelzuckerfabrik auf der Presnya und brach auch später die Verbindung mit der Belegschaft nicht ab. Ich verweilte damals ziemlich lange in der Fabrik und sprach mit vielen Arbeitern. Was hat sich da seitdem verändert?

Zusammen mit der Parteisekretärin, Olga Krasnowa, gehe ich in die Fabrikhalle. Die Veränderungen sind frappant. Anstelle der vier alten Fließreihen wird der Würfelzucker von zwei neuen, moderneren verpackt. Den Moskauern und den Einwohnern mancher Städte und Dörfer des hohen Nordens, die von dieser Fabrik beliefert werden, haben bestimmt bemerk, daß die Zuckerwürfel nicht mehr

stimmt's?" — "Gewiß", sagt Frau Krasnowa. "Wir bemühen uns auch darum, den Arbeitern und Angestellten bessere Lebensverhältnisse zu bieten. So haben wir ein 15stöckiges Wohnheim mit 900 Plätzen und ein Haus mit 70 Wohnungen gebaut. Jeden Tag werden im Betrieb Lebensmittelbestellungen entgegengenommen, und vor Festtagen werden hier besondere Festpackungen verkauft, so daß die Hausfrauen nicht erst einkaufen gehen müssen."

Diese Fürsorglichkeit zahlt sich aus. Die Arbeiter und das technische Personal zeigen eine schöpferische Einstellung zur Arbeit. Sie haben beschlossen, dieses Jahr fünf Tage mit eingespartem Strom auszukommen. Seit zweieinhalb Jahren hat die Fabrik die rote Wanderfahne inne, die dem Sieger im Wettbewerb der Nahrungsmittelbetriebe zuerkannt wird. Unlängst ist ein Betriebsmuseum eröffnet worden, das ein Bild von der 125jährigen Geschichte des Betriebs gibt.

Nicht weit von der Studenezkaja (jetzt Mantulinskaja) Straße, an einem alten Teich stand eine einstöckige Hutzuckerfabrik der Danilow-Gesellschaft. Sie gehörte den Gebrüdern Berg. Im Herbst, wenn die Bauern in ihren Wirtschaften



länglich, sondern richtige Würfel sind. Auf dem Fließband stehen sie fester.

Die Parteisekretärin erzählte mir auch, daß sie eine neue Technologie für die Sirupherstellung haben.

"Das Packen ist noch nicht restlos mechanisiert. Je 20 Päckchen werden vorläufig noch von Hand verschnürt" — das mußte ich vor zehn Jahren schreiben. Auf meine Frage: "Und jetzt?" führt mich die Parteisekretärin zu einem leise surrenden Automaten, der viele Zuckerpäckchen säuberlich in Klarsichtfolie verpackt.

"Und das hier konnten sie damals auch nicht sehen", sagt meine Begleiterin und macht die Tür zu einem kleinen Saal auf. In der Mitte stehen Computer und daneben eine Leuchtafel, auf der Lichtsignale abwechseln. "Das ist unsere 1983 in Betrieb genommene automatische Steuerung der technologischen Prozesse. Sie gibt dem Dispatcher ein genaues Bild vom Verlauf der Arbeit an einem beliebigen Abschnitt."

"Der technische und technologische Fortschritt ist aber noch nicht alles,

Nadjeshda Kulakowa, Sekretärin der Komsomolorganisation in der Würfelzuckerfabrik "Mantulin", macht Schüler der Patenschule mit der Geschichte der Fabrik bekannt

Foto: W. Panow

alles erledigt hatten, kamen sie aus den umliegenden Dörfern, aus Moskau und aus der Gegend von Smolensk mit der Bahn, mit Fuhrwerken oder zu Fuß zur Saisonarbeit in die Fabrik. Da wurde es in der Presnya erst so recht lebendig. Mit Fuhrwerken wurde vom Güterbahnhof Streuzucker aus den Gouvernement Kursk angeliefert, die Dezitonnenäcke wurden von Hand abgeladen, in die Speicher geschleppt und zu mindestens 15 m hohen Stapeln auftürmte. Fässer mit fertigen Zuckerhüten rollten donnernd in den Hof. Die Schicht dauerte 12 Stunden. Nach dem Formen mußte man die etwa 30 kg schweren Zuckerhüte in den ersten oder zweiten Stock hinaufschleppen, wo sich die Trockenkammern befanden. Dort war eine Hitze bis zu 50 Grad. Selbst im

Winter gingen die Leute hin und wieder auf den Gang hinaus, um durch das zerbrochene Fenster die frostige Luft einzutauen. An den Feiertagen bestand die einzige Zerstreuung in Faustkämpfen zwischen den Arbeitern der Zuckerfabrik und denen der "Prochorowka" mit Arbeitern aus Befrieben jenseits der Moskwa.

Einer der ersten, die begriffen, daß ihre Feinde nicht ihre Brüder jenseits der Moskwa, sondern die Besitzer des "süßen Zuchthauses" waren, war der Bolschewik Fjodor Mantulin, der eine Vakuumpumpe bediente. Als sich der Haß im Dezemberstand Bahn brach, bildete er aus Arbeitern der Zuckerfabrik einen Arbeitertrupp und trat an seine Spitze. Sie bauten eine Barrikade und forderten die Zarendespote heraus. Ihre Namen sind in die Geschichte eingegangen, denn sie selbst gehörten zu denen, die die Geschichte machten. Die schönste Ehrung ihres Andenkens ist das Ansehen der Fabrik, die nach dem Helden der ersten russischen Revolution Mantulin benannt ist.

### Mustergültig

Ich lese einen Aufsatz über Mantulin. Er ist von Tanja Torunda. Sie hat ihm als Motto Worte vorangestellt, die gewöhnlich für Helden des Großen Vaterländischen Krieges gebraucht werden: "Keiner ist vergessen, und nichts ist vergessen." Ich glaube, sie hat es in ihrem Aufsatz über die ersten Revolutionäre mit Recht getan.

Die Aufsätze gab mir die Geschichtslehrerin Irina Parfjonowa von der 73. Schule des Bezirks Krasnaja Presnia zu lesen. So jung sie ist, hat sie sich schon ausgezeichnet bewährt und ist unlängst in die KPdSU aufgenommen worden. Das Thema der ersten russischen Revolution wird in dieser Schule schöpferisch abgehendelt: Man trägt viel zusätzlichen Stoff zusammen, schreibt Plakatwettbewerbe aus, gibt spezielle Wandzeitungen heraus und hält wissenschaftliche Konferenzen ab. Die Neigung der Lehrerin zur Geschichte hat sie wahrscheinlich von zu Haus mitgebracht. Schon lange unterrichtet ihre Mutter, Natalja Parfjonowa, Trägerin eines Ordens des Roten Arbeitsbanners, an derselben Schule ebenfalls Geschichte.

Auch unter den Schülern gibt es welche, deren Väter oder Mütter hier schon die Schulbank drückten. Acht Lehrer besuchten als Kinder diese Schule.

Was ist gerade an dieser Schule so anziehend? Ich glaube, es ist die Atmosphäre, die Tatsache, daß hier Versuche mit Neuem in Ehren stehen. "Unsere Parole ist: 'Lehrer und Schüler sind Kollegen'", sagt Julij Zejtlin, der Rektor, ein verdienter Schullehrer der RSFSR. "Bei uns sieht man im Schüler eine Persönlichkeit und nicht einfach den Träger bestimmter Kenntnisse. Die Schüler müssen natürlich unterrichtet, in erster Linie aber zu Menschen erzogen werden, die sich an die Grundsätze der sozialen Verantwortung, der kommunistischen Ethik, des Gemeinschaftsgeistes halten."

Ich möchte eine Erziehungsmethode schildern, mit der zu Aktivität, selbstständigem Denken und Behaupten der eigenen Ansichten erzogen werden soll. Es ist die sogenannte Gruppenarbeit. Im Unterricht werden die Schüler in Gruppen von je 5 oder 6 aufgeteilt und diskutieren miteinander über ein vom Lehrer aufgegebenes Thema. Jede Gruppe hat einen "Konsulenten", der sie sozusagen leitet. Statt wie sonst Lehrerfragen zu beantworten, beteiligen sich alle an der Diskussion und fühlen sich nicht von der ganzen Klasse und vom Lehrer beobachtet. Die von den "Konsulenten" geschickt geleitete Diskussion weckt Interesse und veranlaßt die Schüler, in Büchern nachzulesen und Quellen zu suchen. Wahrscheinlich spielt auch das Streben nach Selbstbestätigung und der Wettbewerbsgeist eine Rolle.

Diese Schule wird gewöhnlich Spezialschule genannt, weil manche Fächer französisch unterrichtet werden. (Sie ist die einzige von den 88 Spezialschulen Moskaus, die den ehrenvollen Titel Musterschule trägt.) Durch einen offiziellen Partnerschaftsvertrag ist sie mit dem Romain-Rolland-Lyzeum in Ivry-sur-Seine verbunden, u. zw. im Rahmen der Partnerschaft dieses französischen Städtchens mit dem Stadtbezirk Krasnaja Presnia. Oft kommen französische Schüler zu Gast. Mehrmals kamen auch der Bürgermeister von Ivry und sein Stellvertreter, alte Mitglieder der FKP. Sowjetische Schüler wiederum reisen zu Besuch nach Frankreich. Jedes Mal finden ihre Erzählungen über die heroischen Traditionen und die Gegenwart der Presnia besonders aufmerksame Zuhörer.

Bei einem kürzlichen Besuch in Frankreich waren die sowjetischen Schüler bei streikenden Arbeitern der Kugellagerwerke SKF. Sie fragten sie nach ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen und beschlossen einmütig, den Kindern der Streikenden Spielsachen zu schicken.

"Es heißt, man könne die Zukunft eines Landes voraussehen, wenn man seine Jugend gesehen hat. Die UdSSR kann ihrer herrlichen Zukunft sicher sein", sagte Herr Christiane Rasse, der stellvertretende Bürgermeister von Ivry.

\*\*\*

Nach dem Rundgang durch das sehr gehaltvolle Revolutionsgeschichtliche Museum "Krasnaja Presnia" geht es in einen verdunkelten Saal. Dort befindet sich ein Diorama von dem Volkskünstler der RSFSR, Jefim Deschalyt. Es wird angeleuchtet, und man fühlt sich in das Jahr 1905 versetzt. Eine haushohe Barrikade, darauf weht eine durchschossene rote Fahne. Von der Barrikade aus schießen Drushinniki. Dabei wird geschildert, wie das war, und die jungen Besucher sehen und lauschen mit angehaltenem Atem. Ich stehe etwas seitwärts, um sie besser betrachten zu können. Den Gesichtern sehe ich es an, daß die Kinder dort auf der Barrikade sind und den Aufständischen gern helfen möchten.

W. SHITOMIRSKI

Kürzlich las ich von "Paternalismus" im Arbeitsleben Japans. Was ist damit gemeint?

I. KOTSCHEW  
Riga, Lettische SSR

Der "Paternalismus" in den Arbeitsverhältnissen ist ein System der ideologischen Einflußnahme des Kapitals auf die Lohnarbeiter. Es manifestiert sich in Form einer zur Schau gestellten "Wohltätigkeit". Ein System des "Paternalismus", in dem Überreste halbfeudaler Verhältnisse Ausdruck gefunden haben, war in vielen kapitalistischen Ländern noch um die Jahrhundertwende recht häufig anzutreffen. Besondere Verbreitung fand es in Japan, wo Familienbande und die Achtung der Älteren heilige Tradition seit Jahrhunderten sind.

Diesem System zufolge stellen sich die Beziehungen zwischen dem Unternehmer und den Werktätigen als Beziehungen zwischen dem "Vater" (lateinisch "Pater") und den ihm anvertrauten "Kindern" dar. Der Kapitalist, der die Bedürfnisse und Sorgen seiner "Kinder" angeblich besser kennt, übernimmt die "Last der Verantwortung" für deren Wohlfahrt, indem er die einen oder anderen Formen der materiellen Stimulierung festlegt oder wieder aufhebt. Er erteilt auch seinen Arbeitern Ratschläge, "hilft" bisweilen mit Geld. Die "Kinder" sollen dem Herren dankbar und ihm grenzenlos ergeben sein.

Der "Paternalismus" ist für die Unternehmer Japans die geistige Basis der Theorie von der Interessenharmonie Arbeit-- Kapital. Den Arbeitern wird suggeriert, eine Klassenzusammenarbeit sei möglich. In einer solchen Lage sei der Kampf der Werktätigen für ihre Rechte laut bürgerlicher Propaganda sinnlos. Das System des "Paternalismus" wird nicht nur in Japan, sondern auch in anderen Ländern — solchen wie Italien und Spanien — verwandt.

Die Kommunisten und alle anderen Fortschrittskräfte entlarven immer wieder den "Paternalismus" als Methode, die Werktätigen ideologisch zu entwaffnen.

## DISKUSSION MIT DEM LESER

Die Sandinisten sind damit einverstanden, daß die Nationale Befreiungsfront "Farabundo Martí" und die Revolutionär-Demokratische Front in El Salvador Kontakt zur Regierung Duarte aufgenommen haben. Dagegen lehnen sie es kategorisch ab, bei sich in Nicaragua ebenso mit der Opposition zu verhandeln. Ist das von den Behörden in Managua etwa konsequent und aufrichtig?

Delfin RODRIGUEZ

Mexiko-Stadt, Mexiko

Namen wie z. B. "Demokratische Kräfte Nicaraguas".

Was möchten Sie denn, Herr Rodriguez? Daß die legitim vom Volk gewählte fortschrittliche Regierung der Sandinisten mit den Banditen, die sich mit dem Blut Tausender friedlicher Menschen besudelt haben, am Verhandlungstisch Platz nimmt?

Ich möchte hier bemerken, daß die salvadorianische Verhandlungsform auch insofern für Nicaragua inakzeptabel ist, als sich in den beiden Ländern eine grundverschiedene militärische und politische Situation herausgebildet hat. In El Salvador bestehen faktisch zwei Machtzentren und drei Zonen. Die von der Bevölkerung unterstützten Aufständischen haben etwa ein Viertel des Landes in der Hand und besitzen stabile, gut ausgerüstete Stützpunkte. Dann gibt es eine Zone, über die weder die Patrioten noch die Regierungstruppen die volle Kontrolle haben und die von Hand zu Hand geht. Was die proamerikanischen Machthaber betrifft, so haben sie nur in den großen Städten, im Westen des Landes und an den Hauptverkehrsstraßen Positionen inne.

In Nicaragua besteht ein Machtzentrum, ich wiederhole: die legitim gewählte Volksmacht. Die Volksarmee ist restlos Herr der Situation. Fast das ganze Volk ist bewaffnet. Die Banden werden von der Bevölkerung nicht unterstützt. Sie sind isoliert, halten sich in Dschungeln und Bergen verborgen, vermeiden Zusammenstöße mit der Sandinistischen Volksarmee, den Milizen und der Volkswehr und lassen ihren Haß auf die revolutionären Behörden an friedlichen Menschen aus. Die US-Propaganda stellt die feigen Bandenüberfälle als Bürgerkrieg hin, dem durch Verhandlungen Einhalt geboten werden könnte, falls die Sandinisten nachgiebiger wären!

Apropos "Nachgiebigkeit" oder die von Ihnen erwähnten "Friedensbemühungen Duartes"... Die FMLN und die FDR haben, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, wiederholt Verhandlungen angeboten, aber die Behörden El Salvadors haben jedes Mal abgelehnt. Im Oktober v. J. mußten sie ihre Taktik ändern. Wieso? Erstens, weil sich das Kräfteverhältnis

deutlich zuungunsten der Regierung verlagert; zweitens, weil die Aufständischen, die die Initiative behalten, selbst einen politischen Dialog angeboten haben; drittens, weil das Wirken der Contadora-Gruppe, die bemüht ist, zur friedlichen Beilegung des Konflikts beizutragen, die Situation beeinflußt.

Kommen wir jetzt auf die Stellungnahme der Sandinisten zurück. Entgegen Ihrer Behauptung sind sie keineswegs gegen einen Dialog zur Regelung der Beziehungen. Sie haben ihren guten Willen bewiesen. Jetzt hat die Regierung Nicaraguas, ihrer konstruktiven Einstellung getreu, z. B. einen Dialog mit der Führung der katholischen Kirche Nicaraguas zwecks Beilegung der Konflikte aufgenommen, zu denen es letztlich zwischen gewissen klerikalen Kreisen und dem Staat gekommen ist. Weiter hat die Sandinistische Nationale Befreiungsfront gemeinsam mit Parteien der Opposition (die sich an den kürzlichen Wahlen beteiligten) die Initiative zu einer nationalen Aussprache zwischen politischen, gewerkschaftlichen, religiösen, Jugend- und anderen Organisationen über wichtige Probleme ergriffen.

Folglich widerspricht die Behauptung, daß Nicaragua "unnachgiebig" sei und Verhandlungen ablehne, den Tatsachen. Hier ist es angebracht, darauf hinzuweisen, daß drei Rechtsparteien, zwei Gewerkschaftsbünde und der Privatunternehmerverband, die früher lauthals Wahlen forderten, unter dem Vorwand, daß die Sandinisten unnachgiebig seien, plötzlich am Vortag wütend gegen die Wahlen auftraten. Ihre Teilnahme machten sie von der unannehbaren Forderung abhängig, zu den Wahlen die Konterrevolutionäre zuzulassen, die mit Waffen und für Geld aus den USA die Republik bekämpfen.

Einer Regierung, die, trotz enormer, aus der Vergangenheit stammender Schwierigkeiten, trotz der drohenden Intervention, ungeachtet dessen, daß Oppositionsparteien bestehen, die zu wütenden Angriffen fähig sind, und daß es eine oppositionelle Presse gibt, zum ersten Mal in der Geschichte des Landes freie Wahlen abgehalten hat, kann man doch keine Unaufrichtigkeit vorwerfen!

Die jetzige Politik der Regierung Nicaraguas ist darauf ausgerichtet, eine Verständigung und Einigkeit sämtlicher Schichten der Gesellschaft herbeizuführen, die sich in hartem Kampf das Recht auf die Freiheit errungen hat. Diese Tatsachen bedürfen keines Kommentars, nicht wahr?



Es diskutiert  
der NZ-Kommentator  
Alexander  
BARYSCHEW

Offenbar sind Ihre Ausführungen und besonders Ihre Frage auf eine falsche Vorstellung von der innenpolitischen Lage in El Salvador und in Nicaragua zurückzuführen. Vor allem durften Sie auf keinen Fall ein Gleichheitszeichen zwischen die gegen Ausbeutung, Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit kämpfenden Patrioten El Salvadors und die nikaraguanischen Contras setzen.

Die ersten stellen eine vom Volk unterstützte Massenorganisation, die FMLN dar, sie hat eine reguläre aufständische Armee, der sich zahlreiche Guerillavverbände und Volksmilizen anschließen. Neben der FMLN besteht die Revolutionär-Demokratische Front (FDR), eine Koalition patriotischer Kräfte aus linken Christdemokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Vertretern der fortschrittlichen Intellektuellen und Studenten, der Kirche und der demokratisch gesinnten Militärs.

Die zweiten repräsentieren niemanden außer sich selbst und höchstens noch ihre Washingtoner Schutzpatrone. Ihre Banden sind von der CIA aus Söldnern aufgestellt worden, die früher im Dienst des blutrünstigen Diktators Somoza standen. Sie benutzen "Lehrbehelfe" aus Washington und gehen darauf aus, durch massenhafte Gewalt-, Terror- und Sabotageakte unter der friedlichen Bevölkerung Nicaraguas Angst und Schrecken auszulösen und die Wirtschaft zu unterminieren, um das Land schließlich in die schlimmen Zeiten der Somozatyrannie zurückzuwerfen. Ehemalige Offiziere und Soldaten der Nationalgarde Somozas, die unschuldige Landsleute zu Tausenden hingemordet haben, tarnen sich mit respektablen

## Sich selbst der "liebe Nächste"

Die amerikanische Organisation Internationale Christliche Hilfe veranstaltete eine Sammlung für die Dürreopfer Äthiopiens und anderer Länder Afrikas. Es sollen 2 Mio Dollar zusammengekommen sein. Der TV-Gesellschaft ABC zufolge soll aber nur ein winziger Bruchteil davon — wenn überhaupt etwas — zu den Opfern gelangt sein. Die Leiter dieser "christlichen" Organisation waren schon früher der Unterschlagung von Spenden überführt worden. Einmal wurden z. B. 94 000 Dollar für verkrüppelte Kinder in einem Krankenhaus von Kampala (Uganda) gesammelt. Bei der Krankenhausdirektion war aber noch nach einem Jahr kein roter Heller eingegangen.

## Pastorparadies



Hochwürden Vicente Alba, Vorsteher der spanischen Kathedrale Orihuela, hat seinen Papagei Cuqui zu seinem Helfer gemacht. Er hat ihm Stücke aus Gebeten und Choräle eingepaukt.

## Gespenster

Der Brüsseler "Soir" berichtete, daß der Graf von Paris, "das Oberhaupt des

französischen Königshauses", seinem Sohn, Prinz Henri von Orleans, die Thronfolge zugunsten seines Enkels Jean (Henris Sohn) abgesprochen hat. Jean hat erklärt, er sei jederzeit bereit, den Thron zu besteigen, sobald er dazu aufgefordert werde. Henri wiederum besteht darauf, der einzige Thronfolger zu sein. "Ihrem Volk", den Franzosen, aber ist die ganze Sache schnurz.

## Kitsch siegt



Der Regisseur Franco Zeffirelli (Italien) ist empört. Die Vorführung seines Films "Romeo und Julia" im Mailänder Fernsehen wurde 18 mal von Seifenopern unterbrochen. Reuter zufolge hat er die TV-Gesellschaft verklagt, weil sein Film dadurch verhunzt wurde. Das Gericht befand zwar, daß er vielleicht "moralisch im Recht" sei, wies die Klage aber trotzdem zurück.

## Ohne Kindheit

Eine Untersuchung in Großbritannien hat ergeben, daß 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen 11 und 16 Jahren arbeiten, was gesetzlich verboten ist. Wie die "Ti-

mes" schreibt, fallen ungefähr 33 Prozent davon Betriebsunfällen zum Opfer. Ein Drittel der jungen Arbeiter ist ständig übermüdet. Kaum 20 Prozent haben in den Betrieben Berufskleidung bekommen. Die meisten Eltern zwingt die Not, ihre Kinder arbeiten zu schicken.

## Im Adamskostüm

Reuter zufolge halten Streifen der israelischen Militärpolizei auf den Straßen alle Uniformierten an, und viele von diesen müssen sich auf der Stelle ausziehen und die Uniform abgeben. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums gibt als Grund für die Aktion an, daß bei der Armee Zehntausende Monturen entwendet worden seien und eingezoomt werden müßten.

## Die Drogenseuche

Dem "Toronto Star" zufolge reicht der Jahresumsatz des Rauschgifthandels in Kanada nach Angaben der Polizei an 10 Md. Dollar heran. Das ist mehr, als dort für Autos ausgegeben wird, und doppelt soviel, wie die Kanadier in Tabak und Zigaretten anlegen.

## Neuer Reklamegag



Die "Hamburger Morgenpost" schreibt, die Inhaber einer Sparkasse in Austin (Texas) hätten als erste um eine Lizenz zur Eröffnung einer Zweigstelle — auf dem Mond angesucht. Sie rechnen nicht etwa darauf, dort Kundschaft zu finden, sondern hoffen, dank dem Reklamegag neue Kunden in Austin zu finden.

## Fund im Sand

Eine Frau machte am Strand von Manalapan (Florida) einen außerordentlich wertvollen Fund. Sie fand, der France Presse zufolge, etwa 500 kg Kokain, das wahrscheinlich Schmuggler, die gestört worden waren, liegen gelassen hatten. Zu diesem Schluß ist die Polizei gelangt. Sie schätzt den Fund auf 170 Mio Dollar.

## Rekorde, Rekorde...



"Der Tagesspiegel" meldet, daß der Franzose Jean-Marie Sins mit 150 Stunden, 14 Minuten und 53 Sekunden den Weltrekord im Dauer-Pingpong gebrochen hat. Die zulässigen stündlichen 3-Minuten-Pausen hat er zusammengelegt und drei Stunden geschlafen. Vor dem Rekord hatte er acht Monate trainiert. 1982 hatte er es schon einmal, aber ohne Training, versucht und mußte nach 62 Stunden ins Krankenhaus transportiert werden.

## Wenn sich's nur auszahlt

Der bekannte spanische Popsänger Julio Iglesias, der unlängst in die USA übersiedelt ist, steht jetzt auf der schwarzen Liste des UNO-Ausschusses für die Apartheid. Er hat mit einer Gastreise in die RSA gegen den über das rassistische Regime in Pretoria verhängten Boykott verstoßen. Auf der Liste stehen außer ihm auch Frank Sinatra, Elton John, Cliff Richard und andere Popstars. Sie haben sich von den Rassisten mit dicken Geldern ködern lassen.

Zeichnungen:  
V. Rosanew

# DIE MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“

kommentieren das Geschehen auf allen Kontinenten, berichten über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch und tschechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

## Bestellungen nehmen entgegen in:

**B E L G I E N** (600 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.  
Association Belgique—URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

**B R D** (35,00 DM) — Plambeck und Co, Druck und Verlag GmbH, Postfach 920, 4040 Neuss 1.

— W. E. Saarbach GmbH, Ausland-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.

— Kubon & Sagner, D 8000 München 34, P. O. Box 340108.

— Presse-Vertriebsgesellschaft m.b.H. 6 Frankfurt am Main, Börsenstraße 13—15.

**D Ä N E M A R K** (96 dkr.)

— „Sputnik“ International  
Vester Voldgade 11  
Copenhagen  
„Akademisk Boghandel“  
Universitetsparken 800 Aarhus C  
Denmark

**D D R** — Alle Postämter

**H O L L A N D** (44 hfl.)

— „Pegasus“ Boekhandel  
Leidsestraat 25  
Amsterdam  
„Swets“ Subscription Service  
P.O. Box 845  
2160 SZ Lisse

**J U G O S L A W I E N**

— 11 000 Beograd, „Jugoslovenska kniga“, Terazije 27 II, soba 5.  
— 11 001 Beograd, Prosveta Terazije 16 1.  
— 41 000 Zagreb, „Mladost“, Ulica 30.  
— 6100 Ljubljana, „Drzavna Zalozba Slovenije“  
Titova 25. P. O. B. 50-1

Ulica JNA 42  
71 000 Sarajevo, SFRY  
Makedonska Kniga  
Knigoizdatelstvo  
Otdelenije za Stranska literatura  
Ulica Tiranska bb  
91 000 Skopje, SFRY

**L U X E M B U R G** (600 bfr.) —  
Messageries Paul Kraus, Case,  
Postale 2022, 5, rue de Hollerich  
Luxembourg-Gare.

**N O R W E G E N** (80 nkr.)  
„Norvesens“ A. S.  
Literaturtjeneste  
P. O. Box 6125  
Etterstad  
Oslo

**Ö S T E R R E I C H** (180 ÖS) —  
„Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.

— „Das Internationale Buch“ Traftnerhof 1, A-1010 Wien 1.  
— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.  
— Österreichische Kommissionsbuchhandlung Maximilianstraße 17, A-6020 Innsbruck.  
— Gerold und Co. Graben 31 A-1011 Wien 1, Postfach 597.

**P O L E N** (260 Zl.) — Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherclubs.

**S C H W E I Z** (32,00 sfr.)

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J. Rousseau, Genève.  
— Pinkus Froschaustrasse 7, 8001 Zürich  
— Reiher-Verlag, Postfach 3000. Bern 6.

**T S C H E C H O S L O W A K E I**

PNS-dovoz tisku;  
PNS dovoz tlač.

**U N G A R N** — Alle Postämter

**U S A** (16,60 \$) Victor Kamkin, Inc.  
12224 Parklawn Drive Rockville,  
Md. 20852.

**W E S T B E R L I N** (35,00 DM) „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielallee 34.

— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der oben angeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau/Frl. Fa Buchhdig.

Name: . . . . . Vorname: . . . . .

Anschrift: . . . . .

## Abonnementbestellung

Anzahl: . . . . . Titel: . . . . .

Preis: . . . . .

## BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr     2 Jahre     3 Jahre Datum  
Bitte entsprechendes ankreuzen      Unterschrift . . . . .

Die Tore der Akropolis — die Propyläen —, der großartige Niketempel, der weltbekannte Parthenon sind Stolz und Symbol Athens zugleich. Die strengen Proportionen der unzähligen antiken Baudenkmäler und die majestätische Natur Griechenlands... Stets muß man daran denken, daß das Land einen unschätzbarbeitrag zu unserer Zivilisation geleistet hat.

Das Wort "Demokratie" ist griechischen Ursprungs, die antike Peloponnes wurde ihre Wiege. Hellas schenkte uns die Olympischen Spiele — Wettkämpfe der Kraft und Schönheit des menschlichen Körpers und der Größe menschlichen Geistes. Während der Spiele verstummen



Denkmäler des Altertums neben modernen Hochhäusern

## Im Objektiv: ATHEN

Feindschaft und Kriege, kehrte Frieden ein.

Berge, Sonne und Meer verzaubern jeden Besucher Griechenlands. Doch die Werkfertigen haben kein echtes Leben. Etwa vier Fünftel des Landes sind rauhe und nur schwach besiedelte Berggebiete. Menschen leben nur dort, wo man der Natur zumindest einen Fußbreit fruchtbaren Bodens abringen kann, um Oliven, Tabak, Mandel- und Obstbäume anzubauen.

Die malerischen Ortschaften Griechenlands verdrängen durch ihr exotisches Aussehen

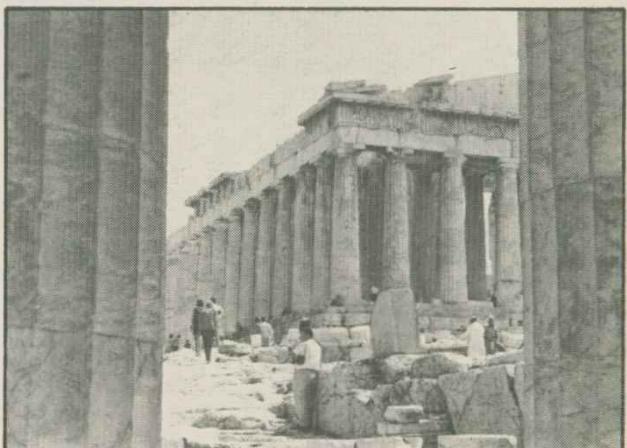
weitgehend den Eindruck größter Armut, den die Touristen in Griechenland gewinnen. Doch alle sind sich darin einig, daß das griechische Volk trotz aller Entbehrungen seine Lebensfreude, die Liebe zur Freiheit und Unabhängigkeit bewahrt. Hier wird feierlich der Tag des Ochi begangen, als die Griechen "Nein" zum Ultimatum der italienischen Faschisten sagten und mit der Waffe in der Hand ihre Heimat verteidigten.

Dankbar erinnert sich Hellas auch der selbstlosen Hilfe des russischen Volkes im nationalen Unabhängigkeitskampf der Jahre 1821—1829. Die griechischen Patrioten wissen, daß ohne den Sieg der UdSSR und ihrer Verbündeten über Hitlerdeutschland vor 40 Jahren die Freiheit auch nicht auf die Peloponnes gekommen wäre.

Die Griechen tun alles, damit Frieden und Ruhe in ihrer Heimat herrschen. Die patriotischen Kräfte des Landes treten für die unverzügliche Beseitigung der ausländischen Stützpunkte ein, dafür, daß die US-Flugzeugträger das Mittelmeer für immer verlassen.



Griechische Bäuerin



Der Parthenon, Tempel der Pallas Athene



Unsere Spezialität:  
Tintenfisch



Fotos:  
J. Tyssowski  
und TASS

Sowjetische Schiffe laufen häufig den Hafen von Piräus an